

Kommune 21

E-Government, Internet und Informationstechnik

21

Einführung der E-Akte

Kommunen haben Nachholbedarf

E-Government

- **Initiative:**
IT-Dienstleister Komm.ONE schlägt Brücke nach Estland

Titel

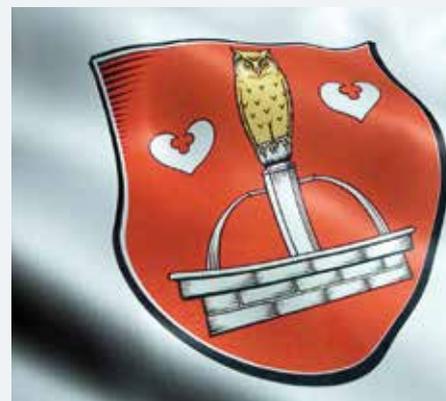
- **Dokumenten-Management:**
Akzeptanz der Mitarbeiter ist das Erfolgskriterium

Informationstechnik

- **Open Source:**
Das Potenzial quelloffener Software ausschöpfen

Praxis

- **Quickborn:**
Formular-Server macht die Stadtverwaltung OZG-ready



Spezial

- **Digitale Bildung:**
Versäumnisse führen zu Problemen beim Homeschooling

**»Also, ich sehe digitale
Verwaltung mit Herzblut.«**

Feiern Sie mit uns!
akdb.de/next50
#WirLiebenDigitaleVerwaltung

50 Jahre AKDB.

Vieles ist erreicht, doch unsere Mission ist aktueller denn je: eine digitale Verwaltung, von der alle profitieren – Bürger, Wirtschaft und die Verwaltung selbst.

**Und was sehen wir, wenn wir
in die Zukunft blicken?**

Eine leistungsstarke, digital erreichbare Verwaltung. Und Innovationsprojekte, mit denen Demokratie digital und sicher gestaltet wird. Wir freuen uns, all dies mit neuer Kraft und Leidenschaft in die Praxis umzusetzen. Gemeinsam mit Ihnen!



Liebe Leserinnen und Leser,

wenn in Deutschland von Digitalisierung die Rede ist, muss meist das kleine Estland als Beispiel herhalten. Peter Altmaier will jetzt sogar eine Luftbrücke in den baltischen Staat einrichten: „Wenn es mit der Digitalisierung in Deutschland nicht so richtig klappt, wäre ich auch bereit, das beste Digital-Team aus Estland einzufliegen, um hier schneller voranzukommen“, sagte er kürzlich auf der virtuellen Hannover Messe. Dem Bundeswirtschaftsminister dürfte entgangen sein, dass der kommunale IT-Dienstleister Komm.ONE schon eine Brücke nach Estland geschlagen hat.

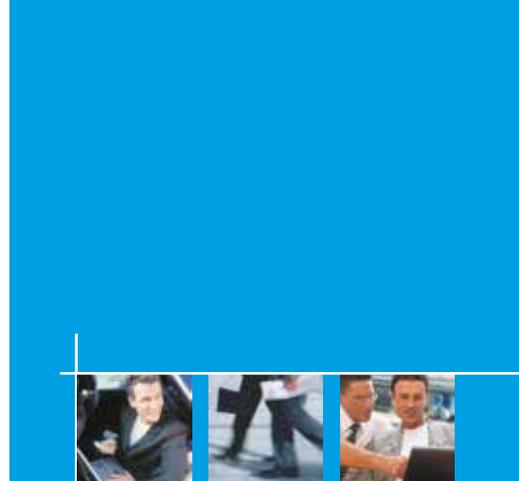


Im Interview mit Kommune21 sprechen Andreas Majer, Lisa Maihack und Bertil Kilian darüber, was man tatsächlich von Estland lernen kann und wie Komm.ONE das Land Baden-Württemberg und die Kommunen mithilfe von Experten aus dem baltischen Vorzeigestaat digital nach vorne bringen will (*Seite 10*). Lesenswert ist auch das Gespräch mit Christian Aegerter, Hauptamtsleiter in Leipzig, und Sabine Möwes, Digitalisierungsverantwortliche in Köln. Sie plädieren für einen Paradigmenwechsel beim Thema kommunale IT. Service am Bürger und nicht der Service am Server sei die Aufgabe der Verwaltung (*Seite 14*).

Mit seiner Einlassung zog sich Peter Altmaier übrigens den Zorn der deutschen Start-up-Szene zu. In einem offenen Brief an den Bundeswirtschaftsminister heißt es, Ideen, Tatkraft und marktfähige Produkte seien auch hierzulande vorhanden. Allerdings: Selbst bei kleinen Ausschreibungen der öffentlichen Hand kämen Start-ups nur selten zum Zug.

Ihr

Alexander Schaeff



CC ECM

**Modernisieren Sie jetzt
die Verwaltungsarbeit !**

- **Vollständige E-Akte**
- **Dokumentenerfassung**
- **Prozessoptimierung
und Workflow**
- **Signatur und Freigabe**
- **Schnittstellen und
Integration**
- **Revisions sichere
Archivierung**

E-Government

Interview: Andreas Majer, Lisa Maihack und Bertil Kilian beschreiben Komm.ONEs „Digitale Brücke“ nach Estland 10

Open Data: Kosten und Aufwand nicht unterschätzen 12

Interview: Christian Aegerter, Hauptamtsleiter der Stadt Leipzig, und Sabine Möwes, Digitalisierungsverantwortliche der Stadt Köln, sprechen über die Dresdner Forderungen 14

Titel

Dokumenten-Management: Einführung strategisch und entschlossen angehen 16

E-Akte: Voraussetzung für die Arbeit im Homeoffice 18

Landkreis Börde: Mit eigenem Personal digitalisieren 20

Kreis Traunstein: Alle Fachbereiche ans DMS angeschlossen 22

Kreis Bergstraße: E-Akte punktet im Gesundheitsamt 24

KISA: Unterstützung für Weimar, Niederau und den Kreis Leipzig 25

Informationstechnik

Interview: Jörn Riedel, CIO der Freien und Hansestadt Hamburg, befürwortet das EfA-Prinzip 26

Open Source: Baustein für digitale Souveränität 28

KGSt: Einsatz quelloffener Software in Kommunen untersucht 30

Interview: Christian Geis stellt das neue Terminvereinbarungs- und Besucherleitsystem der Stadt Iserlohn vor 32

E-Payment: Erfolgsfaktor für Web-Services 34

Multi-Bezahlösung: Mit Giro-Checkout digital von A bis Z 36

Kassensystem: Düsseldorf, Neuss, Kaarst und Meerbusch satteln um 38

Bergheim: Zahlungsabwicklung per Web-Kasse 40

Fachverfahren: OZG im Gewerbeamt 42

Branchen-News: Platinbaum, Südwestfalen-IT, Axians Infoma 43

Praxis

Quickborn: Formular-Server unterstützt bei der OZG-Umsetzung 44

Spezial

Homeschooling: Kritik an deutschen Schulen 46

Smart School: Best-Practice-Beispiel für den Wandel 48

Lösungen: Über die Cloud ins digitale Klassenzimmer 50

Leverkusen: Ganzheitliche Schul-IT 52

Neuss/Düsseldorf: Kurzfristig ins Homeschooling gewechselt 54

Rheinland-Pfalz: Schulcampus RLP für alle Schulen verfügbar .. 55

Learntec xChange: Web-Event geht in die zweite Runde 56

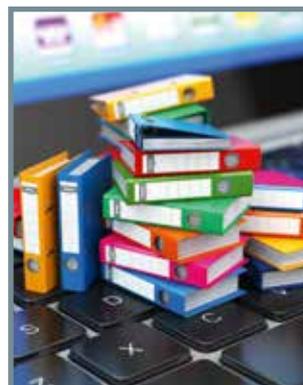
Rubriken:

Editorial 3

News 6

IT-Guide 58

Vorschau, Impressum 66



Flexibler werden

Ohne E-Akte geht nichts mehr. Diese Erfahrung mussten jetzt auch die Kommunen machen. Viele Ämter versinken aber weiterhin in Papierbergen. Erfolgreich ändern lässt sich das mit der richtigen Lösung und einem schrittweisen, strategischen Vorgehen.

ab Seite 16

DAS KOMMUNALE CMS

iKISS

Content-Management

Für Internet und Intranet, leicht zu bedienen
und mit integriertem Bürgerserviceportal

System Responsive Webdesign

BITV-konform, ganz individuell oder mit
flexiblen Layoutvorlagen

Zertifiziertes Rechenzentrum

Höchste Sicherheit und Verfügbarkeit für Ihren
kommunalen Internetauftritt

✓ BITV
✓ OZG



advantic.de/k21

iKISS



Stadt Zeitz



twitter.com/k21news

Würzburg: Stadt lädt zur Mitsprache ein

Mit ihren Beteiligungsprojekten über die Plattform Consul ist die Stadt Würzburg zufrieden. Es wurden mehr Bürger erreicht als mit Präsenzveranstaltungen.

- www.wuerzburg-mitmachen.de

Teterow: Rathaus setzt auf VOIS-Plattform

Die Stadt Teterow steigt mit ersten Modulen auf die verwaltungsweit nachhaltige VOIS-Plattform um. Das Baukastensystem kann flexibel ausgebaut werden.

- www.teterow.de

Kreis Wesel: Chatbot für die Kreisverwaltung

Studierende der Hochschule Rhein-Waal haben einen Chatbot für die Website des Kreises Wesel erstellt. Das selbstlernende System wird nun erprobt.

- www.kreis-wesel.de

Bielefeld: LoRaWAN im gesamten Stadtgebiet

In Bielefeld haben die Stadtwerke den Ausbau des LoRaWAN-Netzes abgeschlossen. Insgesamt 42 Gateways ermöglichen vielfältige Smart-City-Anwendungen.

- www.bielefeld.de

Darmstadt

Amt für Digitalisierung

Die Stadt Darmstadt stellt strukturelle Weichen für die Digitalisierung ihrer Verwaltung und schafft dafür das neue Amt für Digitalisierung und IT. Wie die hessische Kommune berichtet, wurde dazu zum 1. April 2021 die IT-Abteilung aus dem Amt für Interne Dienste ausgegliedert und in eine neue Verwaltungsstruktur überführt. Die Leitung übernehmen der bisherige Leiter der IT-Abteilung, Joachim Fröhlich. Damit werde eine zeitgemäße Struktur geschaffen, um den Herausforderungen an die Digitalisierung der Verwaltung noch zielgerichteter und effizienter begegnen zu können, erklärte Oberbürgermeister Jochen Partsch. Im Jahr 2017 hat Darmstadt den Wettbewerb Digitale Stadt gewonnen. Seitdem habe sich die Kommune zur digitalen Vorzeigestadt entwickelt. Das zeige, dass die Digitalisierung erheblich an Bedeutung gewonnen habe und ein zentrales Politikfeld geworden sei.

www.darmstadt.de

OZG

FAQ für Kommunen

Welche Leistungen des Onlinezugangsgesetzes (OZG) müssen Kommunen eigenständig realisieren? Wie profitiert eine Kommune von den OZG-Finanzmitteln aus dem Konjunkturpaket? Und was bedeutet das Prinzip Einer für Alle (Efa) für die kommunale OZG-Umsetzung? Wie das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) mitteilt, wenden sich Kommunen mit diesen und anderen Fragen immer wieder an das BMI. Eine neue Online-Rubrik soll darauf jetzt mit wenigen Klicks Antworten liefern und den Kommunen speziell auf sie zugeschnittene Orientierungshilfen bieten. Der FAQ-Bereich greife dazu nicht nur die am häufigsten gestellten Fragen auf, sondern enthalte auch Verweise auf wichtige Handreichungen und Plattformen.

www.onlinezugangsgesetz.de

eID

Ausweisen via Smartphone

Im Rahmen einer Kooperation wollen die Unternehmen Bundesdruckerei, Giesecke+Devrient und Vodafone die Online-Ausweisfunktion des Personalausweises auf Smartphones bringen. Nach Angaben von Vodafone werden dazu auf der im Smartphone integrierten eSIM-Karte die Daten der Online-Ausweisfunktion des Personalausweises gespeichert. Mit der Funktion könnten sich Nutzer künftig im Netz sicher und einfach identifizieren.

www.vodafone.de



Online ausweisen per Handy.

Bundesmeldegesetz

Mehr Service für Bürger

Die Bürger sollen in Zukunft ihre Meldebescheinigungen und andere Verwaltungsleistungen elektronisch beantragen können. Auf Initiative der Bundesregierung wurde daher das Bundesmeldegesetz geändert. Dieses Zweite Gesetz zur Änderung des Bundesmeldegesetzes ist jetzt in Kraft getreten. Verfolgt werden damit im Wesentlichen drei Ziele: Die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) im Meldewesen, eine Verbesserung des länderübergreifenden Datenabrufs und die Vereinfachung der melderechtlichen Prozesse sowie

eine verbesserte Datenqualität und -verfügbarkeit. Mit dem Maßnahmenbündel soll es Bürgern erstmals ermöglicht werden, Melde-daten über ein Verwaltungsportal aus dem Melderegister abzurufen und weiter zu nutzen. Zudem soll es möglich werden, statt einer schriftlichen eine elektronische Meldebescheinigung zu beantragen und nach einem Wohnungsumzug eine Anmeldung in der neuen Stadt digital durchzuführen. Geplant sei außerdem, dass künftig eine Nebenwohnung auch am Ort der Nebenwohnung abgemeldet werden kann.

www.bmi.bund.de



Kompetent an jedem Punkt.
Ihr Login zum OZG.

Kein Stress, keine Wartezeiten, keine Aktenberge. Unsere intelligenten Informations- und Kommunikationslösungen für Gemeinden, Städte, Landkreise und Verbände machen das Leben leichter und sorgen für ein Stück Lebensqualität. Wir bieten alle Leistungen und Services aus einer Hand und sorgen vom Anfang bis zum Rechenzentrum für vernetzte Prozesse und Sicherheit. Starten Sie mit uns in die Zukunft Ihrer Verwaltung.
Weitere Informationen unter: www.ekom21.de

Von der Lochkarte zur künstlichen Intelligenz

Vor 50 Jahren wurde die Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) gegründet. Seither haben sich nicht nur der Stellenwert der Digitalisierung und die Erwartungshaltung der Bürger enorm verändert, sondern auch der kommunale IT-Dienstleister.

Nur noch wenige Zeitzeugen können sich daran erinnern: Am 12. Mai 1971 wurde die Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) im Münchner Rathaus gegründet. In Anwesenheit des bayerischen Innenministers Bruno Merk und des Münchner Oberbürgermeisters Hans-Jochen Vogel wurde sozusagen eine Unterstützungsorganisation für Kommunen bei der Nutzung der EDV aus der Taufe gehoben. Eine erste Bewährungsprobe für die junge AKDB war es, mit damaligen Mitteln der elektronischen Datenverarbeitung die Kommunen nach der Gebietsreform zu modernisieren.

Die Veränderungen seither sind enorm: Betreute die AKDB 1971 nur wenige hundert bayerische Kunden, sind es heute bundesweit fast 5.000. Während 2021 im Unternehmensverbund der AKDB insgesamt über 1.000 Menschen arbeiten, fing

es damals mit 17 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an. Nutzten früher Beschäftigte in der kommunalen IT hauptsächlich Lochkarten und war erst 1970 mit dem IBM 370 die erste EDV-Anlage auf den Markt gekommen, die über einen Arbeitsspeicher aus Halbleitern verfügte, beschäftigen sich kommunale IT-Leiter heute mit Outsourcing, Bürgerservice-Portalen und künstlicher Intelligenz (KI).

Die Technik von heute ist nicht mehr vergleichbar, die Rechenkapazitäten sind um ein Vielfaches gestiegen. Genauso wie die Erwartungen der Kommunen und Bürger. Deshalb will die AKDB ihr Augenmerk auch auf Cloud-Lösungen richten, welche die kommunale IT entlasten und gleichzeitig hohe Verfügbarkeit und Sicherheit gewährleisten. Ein weiteres Ziel lautet: Verwaltungsprozesse standardisieren und beschleunigen.

Dafür werden zunehmend Technologien wie Robotic Process Automation oder künstliche Intelligenz genutzt. Auch Blockchain-Technologien erprobt die AKDB über die

Genossenschaft govdigital, deren Gründungsmitglied sie ist.

Parallel dazu hat sich die AKDB in ihrem Jubiläumsjahr neu ausgerichtet. Eine neue Organisationsstruktur soll das Zusammenwirken zwischen den Unternehmensbereichen stärken. Der Vertrieb ist nicht mehr ausschließlich regional, sondern nach Kundengruppen aufgestellt. Kundenanforderungen und gesetzliche Vorgaben sollen so noch direkter in die Produktentwicklung einfließen.

Um den Herausforderungen des Marktes begegnen zu können, hat sich die AKDB an diversen Unternehmen beteiligt und neue gegründet: Im Bereich Geo-Informationssysteme/Facility Management gehört nun die Firma RIWA zum Unternehmensverbund. Telecomputer, unter anderem spezialisiert auf internetbasierte Kfz-Zulassung, ist seit Januar dieses Jahres Teil der AKDB-Familie. Mit der Beteiligung an der Beratungsfirma roo.si ist die AKDB auch im Bereich KI und Business Intelligence präsent. Und im E-Government entwickeln Experten in der neuen digitalfabriX Online-Dienste sowie KI- und Smart-City-Lösungen.

Für das Firmenjubiläum wurde eine eigene Website erstellt. Besucher erhalten hier Einblicke in Arbeit und Projekte, finden kleine digitale Happenings, Video-Interviews mit der neuen Geschäftsleitung oder eine virtuelle Reise durch die Unternehmensgeschichte. (al)

www.akdb.de/next50



EDV 1971: Lochkarten im Metallkoffer.

Digitalisierung und die Beweiskraft elektronischer Dokumente

Die Einführung von eAkten-, DMS- und/oder ECM-Systeme spielt eine zentrale Rolle in der Digitalisierung. Kostenreduktion, Effizienzsteigerung und steigende Transparenz sind einige der Potenziale, die durch solche Systeme ausgeschöpft werden können. Dass das papierlose Büro nicht nur dem Zeitgeist heutiger Arbeitsabläufe entspricht, sondern dabei ein essenzieller Bestandteil ist, hat nicht zuletzt die COVID-19-Pandemie gezeigt. Homeoffice und verteiltes Arbeiten ohne Zugriff auf benötigte Unterlagen ist wenig zielführend.

Hersteller der vorgenannten Systeme haben in den vergangenen Jahren dafür gesorgt, dass Daten und Dokumente elektronisch abgebildet, bearbeitet und revisionsicher archiviert werden können. Um den gesetzlichen Aufbewahrungspflichten nachzukommen, reicht diese Art der Archivierung allerdings nicht aus. Dies liegt vor allem an der fehlenden Möglichkeit, Integrität und Authentizität eines Dokumentes nachweisen zu können; weder bei einem digital zugestellten Dokument, noch nach einer „Transformation“ von Papierdokumenten in elektronisches Datengut. Daraus resultiert ferner die Unsicherheit, welche Dokumente denn nun eigentlich doch im Original aufbewahrt werden müssen und welche nicht.

Der Gesetzgeber referenziert in unterschiedlichsten Gesetzen, Verordnungen und Grundsätzen die Aufbewahrung elektronischer Daten und Dokumente, die einen re-

gelichten Dschungel an Vorschriften abbilden. Diese konkretisieren in der Regel Aufbewahrungsfristen, nicht jedoch die technischen Anforderungen an die Aufbewahrung. Diese Anforderungen ergeben sich meist eher indirekt, beispielsweise über das eGovernment-Gesetz, das BSI-Gesetz oder die eIDAS-Verordnung der Europäischen Kommission.

Technische Richtlinie 03125 (TR-ESOR) des BSI

Die TR-ESOR spezifiziert auf Grundlage der eIDAS-Verordnung, dem Vertrauensdienstegesetz und weiterer bestehender rechtlicher Normen und technischer Standards in einem modular aufgebauten Konzept die übergreifenden Anforderungen und Kriterien für die langfristige Beweiswerterhaltung mittels elektronischer Signaturen. Die hierbei entstandene Referenzarchitektur definiert funktionale und sicherheitstechnische Mindestanforderungen, gemäß denen Systeme, Komponenten, Schnittstellen und deren Zusammenspiel für den Beweiswerterhalt aufgebaut, überprüft und in Betrieb genommen werden können.

BSI-zertifizierte Lösung Governikus LZA

Das komplexe Verfahren der Beweiswerterhaltung bzw. -erzeugung durch Anbringung von Signaturen/Zeitstempeln, Prüfung von Signaturen/Zeitstempeln, Erneuerung von Signaturen/Zeitstempeln – spricht die Erzeugung der Evidence

Records, die über Hashbäume hergestellt werden kann mit verschiedenen Komponenten und Modulen manuell erzeugt werden – doch das ist eine erhebliche organisatorische sowie zeit- und kostenintensive Methode.

Die Referenzimplementierung der Technischen Richtlinie 03125 (TR-ESOR) des BSI Governikus LZA (ab Q2/2021 Governikus DATA Aeonix) übernimmt das komplexe Verfahren automatisiert. Durch die in der Technischen Richtlinie spezifizierten Standards und Schnittstellen ist die Integration in eine bestehende IT-Infrastruktur und Anbindung an vorhandene Systeme einfach durchzuführen.



Mehr Informationen:
www.governikus.de/sichere-daten/governikus-lza/

Im Geleitzug zur Leitregion

Von den Besten in Europa lernen und Baden-Württemberg zur digitalen Leitregion machen – das ist das Ziel der Initiative „Digitale Brücke“. Kommune21 sprach mit Andreas Majer, Lisa Maihack und Bertil Kilian vom IT-Dienstleister Komm.ONE über das Projekt.

Herr Majer, Estland gilt als Vorzeigemodell für digitale Gesamtstrategien. Komm.ONE hat deshalb ein Konzept für eine Kooperation mit estnischen Know-how-Trägern entwickelt. Worum geht es konkret bei der „Digitalen Brücke“?

Andreas Majer: Im Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI) der Europäischen Union liegt Deutschland bei digitalen Verwaltungsleistungen nur im hinteren Drittel der Tabelle. Spitzenreiter ist Estland. Als kommunaler IT-Dienstleister wollen wir mit der Digitalen Brücke einen Impuls setzen und aufzeigen, was wir von anderen europäischen Ländern lernen können. Durch den Austausch mit Estland wollen wir das Land Baden-Württemberg und die Kommunen digital nach vorne bringen.

Wie wollen Sie das erreichen?

Majer: Brücke heißt in der Tat, dass wir Baden-Württemberg und Estland verbinden wollen. Wir streben eine Vernetzung an mit Fachleuten aus den Bereichen Verwaltung und digitale Bildung sowie dem Gesundheitswesen.

In Estland wurde die Verwaltung komplett neu aufgebaut. Ist die Digitalisierung dort überhaupt vergleichbar mit der in Deutschland?



Andreas Majer



Lisa Maihack



Bertil Kilian

Lisa Maihack: Natürlich gibt es große strukturelle Unterschiede zwischen Estland und unserem föderalen System. Eine Eins-zu-eins-Übertragung von Konzepten und digitalen Lösungen ist also nicht möglich. Aber Estland muss ja als EU-Mitglied die gleichen Vorgaben erfüllen wie Deutschland, insofern gibt es durchaus vergleichbare Voraussetzungen.

Bertil Kilian: Es geht bei der Digitalen Brücke darum, die guten Beispiele und intelligenten Lösungen anzuschauen und zu adaptieren. Also nicht zu kopieren, sondern mit einem Baden-Württemberg-Stempel zu versehen, sodass sie für unsere Verhältnisse passen.

Majer: Estland mag strukturell nicht vergleichbar sein, aber warum hätte Deutschland nicht die est-

nische Lösung für einen digitalen Impfpass übernehmen sollen? Von Estland können wir auch viel über digitale Bildung lernen. Signaturen und Zertifikate sind in Estland alltäglich, Verwaltungsvorgänge können digital unterzeichnet werden. All das sind Impulse, die wir aufgreifen können, auch wenn unsere Verwaltungsstruktur eine andere ist.

Wo steht Estland bei der Digitalisierung?

Maihack: Nahezu alle Verwaltungsvorgänge können in Estland digital erledigt werden. Der Schlüssel dazu ist ein Bürgerkonto und eine Bürgerkarte, die als Ausweis, Führerschein und Versichertenkarte dient. Die elektronische Gesundheitsakte ist längst eingeführt, außerdem ist die elektronische Stimmabgabe bei Wahlen möglich.

Kilian: Die estnischen Bürger wissen immer, wer welche ihrer Daten abfragt. In diesem Bereich ist die Transparenz viel höher als bei uns. Möglich macht dies unter anderem X-Road, ein technisches Konzept, durch das der Austausch von Daten und auch die Daten selbst in hohem Maße geschützt sind.

Was kann gerade die kommunale Ebene von Estland lernen?

Majer: In erster Linie kann man sich die digitale Grundeinstellung anschauen. Die Digitalisierung beginnt im Kopf, es ist ein Digital Mindset nötig – und wir brauchen eine Verwaltungskultur, welche den digitalen Wandel möglich macht. Die Kommunen müssen erkennen, dass es hier einen Nachholbedarf gibt und jetzt die Chance ergreifen, um Veränderungen anzustoßen.

durch, beispielsweise Innovation Lunches über die Mittagszeit. Damit wollen wir gewissermaßen den Appetit anregen und zeigen, dass Digitalisierung auch Spaß machen kann. Innovation Lunches gab es bereits zum Thema Digitalisierungsstrategie mit Professor Robert Krimmer von der Universität Tartu oder zur Digitalen Bildung mit dem ehemaligen estnischen Bildungsminister Jaak Aaviksoo. Um die Themen zu vertiefen, bieten wir zusätzlich spezielle Online-Workshops an.

Die Zusammenarbeit soll in einen Innovation Hub münden. Was verstehen Sie darunter?

Kilian: Die digitale Brücke wollen wir auch zu anderen Ländern schlagen, die bei der Digitalisierung weit vorne sind, etwa Dänemark,

Welche Idee steckt dahinter?

Majer: Es wird immer wichtiger, Wissen zu teilen – auch über Grenzen hinweg. Es ist inspirierend, wenn man sich erklären lassen kann, wie eine KI-Lösung oder die Blockchain-Technik funktionieren. Solche Inspirationen können dazu beitragen, dass die Digitalisierung auf allen Ebenen vorankommt. Insbesondere die öffentliche Verwaltung muss digitaler werden, dabei geht es auch um die digitale Souveränität Europas.

Baden-Württemberg soll zur „Leitregion des digitalen Wandels“ werden. Inwiefern trägt die „Digitale Brücke nach Estland“ dazu bei?

Majer: Leitregion kann nur heißen, dass wir überall ganz vorne dabei sind. Dazu müssen wir eine

„Die digitale Brücke wollen wir auch zu anderen Ländern schlagen, die bei der Digitalisierung weit vorne sind.“

Maihack: Digital Mindset heißt auch, dass Prozesse zunächst digital gedacht und möglichst bürgergerecht gestaltet werden. Die Kommunen sollten bestimmte Lösungen einfach mal ausprobieren. Wichtig ist zudem eine interkommunale Zusammenarbeit, insbesondere der kleineren Gemeinden.

Wie soll der Transfer von Ideen und Know-how im Rahmen der Digitalen Brücke vonstatten gehen?

Majer: Ursprünglich hatten wir größere Präsenzveranstaltungen geplant, die Corona-Pandemie hat uns jedoch einen Strich durch die Rechnung gemacht. Nun führen wir Online-Veranstaltungen

Schweden oder Österreich. So soll ein Innovation Hub entstehen, in dem Ideen gemeinsam erarbeitet, Prototypen entwickelt und zur Anwendung gebracht werden.

Majer: Wir wollen den Kommunen mit dem Innovation Hub ein Netzwerk von Experten bereitstellen. Wenn also eine Kommune ein bestimmtes Thema aufgreifen möchte, gibt es möglicherweise jemanden im Netzwerk, der bereits Erfahrung hat und weiterhelfen kann. Ob er in Österreich sitzt oder in Estland, von einem Start-up oder IT-Konzern kommt, ist dabei zweitrangig. Es geht um einen realen Austausch, bei dem man sich Lösungen direkt anschauen kann.

Digitalisierungsinfrastruktur für die Verwaltung, das Gesundheitswesen, die Bildung und die Wirtschaft schaffen. Im ersten Schritt geht es darum, aufzuholen. Dann wollen wir mit unseren Partnern in Europa vorausdenken und Themen setzen, die in den kommenden Jahren für die Veränderung der Verwaltung und der Gesellschaft elementar sind. Letztlich wird es darauf ankommen, dass Komm. ONE, die Kommunen und das Land Baden-Württemberg gemeinsam einen Geleitzug bilden. Diese Zusammenarbeit wird derzeit sehr engagiert von allen Seiten angegangen.

Interview: Alexander Schaeff

Mehr als Technik

Dr. Uwe Hochmuth / Dr. Michael Mangold

Die Generierung und Bereitstellung offener Daten birgt erhebliches Effizienzpotenzial. Jedoch unterschätzen viele Verwaltungen Aufwand und Kosten, die damit einhergehen – etwa hinsichtlich der Weiterqualifikation der Beschäftigten.

In einem mehrjährigen Forschungsprojekt des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung Tübingen (IAW) im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) sollte untersucht werden, welche Wirkung die Bereitstellung von Open Government Data (OGD) auf Verwaltungsprozesse, zivilgesellschaftliche Aktivitäten und wirtschaftliche Nutzungsmöglichkeiten hat. Hierzu wurden Dokumente analysiert, Expertengespräche geführt sowie eine Befragung der 76 Großstädte der Bundesrepublik durchgeführt (siehe Ausgabe 4/2021).

Zu den wesentlichen Ergebnissen zählte, dass im Untersuchungszeitraum fast keine kommerziellen Nutzungen festzustellen waren, kaum zivilgesellschaftliche Auswertungen stattfanden und deshalb die erwarteten Co-production-Effekte nicht eintraten. Es hat sich gezeigt, dass ein erheblicher Bedarf an aktiver Förderung besteht, um die mit OGD verknüpften Ziele zu erreichen – nämlich positive wirtschaftliche Effekte, Effizienzsteigerungen in der öffentlichen Verwaltung sowie eine größere Transparenz.

Im Laufe der Untersuchung zeichneten sich dann weitere Problembereiche ab. So wird der

Digitalisierungsprozess, in den das Thema OGD fest eingebettet ist, meist primär als technische Modernisierung betrachtet. Das liegt im Wesentlichen daran, dass in vielen Kommunen ein erheblicher Nachholbedarf an Hard- und Software-Systemen besteht. Aufgrund der sichtbaren Innovationsgeschwindigkeit wird dies nicht als einmaliges, sondern als dauerhaftes Thema interpretiert und findet sich somit als Reinvestitionsnotwendigkeit in den mittelfristigen Finanzplanungen. Die prominente Sichtbarkeit des Handlungsdrucks und die offensichtliche Präsenz technischer Lösungsangebote auf dem Markt rücken diesen Aspekt stark in den Fokus und drängen andere Probleme mit komplexeren Lösungsnotwendigkeiten trotz ihrer Bedeutung im Digitalisierungsprozess aus der Wahrnehmung.

Hinter den technischen und finanziellen Auffälligkeiten wurde deshalb bislang kaum darauf geachtet, dass der Prozess zur Bereitstellung von OGD deutlich kostenintensiver ist als dies von den Gesetzgebern und deren Beratern angenommen wurde. Zum einen können die Daten nicht ohne Weiteres veröffentlicht, sondern müssen strukturiert und nutzbar

gemacht werden. Zum anderen ergibt sich mit großer Wahrscheinlichkeit ein erheblicher Beratungs- und Erklärungsbedarf sobald externe Nutzer mit den Daten arbeiten wollen. Ohne Unterstützung der Kommunalverwaltungen werden viele veröffentlichte Daten nicht sinnvoll auswertbar sein. Die Verwendung von OGD erfordert also voraussichtlich eine arbeits- und kostenintensive Kommunikation zwischen Verwaltung und Anwendern. Daraus entstehen auch neue Formen von Schnittstellen zu externen Nutzern, für die einerseits bisher nicht benötigte Berechtigungen und Verbindlichkeiten definiert werden müssen, andererseits die Verwaltungsmitarbeiter die dazu passende Kommunikationskompetenz erwerben müssen.

Eine umfangreiche Weiterqualifikation der kommunalen Beschäftigten ist auch in den Bereichen Technik und Organisation nötig. Hinzu kommt, dass sich die Lerninhalte durch den schnellen technischen und sozialen Wandel in immer kürzeren Zyklen erneuern. Die Studie macht deutlich, dass aufgrund der noch geringen Nutzung von OGD sowie der jenseits der reinen Technik noch schlep-penden Digitalisierung der künftige Qualifizierungsbedarf deutlich

unterschätzt und nicht als Problem wahrgenommen wird. Momentan wird in den meisten Städten die aktuelle Mehrbelastung durch OGD von einer sehr engagierten Mitarbeiterschaft abgefangen.

Sehr uneinheitlich war die Einschätzung, ob OGD auf Dauer zu Mehrbelastungen der Verwaltung führen wird. Zwar ist der Aufwand für die Generierung und Bereitstellung offener Daten höher als erwartet, die bereits erzeugten Daten können jedoch innerhalb und zwischen den Verwaltungen genutzt werden. Das hat einen Prozess der Neustrukturierung von Verwaltungsdaten in Gang gesetzt, der einige Effizienzgewinne verspricht. Spätestens an diesem Punkt wird es für die Städte schwer zu unterscheiden, welche Effekte durch OGD ausgelöst werden und welche der gesamten Digitalisierung der Verwaltung geschuldet sind.

Trotz wesentlicher neuer Erkenntnisse, die aus der Studie resultierten, bleibt festzuhalten, dass der Entwicklungsstand bezüglich der Bereitstellung von Open Government Data in den Städten sehr uneinheitlich ist. Insofern wäre es angebracht, den Umgang mit OGD als Teil kommunaler Digitalisierungsstrategien sowie als Handlungsfeld von verstärkter Partizipation und Wirtschaftsförderung kontinuierlich zu beobachten.

Dr. Uwe Hochmuth ist Professor am Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V. der Universität Tübingen. Dr. Michael Mangold ist wissenschaftlicher Berater des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung. Hochmuth und Mangold sind zudem Gesellschafter der Proflog GmbH.

**Digital.
Verbindend.
Menschlich.
Klar.**



Prosoz

prosoz.de

Bürgerservice ist unsere Aufgabe

Mit den Dresdner Forderungen wollen Christian Aegerter, Hauptamtsleiter der Stadt Leipzig und Sabine Möwes, Digitalisierungsverantwortliche der Stadt Köln, mit Kollegen aus München, Freiburg und Essen eine Diskussion über IT-Strukturen anstoßen.

Herr Aegerter, Frau Möwes, auf dem Kongress des IT-Planungsrats haben Sie einen Blick über das Onlinezugangsgesetz (OZG) hinaus gewagt und eine „föderale Revolution“ mit mehr Zentralisierung gefordert. Was ist darunter zu verstehen?

Aegerter: Wir stecken in der Komplexitätsfalle. Das Umsetzungsorganigramm des OZG und die Praxis zeigen, dass die Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern nicht mehr klar abgegrenzt sind. Somit kann es jeder auf den anderen schieben, wenn es nicht vorangeht. Zusammenarbeit und Aufgabenverteilung sind gut, aber es müssen klare Verantwortlichkeiten her. Dass der Bundesgesetzgeber beispielsweise bei der Kfz-Zulassung an den lokalen Zulassungsstellen festhält, solange der Bürger seine Dokumente vor Ort abholen muss, um etwas Formales in der Hand zu halten, ist richtig. Wenn aber in fünf Jahren alles digital läuft und es einen digitalen Kfz-Brief und Führerschein gibt, warum sollten dann Kommunen noch die erforderlichen IT-Verfahren selbst betreiben? Das kann doch der Bund übernehmen. Ich bin überzeugt, es reichen hier zentrale IT-Verfahren, wie wir sie bereits bei der Arbeitsagentur oder den Sparkassen sehen. Wir Kommunen würden die Zeit und Energie lieber woanders investieren.



Christian Aegerter

Sie sagen, die Aufgabenbearbeitung habe einen Komplexitätsgrad erreicht, den Kommunen nicht mehr abbilden können, dass die Erfüllung von Weisungsaufgaben aber mit jedem Versuch der Entbürokratisierung wächst?

Aegerter: Wir erleben das immer wieder: Nach jeder Wahl ruft die neue Regierung aus, zum Beispiel den Fördermittelschub zu lichten. Im Ergebnis werden aus 100 Fördermittelverfahren 120. Nie wird richtig durchgegriffen, auch weil Fördermittel gerne als Steuerungsinstrumentarien verwendet werden. Zudem werden immer neue gesetzliche Regelungen erlassen, etwa im Sozialbereich zum Bildungs- und Teilhabepaket oder neue Regelungen im Passwesen oder Ausländerrecht. So kommen ständig veränderte Aufgaben auf die Kommunen zu.



Sabine Möwes

Möwes: Wir müssen die Kommunikation verbessern. Wenn Bund oder Land ein neues Gesetz erlassen, wissen sie meist gar nicht, was wir als Kommunen an Aufgaben und Problematiken schon gelöst haben. Das wird nicht genügend zurückgespiegelt. Eine Gewerbebescheinigung ist beispielsweise ohne Unterschrift gültig. Um aber Missbrauch zu verhindern, sind die Kollegen vor Ort dazu übergegangen, sich den Antrag anzuschauen und die Antragsteller zu beraten. Wir haben daher eine faktische Unterschrift, die eigentlich vom Gesetz her nicht notwendig ist. Wenn man sie aber abschafft und nicht miteinander redet, wird auch nicht deutlich, warum die Kommunen dies so praktizieren. Wenn wir also entbürokratisieren wollen, muss der Prozess über alle drei Ebenen hinweg betrachtet werden. Sonst baut der

Gesetzgeber viel mehr Hindernisse auf, als vorher vorhanden waren.

Ist das OZG nicht schon ein großer Schritt in Richtung weniger Komplexität?

Möwes: Grundsätzlich stimmt das. Wir erleben aber in der Praxis, dass das OZG die Systeme nur stabilisiert, anstatt sie zu konsolidieren. Überall gibt es Eigeninteressen, eigene Systeme und Verfahren. Wir müssten eigentlich ganz neue Lösungen entwickeln, die nicht auf den alten Verfahren aufsatteln, sondern konsequent von der Aufgabe und den Abläufen ausgehen, von der Organisation und Nutzung hin zur besten IT-Lösung. Außerdem müssen wir uns fragen, an welcher Stelle sich zentrale Verfahren lohnen.

EfA-Lösungen zu verwenden. Für veraltete Lösungen bietet sich das ebenfalls an. Wo aber gerade erst ein neues System etabliert wurde, ist ein Umstieg vielleicht erst in drei Jahren sinnvoll.

Aegerter: Wir wollen Leistungen einsetzen und ersetzen, die durchgehend digitalisiert sind. Deswegen sprechen wir immer von einem längeren Zeithorizont, vom Zeitraum bis 2030 und nicht von heute oder morgen. Wir können es uns auf Dauer nicht mehr leisten, durchgehend digitalisierte Verfahren für gegenwärtig noch übertragende Pflichtaufgaben in den Städten und Landkreisen selbst zu betreiben. Der demografische Faktor und der Fachkräftemangel machen das immer deutlicher. Wir müssen dies

Möwes: Durch das BMI-Förderprogramm Smart City betrachten viele Städte die Datenökosysteme und überlegen gemeinsam mit dem Bund, wie grundlegende Regelungen aussehen könnten. Wie können wir eine Datensouveränität beibehalten und Daten organisiert nach draußen geben, um neue Mehrwerte zu schaffen? In diesem Bereich sind die Städte sehr gut vernetzt und wollen gemeinsam schauen, wie Datennutzung strukturiert und organisiert werden kann.

Die Zukunft lautet also digitale Daseinsvorsorge?

Möwes: Daseinsvorsorge und -fürsorge mit guten Services für Bürgerinnen und Bürger, Beratung und die Gestaltungspotenziale in

„Unsere Aufgabe ist in erster Linie die Daseinsvorsorge, der Service am Bürger, nicht der Service am Server.“

Aegerter: Das Einer-für-Alle-Prinzip (EfA) ist ein Schritt in die richtige Richtung. Verfahren zu übernehmen, die anderswo schon laufen und getestet sind, ist richtig. Das muss aber geplant und zentral passieren. Dann können Kommunen sich an die Verfahren anschließen, ohne diese selbst ausschreiben, einführen und betreiben zu müssen.

Wie sehen Kommunen das EfA-Prinzip vor dem Hintergrund der eigenen Verfahren und des Investitionsschutzes?

Möwes: Ich glaube, im Grundsatz begrüßen die Kommunen den Einer-für-Alle-Ansatz. Natürlich ist es wichtig, dass vor Ort eingeführte, gute Lösungen weiterlaufen können. Wo es noch gar keine Lösungen gibt, ist es hingegen leicht, die

aber heute schon durchdenken, damit wir es morgen vor allem bei neuen Aufgaben umsetzen können.

Wird die kommunale IT überflüssig?

Aegerter: Selbstverständlich nicht. Wir wollen uns nicht von der gesamten IT trennen, sondern uns vor allem um die Aufgaben kümmern, für die wir wirklich zuständig sind. Wenn sich die Stadt Leipzig nicht mehr um Kfz-Zulassungsverfahren kümmern müsste, könnte man das Personal für andere kommunale Aufgaben einsetzen. Und die Städte stehen vor vielen neuen Aufgaben. Smart City oder Open Data, digitale Bildung, Umwelt und Klimaschutz, Mobilität und autonomes Fahren sind spannende Zukunftsthemen. Hier liegt unser Gestaltungspotenzial.

der Kommune sind Dinge, die uns antreiben. Einen Führerschein auszustellen, lässt keine Ermessensspielräume. Solche Prozesse können gut automatisiert werden.

Aegerter: Mit einer anderen Aufgabenverteilung kommen wir deutlich effizienter in die nächsten Jahre. Das bisherige Verständnis von kommunaler Selbstverwaltung wird sich ändern, alles selbst machen zu wollen, stößt an Grenzen. Das gilt zumindest dort, wo uns Aufgaben übertragen worden sind, die gar nicht unsere eigenen sind. Unsere Aufgabe ist in erster Linie die Daseinsvorsorge, der Service am Bürger, nicht der Service am Server.

Interview: Helmut Merschmann

Mit Erfolg zur E-Akte

Frank Zscheile

Damit komplexe Digitalisierungsprojekte wie die Umstellung auf die elektronische Aktenführung zum Erfolg werden, sollten Kommunalverwaltungen eigens dafür geschultes Personal bereitstellen. Nebenbei lassen sich solche Vorhaben nicht stemmen.

Enthusiastische Töne kamen Ende 2020 aus der Berliner Verwaltung: „I©k bin DA!“ Soll heißen: Die E-Akte wird jetzt in allen Berliner Behörden eingeführt, unter Beteiligung zahlreicher Projektpartner wie etwa der Unternehmen Ceyoniq Technology, Computacenter, Infora und Materna. Aus anderen Bundesländern hört man ähnlich Erbauliches: So treibt die Stadt Leipzig den verwaltungsweiten Ausbau des digitalen Dokumenten-Managements mit der Software von Anbieter Optimal Systems voran. Und die Stadt Osnabrück setzt im Rahmen ihrer E-Government-Strategie auf E-Akten und Enterprise Content Management (ECM) der Firmen codia Software und d.velop. Damit katapultierte sie sich auf Platz 8 des Smart City Index 2020. Das Digital-Ranking der deutschen Großstädte wird jährlich vom Branchenverband Bitkom vorgenommen. In der Unterkategorie Verwaltung landete Osnabrück sogar auf Platz 2.

Es sind Leuchtturmprojekte, die darüber hinwegtäuschen, dass deutsche Kommunen bei der E-Akte hinterherhinken. Das wundert nicht, wenn sogar das Bundeskanzleramt seiner Pflicht zur elektronischen Aktenführung nicht nachkommt (so berichtete es im September 2020 unter anderem die Augsburg

ger Allgemeine). Bundesregierung und Bundesbehörden verstoßen demnach gegen das E-Government-Gesetz, das ihnen seit Januar 2020 das Führen elektronischer Akten auferlegt. Berufen sie sich womöglich auf Paragraph sechs, der von der E-Akten-Pflicht befreit, wenn dies unwirtschaftlich ist?

Die in Berlin, Leipzig oder Osnabrück involvierten Software-Hersteller teilen sich einen beträchtlichen Teil des ECM-Kuchens im kommunalen Sektor untereinander auf. Weitere Hersteller sind Docuware, Lorenz Orga oder PDV. Letzterer hat vor Kurzem zwei bekannte Hersteller übernommen – CC e-gov aus Hamburg und comundus regisafe aus Waiblingen – und will dadurch insbesondere im kommunalen Umfeld weiter wachsen.

Große Kommunen scheinen zudem die Vorreiter bei der Digitalisierung und somit auch bei der E-Aktenführung zu sein; kleinere Verwaltungen unter 30.000 Einwohnern haben oftmals Nachholbedarf. So herrschen große Unterschiede. „Wo viele noch in Papierakten versinken, kümmern sich andere Verwaltungen schon um einen intelligenten Posteingang“, formuliert es Harro Mrosowsky, Bereichsleiter Vertrieb bei Optimal Systems.

Aus welchen Gründen ein E-Akten-Projekt scheitert und warum nicht, dazu haben die ECM-Anbieter eine klare Meinung: Strategisch und entschlossen müsse eine Kommune das Thema Digitalisierung angehen, raten sie einstimmig. Dazu gehört es, interne Ressourcen bereitzustellen, am besten neue Fachkräfte, die sich ausschließlich auf dieses Thema fokussieren. „Neue Stellen sind politisch aber oft ein heißes Thema“, weiß codia-Geschäftsführer Philipp Perplies. Die Städte Osnabrück und Wuppertal, der Kreis Borken sowie andere codia-Kunden haben genau dies schon vor Jahren getan. Sie haben ein Digitalisierungsteam oder eigene E-Government-Beauftragte abgestellt und diese im Bereich ECM/E-Akte geschult. Perplies: „Solche Teams, bestehend aus Digitalisierungsexperten, haben dann auch erfolgreich ihre Verwaltungen digitalisiert.“

Die ECM-Fachleute raten davon ab, sich zu sehr auf eine Individualisierung von E-Akten je Abteilung zu konzentrieren. Dabei verliere man sich schnell in Details und bremse das Projekt nur aus. Besser seien etablierte Standardlösungen, die vielleicht nur zu 80 Prozent perfekt sind, aber dennoch eine große Verbesserung zum früheren papier-

basierten Arbeiten darstellen. Ziel sollte es sein, die E-Akte schnell flächendeckend zur Verfügung zu stellen und sich erst im Anschluss um Individualisierung zu kümmern. Standard heißt hier: Dort, wo keine strukturierte Fallbearbeitung stattfindet, kann man auch mit einer allgemeinen Sachakte für die Schriftgutverwaltung arbeiten. Für Spezialbereiche wie das Wohngeld oder das Steueramt kommen dann individuelle Fallakten zum Einsatz, für die alle Anbieter heute fertige Templates zur Verfügung stellen.



Torge Link, Team-Leiter Public Solutions beim codia-Partnerunternehmen xSuite Group, einem Spezialisten für Eingangsrechnungsverarbeitung, erklärt: „Eine der großen Herausforderungen beim Thema E-Akte ist sicherlich die Dezentralität in den Kommunen und die Vielfalt der E-Akte. Es gibt in einer Kommunalverwaltung sehr viele Fachbereiche mit unterschiedlichen Anforderungen, welche es zu berücksichtigen gilt. Die E-Akte muss stückweise weiterentwickelt werden, anstatt dass man gleich den großen Wurf macht.“

Um ein Digitalisierungsprojekt in seiner ganzen Komplexität zu meistern, benötigt man zunächst entsprechendes technisches Wissen. ECM ist darüber hinaus aber in weiten Teilen ein organisatorisches Projekt. Was die Aktenführung angeht, gibt es oft veraltete Vorgaben. Hier gilt es, Change-Management-Prozesse in die Wege zu leiten.

Dass die E-Akte zwar als technisches Vorhaben gilt, dabei aber vor allem organisatorische Herausforderungen mit sich bringt, bestätigt Professor Robert Müller-Török

Bei der E-Akteneinführung strategisch vorgehen.

von der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg auf dem Online-Portal VdZ.org (Verwaltung der Zukunft). Für ihn ist die digitale Akte sogar das wohl „größte Reformprojekt der Verwaltung seit über 200 Jahren“. Dabei ginge es nicht bloß um eine „Elektrifizierung bestehender Abläufe“, sondern um eine fundamentale Neugestaltung von Arbeitsprozessen und Arbeitsweisen. Starke Unterstützung der politischen Spitze sei deshalb gefragt, in der täglichen Umsetzung und über einen sehr langen Zeitraum hinweg.

Optimal-Systems-Vertriebsleiter Harro Mrosowsky zufolge zählt die fehlende Unterstützung von höherer politischer Ebene zu den größten Hindernissen der Verwaltungsdigitalisierung. „Hier hat sich in den vergangenen Jahren mit Förderprogrammen und der Gesetzgebung im Bereich E-Government zwar viel getan“, konstatiert er, „es mangelt aber weiterhin an der Bereitschaft zur Veränderung.“ Hinzu

kämen fehlende finanzielle Mittel und knappe personelle Ressourcen.

Das Forum Agile Verwaltung befragte Ende vergangenen Jahres 60 Kommunalvertreter aus Süddeutschland zu ihrem Zufriedenheitsgrad mit Dokumenten-Management-Systemen. Es ist keine repräsentative Umfrage, aber als Schlaglicht dürfte das Ergebnis die ECM-Hersteller dennoch aufhorchen lassen. So ist bei denjenigen, die aktiv mit einer ECM-Software arbeiten, diese bei Weitem nicht das System, das – so wie zuvor Windows – als führende Anwendung den Arbeitsalltag formt. Und ein Drittel der Befragten hält die Arbeit damit für umständlicher als unter Windows. Wolf Steinbrecher vom Forum Agile Verwaltung sagt: „Unsere Befragung untermauert eine Behauptung des Bundesverwaltungsamts: Wenn ECM-Projekte scheitern, dann vor allem an der Nichtakzeptanz der Anwenderinnen und Anwender.“

Frank Zscheile ist IT-Journalist aus München.

Effizient im Homeoffice

Michael Genth

Auf Dokumente zugreifen, Anträge bearbeiten, Vorgänge abschließen – seit über einem Jahr müssen viele Verwaltungsmitarbeiter ihren Job wegen der Corona-Krise von zu Hause aus erledigen. Die elektronische Aktenführung ist eine wichtige Voraussetzung dafür.

Die Kommunen waren zu Beginn der Corona-Pandemie gezwungen, kurzerhand Arbeitsplätze im Homeoffice einzurichten. Zahlreiche Behörden waren darauf nicht gut vorbereitet, denn viele verfügen nach wie vor über keine elektronische Aktenführung. Diese ist jedoch eine wichtige Voraussetzung für den mobilen Zugriff auf Dokumente und somit auch für eine erfolgreiche Vorgangsbearbeitung. Leistungsfähige Werkzeuge stehen allerdings schon seit Jahren bereit: So können auf Grundlage einer zentralen digitalen Informationsplattform problemlos webbasierte Lösungen freigeschaltet werden, die es ermöglichen, wichtige Verwaltungsdienste den Bürgerinnen und Bürgern jederzeit anzubieten.

Damit Software für die elektronische Aktenführung nicht nur optimal auf die Bedürfnisse der öffentlichen Verwaltung zugeschnitten ist, sondern auch schnell ausgerollt und gewinnbringend eingesetzt werden kann, muss sie einige Kriterien erfüllen. Leistungsfähige Lösungen wie etwa nscale eGov von Anbieter Ceyoniq Technology unterstützen Verwaltungen von Beginn an bei der Einführung einer E-Akte mit Basiselementen einer E-Akte-Referenzstruktur.

Dazu gehört die Abbildung aller Phasen des Schriftgut-Lebenszyklus. Die Anforderungen an unterschiedliche Rollen und Berechtigungen der Anwender zur Vorgangsbearbeitung sowie Festlegungen zur Aussonderung werden berücksichtigt. Verwaltungen erhalten beim Aufbau von E-Akte-Standards außerdem die für die Mitarbeiter wichtigen rechtebezogenen und verwaltungsweiten Zugänge zu Akten, Vorgängen und Dokumenten. So wird Personalaufwand reduziert und viel Zeit gespart.

Moderne E-Akte-Systeme sind darüber hinaus konform zur Referenzarchitektur „Organisationskonzept elektronische Verwaltungsarbeit“ (OkeVa). Diese gilt für Bundesverwaltungen ebenso wie für kommunale Verwaltungen. Damit sind beispielsweise Schnittstellen gegeben, wie sie in der öffentlichen Verwaltung in der Regel gebraucht werden. Statt diese mühsam selbst aufzubauen, bieten moderne E-Akte-Lösungen ein auf den Public Sector abgestimmtes System. Wenn auch die rechtlichen, funktionalen und fachlichen Anforderungen von Anfang an für den behördlichen Geschäftsgang umgesetzt und Office-Anbindungen schon integriert sind, liefert die E-Akte eine eigen-

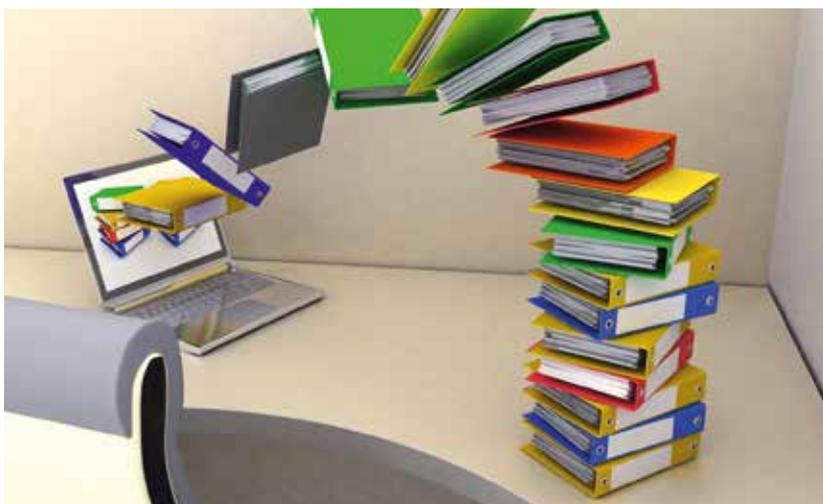
ständige und für die Verwaltung sofort umsetzbare Lösung.

Standardschnittstellen wie CMIS ermöglichen nicht nur die Kommunikation mit den für Verwaltungen typischen Fachverfahren und die Ablage von Dokumenten in die E-Akte. Vor allem können auch diejenigen Verwaltungsmitarbeiter am Informationsaustausch mit den Fachämtern beteiligt werden, die nicht an die Fachverfahren angebunden sind. Damit wird der Informationsfluss in alle Bereiche geöffnet, die am Vorgang beteiligt sind und über die erforderlichen Berechtigungen verfügen.

Mit den regulatorischen Zugängen zu externen Kommunikationspartnern, zum Beispiel zu anderen Kommunen, Landes- oder Bundesbehörden, erfolgt der notwendige Informationsaustausch nach außen und innen. Idealerweise geschieht das auf Basis von Standards wie XDOMEA, XJustiz oder dem Onlinezugangsgesetz (OZG) und gemäß den Vorgaben aus den E-Government-Gesetzen der Bundesländer. Damit eine E-Akte schnell eingesetzt werden kann, sollte sie sowohl auf der Referenzarchitektur OkeVa als auch auf dem Organisationskonzept elektronische Verwaltungsarbeit

„Baustein eAkte“, einer Empfehlung des Bundesministeriums des Innern, beruhen. Auf dieser Basis ist das System für den externen Informations- und Datenaustausch samt elektronischem Briefkasten bereits fertig vorkonfiguriert.

Sobald die Ausstattungsdetails der E-Akte festgelegt sind, kann die Arbeit beginnen. Eine individuelle Anpassung der Lösung – etwa durch die Auswahl und Implementierung des künftigen Aktenplans, mit dem die Organisation der Verwaltung abgebildet wird – hilft den Mitarbeitern, sich in der neuen digitalen Umgebung schnell zurechtzufinden. Auch die Maskengestaltung oder die Farbauswahl kann bei flexiblen Systemen wie nscale eGov von den Fachabteilungen selbst gestaltet werden. Ebenso sollte das Kriterium der Barrierefreiheit erfüllt sein, sodass auch Mitarbeiter mit körperlichen Einschränkungen die E-Akte nutzen können. Zudem muss ein modernes System die Anforderungen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) zum



Elektronische Aktenführung erlaubt den mobilen Zugriff auf Dokumente.

Schutz personenbezogener Daten berücksichtigt.

Die Einführung eines digitalen Dokumenten-Managements mit integrierter Vorgangsbearbeitung ist an eine gute Vorbereitung, Beschlüsse, Ausschreibungen, Auswahlverfahren, externe Unterstützung und Finanzierungen gekoppelt, die Schritt für Schritt umgesetzt werden müssen. Diesen Prozess anzustoßen, muss weiterhin höchste Priorität haben. Die gegenwärtige Pandemiesituation

macht deutlich, wie wichtig bei der Umsetzung von E-Akte-Konzepten eine Multi-Client-Strategie ist. Erst diese macht ein effektives mobiles Arbeiten realisierbar. Führende Lösungen wie nscale eGov stellen dafür unterschiedliche Clients zur Verfügung, so zum Beispiel einen Desktop-Client, eine Explorer-Integration als verwaltungsinterne Anwendung, eine App und einen Web-Client.

Michael Genth ist Business Sales Manager bei der Ceyoniq Technology GmbH.

Anzeige

E-Government endlich einfach! Ihr Bürgerportal



OPENR@THAUS

- Integration Servicekonto inkl. Postkorb
- Integration e-Payment und eID
- Integration Fachverfahren und DMS
- startbereite Basisprozesse

Analog war gestern

Rüdiger Mages

Der Landkreis Börde will bis Mitte 2022 in der gesamten Verwaltung ein Dokumenten-Management-System einführen. In einem ersten Schritt wird derzeit das Sozialdezernat auf die elektronische Aktenführung umgestellt.

Verwaltungen werden mit immer mehr Daten konfrontiert, die sich mit herkömmlichen, analogen Methoden nicht mehr zeitgemäß verarbeiten lassen. Die Corona-Pandemie macht außerdem deutlich, dass solche Verwaltungen gut aufgestellt sind, bei denen sichere Verbindungen zwischen den Akteuren und zu den Bürgern bestehen.



Landkreis Börde: Virtuelle DMS-Vertragsunterzeichnung.

Dokumenten-Management-Systeme (DMS) mit E-Akten-Funktion sind jedoch vielerorts noch nicht spruchreif.

Anders ist das im Landkreis Börde in Sachsen-Anhalt. Die Kreisverwaltung ist im Jahr 2019 mit dem auf drei Jahre angelegten Projekt E-Akte/DMS in die digitale Zukunft gestartet. Ab Mitte 2022 soll eine Komplettlösung für alle 800 Arbeitsplätze der Kommune vorliegen. Das umfasst alle Fachbereiche vom Büro des Kreistags über die Bauverwaltung bis hin zu sämtlichen internen Serviceschnittstellen. Alle Bürger- und Unternehmensanträge sowie internen Angelegenheiten werden künftig als digitale Vorgänge geführt. Das

bedeutet Digitalisierung bereits beim Posteingang, den Workflows sowie dem Postausgang.

Aller Anfang ist jedoch schwer. In den Köpfen der Führungskräfte sind digitale Arbeitsweisen zu aktivieren und zu implizieren, damit sie in ihren jeweiligen Schlüsselpositionen den Umstellungsprozess in Gang setzen, als Vorbild wirken und die Mitarbeitenden bei der Einführung der digitalen Prozesse begleiten. Die Landkreisverwaltung hat bewusst keine Berater in das Projekt involviert, sondern wollte die Umstellung auf die E-Akte alleine bewältigen. Denn ein Berater wäre kaum in der Lage, die Komplexität einer Kreisverwaltung in ihrer Gesamtheit zu erfassen. Warum dann

nicht eigene Potenziale nutzen und ganz nebenbei Begeisterung erzeugen? Deshalb bildete der Landkreis Börde in den verschiedenen Bereichen – Bereich Landrat sowie in vier Dezernaten – Kompetenz-Teams, denen je eine Person als Einführungsverantwortlicher vorsteht. Die Kompetenz-Teams begleiten alle Phasen der Vorbereitung, sie bringen ihre ganz per-

sönlichen Erfahrungen und Erwartungen in das Projekt E-Akte/DMS ein. Dieses wird darüber hinaus von einem Projekt-Team vertreten, das aus Mitgliedern der Verwaltungsbereiche Organisation, Öffentlichkeitsarbeit, Datenschutz, Archiv und Informationstechnik besteht.

Die Einführung eines DMS bedeutet mehr Organisationsaufwand als technische Durchführung und ist nicht Sache der IT-Abteilung allein. So ist zu Beginn eine umfassende Prozessanalyse anzustrengen, welche die analogen Arbeitsweisen der Ämter und Dienstleistungen abbildet. Daraus können dann Schlüsse über den Umfang der einzuführenden digitalen Prozesse gezogen werden. Fakt ist, dass sich das Leben

einer Verwaltung dadurch nicht so sehr verändert, denn die Abläufe der täglichen Arbeit bleiben erhalten. Es wird lediglich auf Papier verzichtet. Wo kein Papierantrag mehr reinkommt, wird auch kein Papier mehr verschickt oder abgeheftet. Alle digitalen Prozessabläufe werden für die Einführungsphase in einem Prozesshandbuch zusammengefasst. Es dient als Organisationsanleitung, Handbuch und Anleitung für Schulungszwecke. In der Planungsphase stellt sich zudem die Frage des digitalen Posteingangs, der mit dem Scannen von Schriftgut beginnt. Zu klären ist, wer, was, wann und vor allem wo digitalisiert wird, wie die Verteilung der digitalen Dokumente erfolgen soll und wie weit automatisiert wird (intelligenter Posteingang).

Im Bereich Hardware sind zwei 19-Zoll-Bildschirme oder größere Displays (so genannte Curved Monitore mit 32 Zoll) Standard, will man das Papier ersetzen. Denn mit den multifunktionalen Displays sind Arbeitsabläufe gut zu handhaben und bleiben übersichtlich.

Nebenbei steigt so die Akzeptanz der Beschäftigten für die Digitalisierung. Für die Auswahl der passenden DMS-Software empfiehlt sich eine Internet-Recherche.

Die Zusammenarbeit mit dem Hersteller der DMS-Software ist Sache des Vertrauens und auf lange Zeit angelegt, denn die Entwicklung auf dem Gebiet Dokumenten-Management geht weiter. Eine gute Beratung, ein prompter Support, ein vertrauensvolles Miteinander sowie gegenseitiges Verständnis für die Prozesslandschaft bieten eine gute Grundlage für den Erfolg. Bereits beim Erstellen der Leistungsbeschreibung im Zuge des Vergabeverfahrens sind in der Verwaltung verwendete Fachverfahren zu berücksichtigen, denn diese sind in das DMS einzubinden. Viele Anbieter haben bereits verwendbare Schnittstellen zu gängigen DMS im Portfolio, so etwa hinsichtlich der E-Rechnung.

Der Landkreis Börde führt sein DMS mit E-Akten-Funktion von Anbieter codia Software seit April

2021 in vier Wellen ein. Die ersten digitalen Akten werden für Angelegenheiten der Sozialverwaltung angelegt (Asyl, SGB XII, Jugendamt, BAföG). Hier ergeben sich durch die personalisierten Aktenvorgänge sehr gute Lerneffekte. Weitere Bereiche folgen sukzessive. Aufgrund der Corona-Pandemie konnte auf ein breit angelegtes Change Management weitgehend verzichtet werden, denn die Krise befördert das Thema Digitalisierung selbstständig. Für Landrat Martin Stichnoth ist die Umstellung auf die elektronische Aktenführung ein wichtiger Meilenstein, um das Verwaltungshandeln im Landkreis künftig schneller, kostengünstiger und transparenter zu machen. „Das ist ein Mammutprojekt“, weiß Stichnoth. „Unsere Verwaltung, so fordert es im Übrigen der Gesetzgeber von allen kommunalen Verwaltungen, wird damit aus Sicht des Antragstellers noch dienstleistungsorientierter.“

Rüdiger Mages ist Leiter des Amts für Gesundheit und Verbraucherschutz beim Landkreis Börde und Leiter des Projekts E-Akte/DMS.

Anzeige



OPTIMAL SYSTEMS
A KYOCERA GROUP COMPANY

In diesem Bild versteckt: 785.000 Akten.

Ganz egal wo Sie arbeiten – mit enaio® haben Sie Ihre Akten jederzeit griffbereit. Erfassen neuer Dokumente und Start digitaler Workflows? Über das Web und Ihre mobilen Endgeräte erhalten Sie Zugriff auf Ihren digitalen Arbeitsplatz. Natürlich sicher dank Verschlüsselung und zentraler Zugriffsrechte. **Digitalisierung. Wir machen das schon.**

optimal-systems.de/modern-workspace

Software für Macher.

Schluss mit Papierkram

Harro Mrosowsky

Innerhalb von sechs Jahren wurden im Kreis Traunstein alle Fachbereiche der Verwaltung an ein Dokumenten-Management-System (DMS) angebunden. Es sorgt nun für effiziente und strukturierte Arbeitsprozesse.

Die Corona-Krise hat viele Versäumnisse offengelegt und auch die öffentliche Verwaltung dazu gezwungen, im Eilverfahren digitale Strategien zu entwickeln und umzusetzen. Ein Positivbeispiel liefert nicht etwa ein Hightech Start-up aus dem Silicon Valley, sondern das Landratsamt im südbayerischen Traunstein: Seit dem Jahr 2014 wurde hier in einem über sechs Jahre laufenden Projekt das Dokumenten-Management-System (DMS) enaio von Optimal Systems in allen Fachbereichen eingeführt.

Die parallele Nutzung von analogen Akten und digitalen Informationen stellte für das Landratsamt eine zunehmende Herausforderung dar. Gefordert war zunächst ein einheitlicher Aktenplan. Die Verteilung der vorgangsrelevanten Dokumente fand bis dahin hauptsächlich in Papierakten, den E-Mail-Postfächern und in Netzlaufwerken statt. Die Akten sind somit stets unvollständig – es sei denn, man würde alle digitalen Dokumente ausdrucken, abheften und alle Papierunterlagen digitalisiert ablegen. Das würde jedoch doppelten Aufwand und das ständige Risiko bedeuten, doch etwas zu übersehen. Abhilfe sollte ein DMS wie enaio schaffen. Es regelt die Erstellung von



Betreute die digitale Umstellung: Die Projektgruppe DMS des Landratsamts Traunstein.*

Dokumenten und Informationen unterschiedlichster Art sowie deren Bearbeitung, Zugriff und Austausch zwischen verschiedenen Personen. Informationsfluss und Wissensmanagement werden so effektiv gesteuert und organisiert. „Eine besondere Kompetenz liegt in unserer ausgeprägten Schnittstellenvielfalt zu kommunalen Fachverfahren“, erläutert Nikolas Herwig, Vertriebsbeauftragter von Optimal Systems Hannover. Die Tochtergesellschaft hat sich auf die Digitalisierung von Verwaltungen spezialisiert, um mehr Transparenz und Bürgernähe zu ermöglichen. Mehr als 650 Verwaltungen haben enaio inzwischen erfolgreich im Einsatz.

Das Landratsamt Traunstein setzt bereits seit dem Jahr 2003 auf

Optimal Systems. Die Kfz-Zulassungsstelle war damals der erste Fachbereich, der in enaio abgebildet wurde. Bald folgten weitere Bereiche: 2004 die Führerscheinstelle, 2008 die Archivierung der Kassenbelege, 2012 die Prüfprotokolle Gebäude-Management und 2013 die Tiefbauabteilung. Der Startschuss für die hausweite Nutzung erfolgte schließlich 2014. Das ambitionierte Ziel: die vollständige Umstellung auf elektronische Akten und eine medienbruchfreie Vorgangsbearbeitung bis 2020.

* v.l.: Karin Christ, DMS-Beauftragte; Hartmut Kohler, Service Manager enaio; Julian Heigenhauser, Organisation; Christian Ausfelder, IT-Leiter und Projektleiter DMS. Nicht im Bild, aber zur Gruppe gehörig: Elisabeth Bauer, Kreisrechnungsprüfung und Datenschutzbeauftragte.

Christian Ausfelder, Sachgebietsleiter Informations- und Kommunikationstechnik im Landratsamt Traunstein, war verantwortlich für die Planung und Umsetzung des Projekts und berichtet: „Für die Umstellung haben wir zwei Projektgruppen gegründet. Eine Lenkungsgruppe, die zu strategischen Entscheidungen tagt, und eine DMS-Projektgruppe, die sich um tägliche Aufgaben und Probleme kümmert.“ Zur strategischen Lenkungsgruppe zählten – neben Ausfelder – der Geschäftsleiter Lothar Wagner, der Personalratsvorsitzende Richard Mayer, der Sachgebietsleiter Personal und Organisation Hubert Pfenninger, sowie die Kreisrechnungsprüferin und Datenschutzbeauftragte Elisabeth Bauer. Die Gruppe tagte zwei- bis dreimal jährlich und entwickelte ein ganzheitliches Konzept zur optimalen Umsetzung des DMS. Auch die Entwicklung einer strukturierten Vorgehensweise bei der Anbindung neuer Fachbereiche zählte zu den Aufgaben. Die DMS-Projektgruppe war für die enaio-Server sowie technische Probleme der Fachverfahren zuständig. Die Strategie ging voll auf: Seit 2020 arbeitet die gesamte Kreisverwaltung mit elektronischen Akten.

Möglich wurde dies auch dank der Offenheit von enaio für die Anbindung von Drittanwendungen. So nutzt die Kreisverwaltung im Sozialamt eine Schnittstelle zu OpenProsoz und in der Betreuungsstelle zu TauOffice. Die Flexibilität des DMS zeigt sich außerdem in der mobilen Version für Smartphone oder Tablet: Mitarbeiter haben alle wichtigen Unterlagen immer dabei – unverzichtbar für Besprechungen oder Außendiensttermine. „Wir

können problemlos völlig ortsunabhängig arbeiten. Ob im Büro, im Besprechungsraum oder im Homeoffice – die Mitarbeiter haben stets vollen Zugriff auf ihre Akten“, freut sich Ausfelder. Vor allem in Zeiten von Kontaktbeschränkungen und mobilem Arbeiten ist das ein wichtiger Vorteil: Denn erst das Zusammenspiel aus digitalen Akten und elektronischer Post, die gescannt und automatisch an die entsprechenden Mitarbeiter verteilt wird, ermöglicht das uneingeschränkte Arbeiten im Homeoffice. Neben der Zeitersparnis und Effizienzsteigerung profitiert das Landratsamt Traunstein von deutlich niedrigeren Papier-, Kopier- und Lagerkosten fürs Archiv.

Für Ausfelder war es das größte Digitalisierungsprojekt seiner bisherigen Laufbahn und er ist stolz auf die gemeinsame Leistung: „Das gesamte Haus hat daran mitgearbeitet – von der Amtsführung bis zum Sachbearbeiter.“ Auch bei Optimal Systems ist man über den Projektlauf beeindruckt: „Die Umstellung auf das DMS war sehr umfangreich, deshalb unterstützen wir unsere Kunden mit Workshops und Tipps zur Einführung. Die Verwaltung in Traunstein war hier sehr fit und konnte die Einführung weitgehend in Eigenregie regeln“, lobt Herwig. Die Erfahrung, die Ausfelder in diesem Projekt gesammelt hat, kommt übrigens nicht nur Traunstein zugute: Im Jahr 2015 initiierte er zusammen mit dem Kreis Starnberg den DMS Arbeitskreis Südbayern. In diesem tauschen sich mittlerweile 25 Landkreise und Städte einmal im Jahr konstruktiv aus.

Harro Mrosowsky ist Bereichsleiter Vertrieb bei Optimal Systems Hannover.



E-Rechnungen schnell und einfach verarbeiten

- per E-Mail, Scan, E-Rechnungsportal
- per Papier, PDF, XML (ZUGFeRD 2.x, XRechnung)
- mit SAP FI/MM, PSM/PSCD

Unsere Expertise:

Integrierte Rechnungsverarbeitung für SAP ERP und S/4HANA

info@xsuite.com
www.xsuite.com



SAP® Certified
Integration with SAP S/4HANA® Cloud

Schnell implementiert

Thomas Wieland / Günther Seitz

Wie schnell ein neuer Aktentyp zum Einsatz gebracht werden kann, zeigt sich im Gesundheitsamt des Kreises Bergstraße. Binnen drei Tagen wurde dort die E-Akte bereitgestellt.

Dass sich der medienbruchfreie Einsatz eines Dokumenten-Management-Systems (DMS) während der Corona-Pandemie auszahlt, zeigt das Beispiel des Kreises Bergstraße. Die hessische Kommune hat sich komplett digital aufgestellt. Dazu setzt sie

auf DMS³/eAkteOpen+, eine Lösung der kommIT – Gesellschaft für Informationstechnik und Vertriebs-tochter der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) – und des Unternehmens OTS Informationstechnologie. Alle Prozesse können damit unter Einbindung der Fachstellen und Bürger digital auch aus dem Homeoffice heraus abgebildet werden.

Schon im Jahr 2015 hatte Landrat Christian Engelhardt den Grundstein für die Modernisierung und Digitalisierung der Kreisverwaltung gelegt. Dieses frühe Engagement trug dazu bei, dass es nun trotz Corona-Krise keine Einschränkungen in der Bearbeitung gibt. Als effektives und zuverlässiges Arbeitsmittel erweist sich die E-Akte von kommIT und OTS außerdem im Gesundheitsamt. Innerhalb von nur drei Tagen wurde sie dort installiert und so eine schnelle und anwen-



Kreis Bergstraße: E-Akte punktet im Gesundheitsamt.

derfreundliche Lösung für Corona-Verdachtsfälle eingerichtet. Mit der neuen Anwendung sollten gleich mehrere Herausforderungen bewältigt werden. Zum einen sollte sie ein schnelles Erfassen und Bearbeiten der Corona-Verdachtsfälle ermöglichen, dabei aber die hohen Datenschutzstandards gewährleisten, die an Gesundheitsdaten geknüpft sind. Auch sollte eine digitale und damit kontaktlose Kommunikation möglich werden. Ferner galt es, alle beteiligten Ämter, Fachstellen und Bürger in den Prozess einzubinden, Bescheide und Anordnungen sollten aus der Anwendung heraus medienbruchfrei elektronisch versendet werden. Automatische Rückmeldungen der Postzustellungsurkunden wurden ebenfalls angestrebt.

Dass binnen drei Tagen nicht nur die E-Akte, sondern auch die elektronische Zustellung bereitgestellt werden konnte, war wiederum den

Voraussetzungen in der Kommune zu verdanken. Denn in anderen Fachbereichen hatten sich diese Anwendungen bereits bewährt. Nun erweist sich die E-Akte von kommIT und OTS auch als gute Lösung im Krisenfall. Sie sorgt für effiziente medienbruchfreie Prozesse, einen weitgehend automatisierten Ablauf sowie

Zeit- und Kosteneinsparungen beim Gesamtprozess, der vom Erstellen bis zum Versenden eines Schriftstücks reicht. Im Rahmen der Pandemie unterstützt sie außerdem bei der verlässlichen Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen, wozu die Anordnung der häuslichen Quarantäne, das Anfordern ärztlicher Unterlagen, die schriftliche Bestätigung der mündlichen Verfügung oder das Erstellen eines Bußgeldbescheids gehören.

Thomas Wieland ist CDO des Landkreises Bergstraße und Lehrbeauftragter für E-Government an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg/Campus Mannheim; Günther Seitz ist für die OTS Informationstechnologie AG tätig.

* v.l.: Thomas Wieland, CDO Kreis Bergstraße; Landrat und Digitaldezernent Christian Engelhardt

Einstieg erleichtern

V. Dombrowski / I. Krauspe / S. Seel

IT-Dienstleister KISA unterstützt unter anderem die Stadt Weimar, den Kreis Leipzig und die Gemeinde Niederau bei der Einführung eines E-Akte-Systems.

Der Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen – KISA führt seit 2009 das Dokumenten-Management-System (DMS) VIS-Suite der Firma PDV in Kommunalverwaltungen ein. So etwa in der Stadt Weimar. Die Kommune hatte 2019 erste Schritte hin zur digitalen Aktenführung unternommen. Dazu gehörten die Konkretisierung der Projektidee, Kostenschätzungen sowie inhaltliche Analysen. Zudem reichte die Stadt einen fundierten Fördermittelantrag ein und tauschte sich in einer Projektgruppe intensiv mit mehreren Thüringer Landkreisen aus. Aufgrund der Corona-Pandemie und der damit einhergehenden Beschränkungen wurde der Start der E-Akte erschwert. Dennoch konnten erste Maßnahmen umgesetzt werden; dazu gehörten technische Voraussetzungen hinsichtlich der Serverlandschaft oder die Beschaffung der Scan-Technik zur Digitalisierung eingehender Papierdokumente. Dies konnte nur gelingen, weil nicht nur das Amt für Zentrale Steuerung und Digitalisierung und damit die Mitarbeiter in den Themengebieten Organisation und IT von dem Projekt überzeugt waren, sondern auch der Weimarer Oberbürgermeister Peter Kleine. Für die schrittweise Einführung der E-Akte wurde mit einer umfangreichen

Schriftgutanalyse begonnen. Sie dient als Grundlage für das Scan-Konzept und beeinflusst darüber hinaus organisatorische Prozesse.

Der Kreis Leipzig bereitet derzeit gemeinsam mit KISA die Umsetzung der E-Akte im Kommunalen Jobcenter vor. Die Ergebnisse einer Schriftgutanalyse liefern auch hier wichtigen Input für die Digitalisierung eingehender Papierdokumente. Eine nicht unerhebliche Rolle spielen dabei unter anderem bestehende Erfordernisse an das Original, spezielle Formate und verschiedene Eingangskanäle. Auch der Workflow von Ausgangsschreiben, inklusive erforderlicher Signaturen bis hin zu einem Export der E-Akte zu Gerichten, bedarf besonderer Aufmerksamkeit.

Die Gemeindeverwaltung Niederau wiederum begann 2015 mit der Einführung der VIS-Suite. Den Einstieg in die Thematik fand die Kommune mithilfe eines Querschnittsprozesses, der Eingangsbearbeitung inklusive des Anordnungsdurchlaufs. Der Rechnungsworkflow ist das am häufigsten verwendete Einstiegszenario von KISA für kleinere bis mittlere Kommunen, da man so sehr viele Mitarbeiter mit wenigen Schritten an das DMS heranführen kann. 2016 wurde in Niederau eine

Schnittstelle zur Steuerfachapplikation Kommunalmaster Veranlagung in Betrieb genommen und damit die elektronische Steuerbelegablage etabliert. Seitdem wird die Nutzung kontinuierlich vorangetrieben. Mithilfe der Posteingangslösung KISA.Post konnte unter anderem der Empfang von XRechnungen mittels Anbindung des ZRL-Portals problemlos realisiert werden.

Eine zentrale Rolle bei der Einführung eines E-Akte-Systems spielt die Schnittstellenentwicklung. Die im Fachverfahren erzeugten Dokumente und Metadaten müssen teilweise revisionssicher im DMS abgelegt und weiterverarbeitet werden können. Verwaltungen sollten daher den Soll-Prozess detailliert modellieren und Übergabepunkte definieren. Im Anschluss werden unter anderem Technologie und Architektur der Schnittstelle mit den Fachverfahrensherstellern abgestimmt. KISA hat hierfür eigens eine koordinierende Stelle eingerichtet, welche neben den Abstimmungen innerhalb der Verwaltung auch die Kommunikation mit den Herstellern organisiert.

Veiko Dombrowski ist Fachbereichsleiter, Ines Krauspe Projektleiterin und Sandra Seel Schnittstellenkoordinatorin Digitale Services bei KISA.

Gemeinsam lösen

Was unter dem Einer-für-Alle-Prinzip genau zu verstehen ist, wie dessen Organisation abläuft und warum es sich rechnet, solche Dienste gemeinsam umzusetzen, erklärt Jörn Riedel, CIO der Freien und Hansestadt Hamburg, im Kommune21-Interview.

Herr Riedel, der IT-Planungsrat hat sich beim Onlinezugangsgesetz (OZG) auf das Einer-für-Alle-Prinzip verständigt. Wovon hängt der Erfolg einer EfA-Lösung ab?

Der Erfolg ist von zwei Dingen abhängig. Zum einen müssen wir Querschnittsinfrastrukturen herstellen, welche die einzelnen Anwendungen von der Kenntnis der detaillierten technischen Schnittstellen freihalten. Ich kann nicht in jede Anwendung, die heute in den Ländern entsteht, hineinprogrammieren, welches Servicekonto etwa die Stadt X oder welche Bezahlschnittstelle die Gemeinde Y hat und welche Adresse für einen Datensatz in Z gilt. Hier benötigen wir eine technische Zwischenschicht, die automatisch vermittelt. Zweiter Erfolgsfaktor ist, dass Verwaltungen ihre Leistungen nicht nur als Produkt für andere Verwaltungen oder Kunden begreifen, sondern auch den Prozess der Fortentwicklung, Pflege und den Betrieb organisieren. Ich bin optimistisch, dass wir diese beiden Kernherausforderungen in der noch verbleibenden Laufzeit umsetzen werden.

Wie steht es um den Aufbau und die Verfügbarkeit dieser Querschnittsinfrastruktur in den Ländern?

Dank Container-Technologie in den Rechenzentren können neue Anwendungen und Versionen als Software as a Service blitzschnell eingespielt werden. Die Querschnittsinfrastrukturen müssen also nicht erst in jedem Bundesland aufgebaut werden. Wir brauchen aber eine zentrale Drehscheibe, die den Zugang zu den dezentralen Bezahlschnittstellen sicherstellt. Die einzelnen Verfahren werden dann darauf zugreifen. Hierfür gibt es aus meiner Sicht keine Alternative. Denn das würde ja bedeuten, dass jedes Verfahren von allen Entitäten in der Bundesrepublik die technischen Adressen kennt, verwaltet und jede Änderung nachvollzieht.

Die Bundesländer sind im OZG für bestimmte Themenfelder zuständig. Wie ist der Betrieb der technischen Lösungen organisiert?

Das eine folgt aus dem anderen. Beim Themenfeld Unternehmensführung und -entwicklung, wofür Hamburg zuständig ist, werden die Dienste auf der OSI-Plattform gehostet, die unser IT-Dienstleister Dataport für die Nordländer betreibt. Natürlich könnte ein für eine Anwendung federführendes Land die Dienstleister der anderen Länder beauftragen, diesen Dienst zu betreiben. Allerdings kennt er die eigenen Prozesse einfach besser.



Jörn Riedel

Wie groß ist die Bereitschaft in den Ländern, die OZG-Dienste der anderen zu übernehmen?

Die Akzeptanz ist mitunter eine Herausforderung. Denn es müssen auch die Leistungen akzeptiert werden, die andere liefern. Dass etwas nicht vor Ort erfunden wurde, kann jedenfalls nicht den ganzen Geschäftsprozess infrage stellen. Eine Baumfällgenehmigung, die in einem Bundesland vollständig rechtskonform entwickelt wurde, gilt auch anderswo. Die jeweiligen Besonderheiten müssen durch Parametrisierung abgebildet werden. Diesen Erkenntnisprozess gilt es, in die eigene Organisation zu vermitteln.

Andererseits wurden Services wie der Bewohnerparkausweis doppelt und dreifach entwickelt ...

Die Kommunen sind – wir kennen alle das Grundgesetz – unabhängig. Wenn eine Kommune sich entscheidet, am OZG oder an einzelnen Diensten nicht teilzunehmen, dann nimmt sie daran nicht teil. Man kann sie nicht dazu zwingen. Ob es sich allerdings ein Oberbürgermeister dauerhaft leisten kann, dass die Bürger seiner Stadt nicht elektronisch umziehen können und stattdessen zweimal zum Amt oder Unternehmen zum Gewerbeamt laufen müssen, um eine Container-Genehmigung für die Baustelle zu erhalten, ist fraglich. Ich denke, am Ende regelt sich das im Selbstlauf.

bestellt, zahlt. Dafür spricht auch vieles. Denn derjenige, der bezahlt und sich eine Lösung mit vielen teilt, zahlt weniger, als wenn er dies alleine umsetzt. Hierzu ein Beispiel: Wir haben in Hamburg das Projekt Ummeldung übernommen, also die Aktualisierung des Personalausweises bei Umzug. Würden wir das nur für Hamburg entwickeln und betreiben, beträfe das maximal 200.000 Umzüge im Jahr. Dann kämen wir auf einen Stückkostenpreis von ungefähr zwei Euro. Wenn wir das allerdings bundesweit anbieten, steigen die Produktionskosten nur minimal. Bei bundesweit ange-

geworden ist, umsetzen oder nicht? Und was ist die wirtschaftlichste Lösung? Ich bin überzeugt, dass dies immer eine EFA-Lösung sein wird.

Wie steht es um die Ausfallsicherheit, wenn Leistungen bundesweit in einzelnen Rechenzentren gehostet und betrieben werden?

Bei den 180 Online-Diensten, die wir im Augenblick live auf unserer Plattform haben, gibt es nur einen, bei dem es wirklich um Leib und Leben geht, nämlich den Brandbetennachweis für Rettungsdienste. Diese Leistung muss eine sehr hohe

„Ich bin überzeugt, dass eine Lösung nach dem Einer-für-Alle-Prinzip immer die wirtschaftlichere sein wird.“

Bislang sind Entwicklung und Umsetzung von Verwaltungslösungen finanziell abgedeckt. Wer aber kommt später für den laufenden Betrieb auf?

Das ist noch nicht grundsätzlich geklärt und wird in den Ländern und Kommunen gerade intensiv diskutiert. Normalerweise gilt: Wer

nommenen zwei Millionen Fällen lägen wir im Vergleich bei einem Stückkostenpreis von 25 bis 30 Cent. Diese Kostendegression gilt so sicher nicht für jedes Verfahren. Aber die Frage ist doch: Will ein Bundesland und eine Kommune einen elektronischen Dienst, der heute nach Gesetz und Recht möglich

Verfügbarkeit haben. Beim lokalen Ausfall eines anderen Dienstes wird niemand gefährdet. Die Plattformen, die die Länder betreiben, sind ohnehin darauf ausgelegt, hochverfügbar zu sein. Insofern ist dies keine neue Anforderung.

Interview: Helmut Merschmann

Anzeige



Gestern: Warten ...

Offen und unabhängig

Oliver Bildesheim

Die öffentliche Verwaltung in Deutschland sollte sich technologisch stärker öffnen als bislang, beispielsweise durch den Einsatz von Open Source Software. Denn so können sich Akteure des Public Sector unter anderem ihre Unabhängigkeit bewahren.

Wie unabhängig muss und kann die öffentliche Verwaltung sein, wenn sie für den Einsatz innovativer Technologien und neue Formen der Zusammenarbeit offen sein möchte? Wie lässt sich die digitale Souveränität heute und in Zukunft gewährleisten? Diese Fragen werden intensiv diskutiert, wenn es um eine weitreichendere Nutzung von Open Source Software (OSS) im Public Sector sowie um die Bereitstellung von Individualentwicklungen als OSS nach dem Grundsatz Public Money, Public Code geht.

Ein wesentlicher Auslöser der Debatte um OSS ist der immense Bedeutungszuwachs digitaler Angebote bei Bund, Ländern und Kommunen. Effektive digitale Lösungen und eine leistungsstarke IT-Infrastruktur bilden das Rückgrat moderner Behörden. Dieser Bedeutungswandel verändert den Blick auf den Einsatz von proprietärer Software und von Open-Source-Ansätzen. Das Onlinezugangsgesetz (OZG) befeuert die Diskussion zusätzlich. Denn der Servicestandard für die OZG-Umsetzung definiert in sechs Kategorien eine Reihe von Prinzipien, denen diese Umsetzung folgen soll.

Folgende drei Prinzipien sind in der Kategorie „Offenheit“ aufgeführt: offene Standards, Open Source und Wiederverwendung. Bei der Realisierung und dem Betrieb digitaler Angebote müssen also erstens offene Standards genutzt werden. Das sind Standards, die für alle Marktteilnehmer besonders leicht zugänglich, weiterentwickelbar und einsetzbar sind. Zweitens wird der Quellcode aus der Realisierung digitaler Angebote der Verwaltung (Eigenentwicklung) als Open Source zur Verfügung gestellt. Das bedeutet, dass Dritte die entwickelte Lösung kostenfrei nachnutzen und für ihre Zwecke verändern dürfen. Vor der Konzeption und Umsetzung einer neuen IT-Komponente ist, drittens, die Möglichkeit der Nachnutzung und Wiederverwendung vorhandener digitaler Angebote und deren Bestandteilen zu prüfen.

Das Prinzip der Offenheit hat damit weitreichende Folgen: Es fordert zwar nicht den expliziten Einsatz von OSS, schafft jedoch wichtige Voraussetzungen dafür. Und es gibt zahlreiche Gründe für die Verwendung und Bereitstellung dieser Programme durch die öffentliche Verwaltung. So helfen der Einsatz und die Wiederverwendung von OSS etwa dabei, Kosten zu sparen, da wiederkehrende

Lizenzgebühren für proprietäre Software wegfallen. Zudem erleichtert frei verfügbare Software die Entwicklung der eigenen IT-Landschaft. Darüber hinaus erzeugt der Einsatz proprietärer Software häufig eine Reihe von Folgekosten, die stets mitbedacht werden müssen. Dazu zählt beispielsweise die Beschränkung auf bestimmte Dateiformate und Schnittstellen. Bei Individuallösungen, die nach Open-Source-Prinzipien umgesetzt werden, wirken außerdem meist Dritte mit oder sind eingebunden. Damit sinkt der eigene Aufwand bei der Entwicklung und die Behörden sparen Geld.

Mit der Digitalisierung ihrer Prozesse können Behörden auch flexibler auf Herausforderungen reagieren und diese besser einschätzen. Das setzt ein entsprechendes Maß an Reaktionsgeschwindigkeit voraus. Im Fall von OSS profitiert der Public Sector von der aktiven Zusammenarbeit mit Dritten. Ein aktuelles Beispiel ist die Corona-Warn-App, deren proprietäre Entwicklung vermutlich mehr Zeit in Anspruch genommen hätte. Da der gesamte Quellcode öffentlich zugänglich gemacht wurde, konnten unabhängige Entwickler diesen beispielsweise auf Sicherheitslücken hin überprüfen. Der intensive

Kein alter Hut

Dr. Klaus Effing / Anika Krellmann

Für die Kommunen ist der Einsatz von Open Source Software nicht neu. Dennoch schöpfen viele das Potenzial der frei verfügbaren Software nicht aus. Wie Kommunen sich die Vorzüge sukzessive mehr zunutze machen können, erarbeitet die KGSt in einem groß angelegten Projekt.

Die Stärkung der digitalen Souveränität steht aktuell weit oben auf der politisch-strategischen Agenda von Bund, Ländern und Kommunen. In diesem Kontext kocht auch die Debatte um mehr Open Source Software (OSS) in Kommunen wieder hoch. Für viele Verwaltungen kein neues Thema, der flächendeckende Durchbruch blieb allerdings bislang aus. Doch die Zeichen, das sich das ändert, stehen gut. Auch die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) greift das Thema in einem aktuellen Projekt mit rund 40 Expertinnen und Experten aus Stadt-, Kreis- und Gemeindeverwaltungen, von kommunalen IT-Dienstleistern und aus der Community praxisorientiert auf.

Im Einsatz von OSS in der Verwaltung und in der Forderung nach offenen Standards liegt viel Potenzial für die Stärkung der digitalen Souveränität. Technologische Entwicklungen wie die zunehmenden Cloud-Strategien vieler Software-Anbieter, Fortschritte beim Einsatz von künstlicher Intelligenz oder die enorme Steuerungsrelevanz von Daten und Plattformökonomien,



Kommunen sollten stärker auf Open Source setzen.

lassen die Fragen aufkommen, was Souveränität im digitalen Zeitalter für die öffentliche Verwaltung bedeutet und wie sie diese stärken kann. Statt immer abhängiger von IT- und Cloud-Anbietern zu werden, müssen Behörden sich fragen, wie sie diese Abhängigkeiten selbst effektiv steuern oder vermeiden können. Auch in Zukunft wird proprietäre Software in Verwaltungen zum Einsatz kommen. Daher braucht es eine Hybridstrategie mit unterschiedlichen Maßnahmen zur Stärkung der digitalen Souveränität, die dem IT-Planungsrat so in seiner 34. Sitzung von der Arbeitsgruppe Cloud Computing und Digitale Souveränität vorgelegt und mit der „Strategie zur Stärkung der Digitalen Souveränität für die IT der

Öffentlichen Verwaltung“ beschlossen wurde.

Eine Verwaltungs-IT, die durch und durch auf Open Source fußt, ist Stand heute vielerorts nicht denkbar, teilweise durch kommunale Nischenprodukte kaum möglich und aufgrund fehlender Kompetenzen und Kapazitäten schwer umsetzbar. Ein nur punktueller Einsatz von OSS wird jedoch nicht die gewünschte Wirkung zeigen. Von essenzieller Bedeutung

ist daher eine nachhaltige Förderung von OSS-Projekten. Dafür muss die Verwaltung über Steuerungskompetenz (Governance) in ganz unterschiedlichen Bereichen verfügen, die einen Nährboden für mehr freie Software bietet. Open Source ist eben nicht nur Thema der IT: Auch in der Kommunalverwaltung braucht es eine Strategie, die diese Software aufgreift, sich zu den Herausforderungen bekennt und sie mit Kraft fördert. Ein gutes Beispiel dafür ist die Stadt Dortmund. Insbesondere die IT muss strategisch und operativ auf mehr OSS eingestellt werden.

Zudem ist eine organisatorische Ausrichtung erforderlich: Sollen beispielsweise auch Dienstan-

weisungen einen „OSS first“-Grundsatz verfolgen? Die Länder Thüringen und Schleswig-Holstein gehen hier bereits voran. So hat das Land Thüringen die Forderung, Nutzung und Entwicklung von offenen Standards und OSS explizit in das E-Government-Gesetz aufgenommen. Dringend nötig sind Kenntnisse im Bereich Vergabe und Beschaffung, da insbesondere das Aufgreifen von Open Source für spezifische Weiterentwicklungen kein leichtes Thema ist. Auch finanzwirtschaftliche Fragen, wie etwa bilanzielle Auswirkungen des Einsatzes von offen zugänglicher Software, sind zu klären. Ebenso muss die IT-Revision Audits sicherstellen und durchführen und es sind in all diesen Bereichen Kompetenzen aufzubauen. Der

Einsatz von OSS bedeutet also umfangreiche Nachjustierungen im kommunalen Management. Deswegen ist er für die KGSt von großer Bedeutung.

Notwendig ist eine Awareness, also ein Bewusstsein des kommunalen Managements für das Thema. Ein erster Beitrag kann bereits die konsequente Forderung nach offenen Standards und Schnittstellen sein. Unter offenen Standards werden in der Regel frei zugängliche Schnittstellen beziehungsweise Formate verstanden, die nicht produkt- oder herstellerspezifisch sind. Sie ebnen den Weg für mehr OSS. Es sollten dann besonders geeignete Bereiche für den Einsatz dieser Software identifiziert und entsprechend vorangetrieben wer-

den. Diese Piloten eignen sich auch, um erste Erfahrungen in der Open Source Governance zu sammeln.

Die Arbeit im KGSt-Projekt zeigt: Kommunen, die Open Source erfolgreich einsetzen, sind durchweg offen für einen intensiven, interkommunalen Austausch dazu. Denn ein Schlüssel zum Erfolg wird gerade diese intensive Zusammenarbeit sein – auch ebenenübergreifend mit Bund, Ländern und Kommunen und vor allem im Open-Source-Ökosystem mit der Community und der Open-Source-Wirtschaft.

Dr. Klaus Effing ist Vorstand der KGSt; Anika Krellmann ist Referentin im Programmbereich Organisations- und Informationsmanagement der KGSt.

Anzeige

MIT UNS UMSCHIFFEN SIE IN ZUKUNFT JEDES DIGITALE HINDERNIS

Ein Dialog über die digitalen Herausforderungen von Morgen

- Austausch mit Abgeordneten, Ministern, Staatssekretären
- Strategie zur digitalen Souveränität
 - KI in der öffentlichen Verwaltung
 - Kommunale IT ab dem Jahr 2023
 - GaiaX für die Verwaltung

Besuchen Sie das
DATABUND-Forum
am **03.-04. Juni 2021**
im **Titanic Chaussee Berlin**
oder auf dem **digitalen Weg**

www.databund.de/events/databund-forum-2021



„Wir halten
den richtigen
Kurs“

Weniger Stress im Rathaus

Iserlohn hat ein neues System für Terminvereinbarungen eingeführt. Im Interview mit Kommune21 spricht Christian Geis, verantwortlich für Digitalisierungsprojekte in der Stadtverwaltung, über die Vorteile der Lösung.

Herr Geis, die Stadt Iserlohn ist Anfang des Jahres 2020 auf das Terminvereinbarungs- und Besucherleitsystem von Anbieter JCC Software umgestiegen. Wie kam es zu dieser Entscheidung?

Wir haben nach einer Lösung für mehr Kundenzufriedenheit gesucht. Zum einen wollten wir den Bürgerinnen und Bürgern verlässliche Terminangebote zur Erledigung ihrer Anliegen mit möglichst kurzen Wartezeiten machen. Andererseits sollte die Terminvergabe eine bessere Personalplanung ermöglichen. Personalengpässe, etwa durch Urlaube, sollen sich durch eine Anpassung des Terminangebots abfangen lassen. Und in besonders stark frequentierten Zeiten wollen wir zusätzliche Termine anbieten können. Das System von JCC Software ermöglicht das alles.

Letztlich haben wir uns dann nach einer öffentlichen Ausschreibung im Vergleich mit anderen Anbietern für JCC Software entschieden.

Was gab den Ausschlag?

Die Kundenorientierung und die Flexibilität der Anwendung haben uns überzeugt. Zudem ist die Verwaltung des Systems am jeweiligen Standort sehr benutzerfreundlich, wo es nicht um die systemtechnische Administration, sondern um die laufende Anpassung im Alltag geht. Dazu zählt etwa das Öffnen eines weiteren Schalters oder die Reaktion auf Personalausfall durch Krankheit und Ähnliches.

Welche Erfahrungen haben Sie bei der Zusammenarbeit mit dem Anbieter gemacht?



Ticketsäule im Rathaus Iserlohn.

keine nennenswerten Hindernisse aufgetreten. Kamen Probleme auf, wurde umgehend deren Lösung angegangen. JCC Software hat sich als engagierter Anbieter gezeigt.

Wie verlief der Start des Systems in Iserlohn?

„Die Produktivität hat sich erheblich verbessert und die Wartezeiten wurden enorm verkürzt.“

Wie sind Sie auf den niederländischen Anbieter gekommen?

Bei einem Besuch unserer niederländischen Partnerstadt Almelo sind wir zum ersten Mal auf das Terminsystem von JCC Software gestoßen. Die Möglichkeiten der Lösung waren sehr interessant.

Die Kooperation verlief sehr gut. Die Einführung des Systems wurde von JCC Software intensiv und engagiert durchgeführt und begleitet. Wann immer Fragen oder Probleme auftauchten, erfolgte eine prompte Reaktion des Unternehmens. Auch die Einführung verlief unkompliziert. Es sind

Die Inbetriebnahme fand im März 2020 statt. Obwohl die Besucherinnen und Besucher die Ticketsäule nicht kannten, strebten sie sofort auf sie zu und folgten den Anweisungen auf dem Display. Es gab offensichtlich keine Berührungsängste. Wir standen zu dritt bereit, Hilfestellung oder

Beratung zu leisten. Das war jedoch kaum nötig. Leider kam es am 18. März bereits zum Lockdown aufgrund der Corona-Schutzmaßnahmen. Die Verwaltung wurde für den Publikumsverkehr geschlossen. Seitdem hat es keinen Normalbetrieb mehr gegeben.

Wie haben die Mitarbeiter auf das neue Terminvereinbarungs- und Besucherleitsystem reagiert?

Die Reaktionen waren sehr positiv. Durch die verlässliche Terminvergabe sind die Bürgerinnen und Bürger zufriedener. Wartezeiten führen zu Stress und Verärgerung. Die Termine verlaufen nun entspannter und weniger konfliktträchtig. Eine wichtige Neuerung im Vergleich zum alten System stellt die Möglichkeit der Rückstellung von Terminen dar.

Wie hat sich die Arbeit im Amt verändert?

Mit dem neuen Terminsystem konnte die Produktivität erheblich verbessert werden und die Wartezeiten wurden enorm verkürzt. Wenn der Kunde beispielsweise einige Minuten vor seinem Termin eintrifft, kann er sich bereits einloggen und ist dann im System zum Aufruf registriert. Somit kommt es teilweise vor, dass Kunden noch vor dem offiziellen Beginn ihres Termins drankommen und das Rathaus wieder verlassen können. Da der Bürger bei der Terminvereinbarung angibt, welche Dienstleistung bearbeitet werden soll, berechnet das System individuell die Dauer des Termins und sorgt für weniger Leerlauf zwischen den verschiedenen Terminen.

Immer mehr kommunale Prozesse werden digitalisiert. Wie könnte die Arbeit im Rathaus in Iserlohn in fünf Jahren aussehen?

Ich glaube, dass in fünf Jahren alle wesentlichen Prozesse überwiegend digital ablaufen werden. Die entsprechenden Gesetze mit den Terminvorgaben dazu sind in Kraft. Daneben werden sich neue Arbeitsformen durchsetzen. Die Corona-Schutzmaßnahmen haben hier eine Entwicklung beschleunigt, die be-

reits langsam begonnen hatte. Das gilt insbesondere für das Arbeiten im Homeoffice. Gleichzeitig müssen zurzeit Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger kontaktlos angeboten werden. Dieser Trend wird sich verstärken, wenn sich die Gesellschaft daran gewöhnt hat, dass die Anliegen digital bearbeitet werden können. Hier lässt sich eine Parallele zur Entwicklung des Online-Handels ziehen.

Interview: Alexander Schaeff

Anzeige



In Rekordzeit zur E-Akte

Bei start:E von regisafe ist der Name buchstäblich Programm. Denn start:E ist unsere Lösung, mit der Sie ganz **unkompliziert die E-Akte einführen** und so in kürzester Zeit den Weg zur digitalen Verwaltung zurücklegen. Starten Sie jetzt zu besonders attraktiven Konditionen von nur **30 % des normalen Preises**. Dieses Angebot ist noch bis zum **30.06.2021** gültig.

Mehr erfahren: www.regisafe.de/start-e

Kontaktieren Sie uns – wir begleiten Sie gerne ins digitale Zeitalter.

comundus regisafe GmbH
Heerstraße 111 · 71332 Waiblingen
Fon 07151 96528-200
info@regisafe.de · www.regisafe.de

Ein Unternehmen der PDV.group

regisafe

Auswahl erhöht Akzeptanz

Sebastian Plog

Künftig sollen immer mehr kommunale Leistungen online abgewickelt werden können. Entscheidend für die Akzeptanz der Web-Services ist es, möglichst viele Bezahlarten anzubieten. Noch haben Verwaltungen beim Thema E-Payment allerdings Nachholbedarf.

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) verpflichtet Bund, Länder und Kommunen, ihre Verwaltungsleistungen bis Ende 2022 online anzubieten. Neben dem OZG trägt die Corona-Krise zur Digitalisierung in den Städten und Gemeinden bei. Das bestätigt eine repräsentative Befragung von Bürgermeister*innen und Digitalisierungsverantwortlichen in mehr als 600 Kommunen, die Bitkom Research im Auftrag des Branchenverbands Bitkom sowie des Deutschen Städte- und Gemeindebunds durchgeführt hat.

„Die Corona-Krise hat gezeigt, was plötzlich alles geht, wenn es sein muss. Viele Städte und Gemeinden legten den Schalter auf digitales Rathaus um“, kommentiert Bernhard Rohleder, Hauptgeschäftsführer des Bitkom. „Das lief nicht immer reibungslos, aber die Erkenntnis war überall gleich: Die Digitalisierung ist weder Spielerei noch Luxus, sondern ein Pflichtprogramm für den gesamten öffentlichen Sektor. Kommunen können so handlungsfähig bleiben – und das mit mehr Effizienz, Erfolg und zur größeren Zufriedenheit aller.“

Nachholbedarf haben Kommunen laut der Studie von Bitkom Research unter anderem bei den Themen



Immer mehr Bürger wollen Gebühren mobil begleichen.

E-Payment, Online-Anträge und Online-Portale. Die Umsetzung dieser Technologien wird allerdings von der Mehrheit der Kommunen bereits geplant oder zumindest diskutiert. Erleichtert werden kann die Einführung durch Anwendungen wie die Bezahlösung pmPayment der Firma GovConnect, die sich in alle Fachverfahren, Online-Anträge und Portale integrieren lässt. So ist die Anwendung unter anderem Bestandteil der Lösungen OpenR@thaus der ITEBO-Unternehmensgruppe, KDO-Kommune365 der kommunalen Datenverarbeitung Oldenburg, Rathausdirekt von Anbieter NOLIS sowie des Bürgerportals von regio iT. Zudem besteht eine Anbindung an das Informationsregister der Firma HSH und an das Antragsmanagement 4.0 von Form-Solutions. Das erleichtert die Einführung von E-Payment enorm.

Dass die Bürger kommunale Prozesse vermehrt online abwickeln, zeigt sich deutlich an der webbasierten Kfz-Zulassung (i-Kfz): So sind die Fallzahlen im Januar 2021 im Vergleich zu Januar 2020 um mehr als das zehnfache gestiegen. Weitere kommunale Leistungen werden ebenfalls häufig elektronisch erledigt – etwa der Kauf von Freibadtickets. Warteschlangen und Kontakte vor den Kassen werden dadurch vermieden und die Freibadbesucher dokumentiert.

Entscheidend für die Akzeptanz der Online-Angebote seitens der Bürger sind die angebotenen Bezahlarten. So brechen über 50 Prozent den Bezahlvorgang ab, wenn sie mit keiner der angebotenen Zahlungsarten einverstanden sind. Laut der Studie „Erfolgsfaktor Payment“ des Forschungsinstituts ibi

Research sind die Präferenzen hier sehr heterogen. Sofern nur eine Bezahlart zur Verfügung steht, werden maximal sechs von zehn Kunden erreicht. Die Studie kommt daher zu dem Ergebnis, dass eine breite Auswahl an Zahlungsverfahren angeboten werden sollte. Das erhöht die Chance, dass die präferierte Bezahlart des Kunden verfügbar ist und senkt die Kaufabbruchquoten nahezu auf null. Unterstützung bietet auch hier pmPayment, da bereits verschiedene Zahlungsanbieter in die Lösung integriert sind. Nutzer können zwischen den gängigen Bezahlarten giropay, Lastschrift, Kreditkarte, paydirekt und PayPal wählen. Die Akzeptanz ist dementsprechend groß. Verwaltungen können zudem zentral in pmPayment festlegen, dass den Bürgern einige Bezahlarten nur bis zu einem bestimmten Geldbetrag zur Verfügung stehen – bei Bedarf auch individuell für jede einzelne Verwaltungsleistung. Das ist aufgrund der unterschiedlichen Kostenstrukturen der Zahlungsanbieter vorteilhaft, um Transaktionsgebühren zu sparen.

Immer mehr Bürger wollen Gebühren darüber hinaus über mobile Endgeräte begleichen. Um dies zu erleichtern, können Verwaltungen QR-Codes auf Bescheide, Mahnungen und Rechnungen aufdrucken. Die Bürger können diese einscannen und die Leistungen via pmPayment bezahlen. Dabei sind alle Informationen wie der Betrag und das Kassenzichen im QR-Code hinterlegt. Das bringt beiden Seiten Vorteile: Die Bürger können komfortabel bezahlen und die Kommunen die Daten ohne Fehler wie etwa Zahlendreher weiterverarbeiten. Auch lassen sich QR-Codes auf Verwarnungen aufdrucken,

beispielsweise mit der pmOWI-App aus dem Hause GovConnect.

Um die Zahlungen der Bürger weiterzuverarbeiten und manuelle Arbeitsschritte zu minimieren, ist die automatisierte Weitergabe an ein Finanzverfahren empfehlenswert. Die Bezahlösung pmPayment lässt sich an zahlreiche Anwendungen – beispielsweise der Anbieter Axians Infoma, SAP, H&H oder ab-data – anbinden. pmPayment bereitet die Buchungsdatensätze nach

den Vorgaben der Verwaltung auf und das Finanzverfahren verarbeitet diese automatisiert. Aufwendige manuelle Arbeitsschritte, um etwa Zahlungen zuzuordnen oder zu kontrollieren, entfallen. Insbesondere vor dem Hintergrund steigender Online-Zahlvorgänge reduziert das den Aufwand für die Kommunen.

Sebastian Plog ist Leiter Verwaltungsdigitalisierung und Produkt-Manager pmPayment bei der GovConnect GmbH, Hannover.

Anzeige

axians

Infoma

Zeit für neue
Perspektiven

Ihr Schritt zum #smartverwalten

Ein Blick über den Tellerrand lohnt sich. Erhalten Sie Einblicke, wie Verwaltungen durch digitalisierte Prozesse profitieren.

smartverwalten.de



smartverwalten.de

STUDIE ZUM DOWNLOAD:

Wie digital sind
deutsche
Verwaltungen?

Das erfahren Sie in einer von uns aufgegebenen bundesweiten Studie der Hochschule Harz.

Digital von A bis Z

Ralf Linden

Können online angebotene Verwaltungsservices von A wie Antrag bis Z wie Zahlung digital erledigt werden, ist das nicht nur effizient, sondern erhöht auch die Zufriedenheit der Bürger. Unterstützung bietet die Multi-Bezahlösung GiroCheckout.

Bis zum Jahr 2022 müssen kommunale Verwaltungen ihren Bürgerinnen und Bürgern laut Onlinezugangsgesetz (OZG) elektronische Zugänge für deren Anliegen zur Verfügung stellen. Die E-Rechnung ist bereits seit April 2020 für Bund, Länder und Kommunen verpflichtend. Damit die Abwicklung aus einem Guss erfolgt, gehört zur digitalen Verwaltung aber nicht nur der Online-Zugang zu Leistungen, sondern auch ein Online-Bezahlverfahren. Wie es um Umsetzung und Nutzung von E-Government und E-Payment im kommunalen Bereich bestellt ist, hat der eGovernment Monitor 2020 der Initiative D21 untersucht. 2020 lag der Studie zufolge die Nutzung von E-Government-Angeboten erstmals über 50 Prozent. Zu den am meisten genutzten Online-Services zählen die Informationssuche und der Formular-Download. Während der Corona-Krise wurde zudem die Online-Terminvereinbarung deutlich stärker genutzt. Hinzu kommen die digitale Kommunikation mit der Behörde und die elektronische Steuererklärung. Außerdem verzeichnet der Monitor bei der Online-Beantragung von staatlichen Unterstützungsleistungen einen Zuwachs von sechs Prozent.

Der eGovernment Monitor 2020 zeigt auch, dass die Abwicklung der kommunalen Online-Services einen entscheidenden Einfluss auf deren Nutzung hat. Eine positive Erfahrung mit digitalen Verwaltungsleistungen führt demnach zu einer wiederholten Nutzung der Angebote. Das kennt man aus dem E-Commerce und auch bei der kommunalen Verwaltung nimmt das Thema E-Payment Einfluss auf die Zufriedenheit. Während im Online-Handel allerdings Verfahren wie PayPal oder Überweisung nach Erhalt einer Rechnung stärker genutzt werden, ist im E-Government die Zahlungsmethode giropay stark verbreitet: 82 Prozent der Kommunen gaben in einer Studie von ibi research an, dieses Verfahren zu nutzen. Daneben gehören Kreditkarten, Lastschriften und paydirekt zu den am häufigsten eingesetzten Zahlungsmöglichkeiten, um beispielsweise Gebührenbescheide, Parkausweise oder Urkunden zu bezahlen.

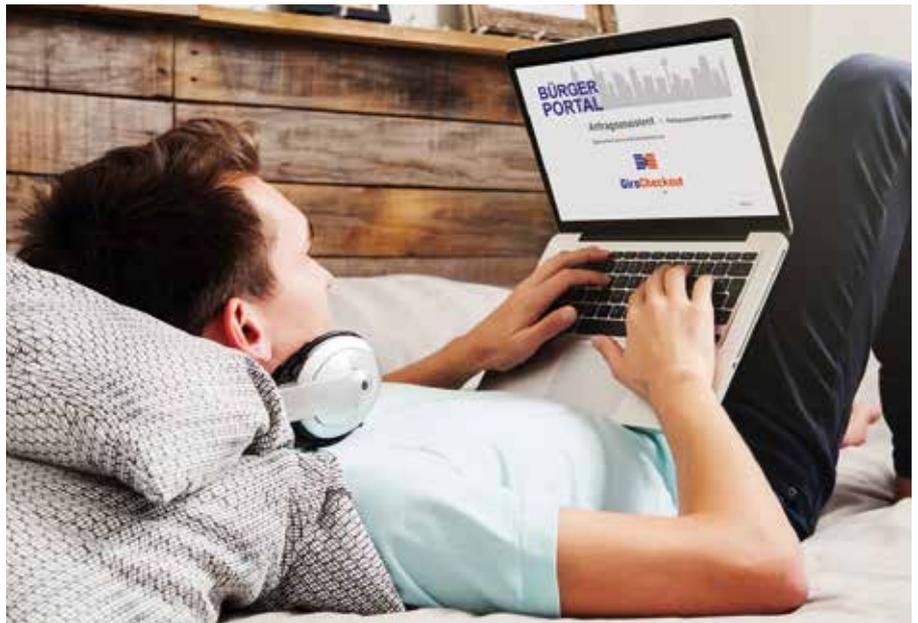
Für Bürger wie für öffentliche Institutionen bieten Bürgerportale sowie E-Payment Vorteile, die beide Seiten in Befragungen und Studien betonen. Kommunen, die bereits Online-Services und -Bezahlungsmöglichkeiten anbieten, gaben gegenüber ibi research an, durch

die Bezahlung im Internet viele Prozesse effizienter abwickeln zu können und die Bearbeitungszeit zu verkürzen. Auch die Bürger bestätigen die beschleunigte Bearbeitung. Zudem geben die Online-Services ihnen den Vorteil, unabhängig von Öffnungszeiten, ohne Wartezeiten und zusätzliche Wege Behörden-gänge vorzunehmen.

Für die Umsetzung des E-Payment setzen aktuell mehr als 2.200 Kommunen auf das Unternehmen S-Public Services, ehemals GiroSolution. Dessen Multi-Bezahlösung GiroCheckout unterstützt alle gängigen elektronischen Bezahlverfahren, die über Bürgerportale angeboten werden können: giropay, paydirekt, Kreditkarten- oder Lastschriftzahlungen sowie weitere digitale Zahlverfahren. Dabei ist das Zusammenspiel mit kommunalen Rechenzentren oder IT-Dienstleistern ein entscheidender Faktor. Sie bieten oftmals die Fachverfahren an, in die eine Payment-Lösung integriert ist und über die Zahlverfahren mithilfe eines Payment Service Providers laufen. Daher steht GiroCheckout bereits bei vielen kommunalen Rechenzentren und IT-Dienstleistern zur Verfügung und ist ebenso in die ePayBL-Schnittstelle und ePay21 integriert. Teilweise sind auch Di-

rektanbindungen möglich, wenn beispielsweise größere Städte, die nicht mit kommunalen Rechenzentren zusammenarbeiten, auf eigene technische Lösungen setzen. GiroCheckout verknüpft die kommunalen Fachverfahren, Verwaltungsanwendungen und -portale mit den gängigsten Zahlverfahren. Über moderne Schnittstellen werden die relevanten Zahlungsdaten verarbeitet und automatisch für die Buchung im kommunalen Finanzsystem bereitgestellt. Die Abwicklung der Zahlungen erfolgt in einem sicheren, nach ISO 27001 zertifizierten Rechenzentrum und für Kreditkartenzahlungen PCI-konform. Das GiroCockpit stellt dabei die Steuerzentrale für die Kommune dar. Hierüber werden getätigte Transaktionen übersichtlich dargestellt und der gesamte Zahlungsverkehr verwaltet.

Zu den Behörden, die Online-Zahlungen über ihre Bürgerportale via GiroCheckout anbieten, zählt die Stadt Bielefeld. Bürger können mit dem Service i-Kfz/Kfz-Online die An- und Abmeldung von Fahrzeugen erledigen und bezahlen. Darüber hinaus steht ihnen die Begleichung von Ordnungswidrigkeiten und Bußgeldern zur Verfügung. Ähnlich verhält es sich



Mit GiroCheckout im Bürgerportal elektronisch bezahlen.

bei der baden-württembergischen Landeshauptstadt Stuttgart. Auch hier können Kfz-Angelegenheiten und Ordnungswidrigkeiten online über GiroCheckout abgewickelt werden. Zudem bietet Stuttgart die Möglichkeit, Standesamtsurkunden, Feinstaubplaketten und Parkausweise digital zu bezahlen. München reiht sich ebenfalls in die Online-Abwicklung ein. Auch dort können Bürger Angelegenheiten am Standsamt, etwa Urkunden, digital beantragen und bezahlen.

Mit den Angeboten von S-Public Services können Kommunen

ihre Online-Services mit den gängigsten digitalen Bezahlmöglichkeiten ausstatten. Das sorgt nicht nur für Effizienz in den kommunalen Prozessen, sondern fördert zugleich die Zufriedenheit der Bürger. Nicht zuletzt erhöht die Umsetzung von E-Government und E-Payment die Attraktivität der Kommune. Es ist also höchste Zeit, sich diese Vorteile zu sichern und mit E-Payment einen weiteren Schritt in Richtung digitale Verwaltung zu machen.

Ralf Linden ist Mitglied der Geschäftsführung der S-Public Services GmbH.

Anzeige

Quittierer

- DIE GEBÜHRENKASSE -

- 93% der Kunden bereits im Oktober auf TSE umgestellt
- KassenSichV / AO146 konform
- eine TSE für das ganze Haus



**JETZT
UMSTEIGEN
UND RABATT
SICHERN!**

platinbaum.de/kontakt



Kasse optimiert

Tobias Krumnow

Mit einem neuen Kassensystem stellen sich die nordrhein-westfälische Landeshauptstadt Düsseldorf sowie die Städte Neuss, Kaarst und Meerbusch zukunftssicher auf. Gesteuert wird das Projekt von IT-Dienstleister ITK Rheinland und Software-Anbieter EDV Ermtraud.

Das Kassenrecht ist von dynamischen Veränderungen geprägt, die auch die Kommunen erreichen. Kassensicherungsverordnung und Technische Sicherheitseinrichtung (TSE) sowie zeitgemäße bargeld- und kontaktlose Zahlarten sind gefordert. Mit der Entscheidung für die Lösung TopCash 2 hat sich der Kommunale Zweckverband ITK Rheinland zukunftssicher aufgestellt. Die Einführung der Kassenlösung nahm der IT-Dienstleister gemeinsam mit dem Anbieter EDV Ermtraud in Angriff. Das Projekt mit über 400 Arbeitsplätzen und unterschiedlichsten Beteiligten in den zugehörigen Stadtverwaltungen erforderte insbesondere unter Pandemiebedingungen eine umfassende Planung.

Die Verwaltungen der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt Düsseldorf sowie der Städte Neuss, Kaarst und Meerbusch werden TopCash2 künftig flächendeckend nutzen. Einsatzgebiet der neuen Kassen-Software sind klassische Zahlstellen im Bürgerservice. Dazu zählen die zentralen Anlaufstellen, die Meerbusch, Kaarst und Neuss für ihre Bürger betreiben. Darüber hinaus werden bei allen Mandanten von ITK Rheinland viele Zahlungen im Standesamt sowie in den

Ordnungs- und Gewerbeämtern abgewickelt. Bei circa 150.000 Einwohnern fallen in der Stadt Neuss außerdem Zahlungen im Ausländerwesen sowie im Sozialamt an. In Düsseldorf erstreckt sich das abzurechnende Leistungsspektrum für annähernd 650.000 Einwohner in die gesamte Breite einer modernen Großstadt: Einwohner- und Ordnungsamt, Kfz-Zulassungs- und Führerscheinswesen, Migration und Integration, Wohnungswesen, Fischereibehörde sowie Vermessungs- und Katasteramt.

Dem Startschuss für das Projekt ging ein intensiver Austausch zwischen den Beteiligten voraus. In ersten Consulting-Terminen, die noch im kleinen Rahmen vor Ort in den Räumen der ITK Rheinland ausgerichtet werden konnten, wurden im Herbst 2020 die Infrastruktur, sowie die technische und fachliche Administration abgestimmt. Die organisatorische Beratung mit den beteiligten Städten musste aufgrund der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie dann online vonstattengehen. In mehreren Videokonferenzen nahmen EDV Ermtraud und ITK Rheinland mit den Vertretern der Verwaltungen die derzeitige Kassenorganisation detailliert unter die Lupe und analysierten die jeweilige Ausgangssitua-

tion. In jeweils einem Kick-off-Meeting erfolgte die Bestandsaufnahme für die Städte Kaarst, Meerbusch und Neuss; Düsseldorf nahm insgesamt sieben Online-Termine wahr, in denen die Strukturen je Fachamt definiert wurden.

Die Beteiligten brachten auch Optimierungen der Kassenstrukturen ein. Unter anderem zählt hierzu die Verbesserung des Workflows, wofür konkrete Erfahrungen aus der Praxis zugrundegelegt wurden. Welche Abteilung nimmt Zahlungen entgegen? Welche Zahlungsarten werden wo angeboten? Wie kann das Geld schnell und sicher vereinnahmt werden? Wer führt Abschlüsse durch? Wer pflegt die Konten und Gebühren? Insbesondere die komplexen Strukturen der Landeshauptstadt Düsseldorf verdeutlichen, wie ein Mix aus Zahlungsarten die Mitarbeitenden bei der Vereinnahmung ihrer Gebühren unterstützt.

Düsseldorf setzt fast lückenlos auf bargeldlosen Zahlungsverkehr. EC-Karte, GiroCard kontaktlos, Debitkarten, Kreditkarten, Smartphone-Payment mit Google und Apple Pay werden an fast jedem Arbeitsplatz akzeptiert. Das Bezahlen am POS-Terminal direkt am Entstehungsort der Gebühren ist

für Zahlungspflichtige bürgerfreundlich und schnell. Der Kassierende profitiert von der automatischen Betragsübergabe an sein EC-Terminal. Bargeldzahlungen stellen in Summe zwar noch ein relevantes Volumen dar, ihr Anteil ist jedoch rückläufig. Zur Vermeidung einer Vielzahl von Barkassen werden Barzahlungswünsche an einzelnen Leistungsstellen über Kassenautomaten abgewickelt, die direkt an TopCash2 angebunden sind. Dieses Konzept kommt beispielsweise im Düsseldorfer Einwohner- und Integrationsamt zum Tragen. Für die Mitarbeiter stellt sich der Bezahlvorgang von der Erzeugung des offenen Postens bis hin zur Begleichung wie aus einem Guss dar – für die Bürger sind damit jedoch Laufwege zwischen dem zuständigen Sachbearbeiter und dem Kassenautomat verbunden. Der Fall muss zudem doppelt bearbeitet werden – erstens zur Erfassung und zweitens zur Aushändigung der Leistung. Daher führen beispielsweise das Ordnungs-, das Wohnungs- und das Fischereiamt der Stadt Düsseldorf eigene Barkassen

innerhalb der Abteilung. Sie werden zur Risikominimierung auf Höchstbestände von wenigen hundert Euro eingegrenzt. Neuss, Kaarst und Meerbusch setzen auf eine bewährte Mischung aus flächendeckender EC-Zahlung in Kombination mit Barkassen sowohl beim Sachbearbeiter als auch auf Fachamtssebene.

Das Rechtekonzept für die Kassenlösung reicht je nach Amt von einfach bis detailliert. Die Benutzerrollen beziehen sich stets auf die Ebene, welcher sie in der baumartigen Systemstruktur zugeordnet sind. Durch die Einrichtung von Organisationseinheiten kommt ein pflegeleichtes Vererbungsprinzip nach unten zum Tragen. Bereichsbezogen angelegte Gebühren, Leistungen und Rechte sind der untergeordneten Ebene automatisch zugeteilt, während auf unterster Ebene – wo erforderlich – individuelle Benutzerrechte vergeben werden können. Zu den am häufigsten besprochenen Berechtigungen zählen: Zugriff auf Schnittstellen aus Fachverfahren (zum Beispiel OK.Verkehr, OK.EWO

und Autista), Kassenabschluss mit Ist-Betragseingabe, Regelungen bei Abschlussdifferenzen sowie Storno.

In einer Testphase wird das organisatorische Pflichtenheft für die Kassenlösung nun intensiv durch Schlüsselanwender auf Praxistauglichkeit getestet. Nach verfeinerter Konfiguration werden die Anwender sukzessive in den Produktivbetrieb überführt. Das Gesamtprojekt folgt einer effektiven Meilensteinplanung. Während ITK Rheinland die Produktivsysteme einrichtet, unterstützt Software-Anbieter EDV Ermtraud beim Implementieren der Kassenstrukturen, Leistungen und Gebühren, Preise und Buchungskonten sowie der in den Kick-off-Gesprächen vereinbarten Rechte- und Rollenkonzepte. Die geplanten Produktivsetzungstermine variieren von Verwaltung zu Verwaltung. Düsseldorf, Neuss, Kaarst und Meerbusch steuern jedenfalls dem Go-Live-Termin entgegen.

Tobias Krumnow ist im Vertrieb der EDV Ermtraud GmbH in Rheinbrohl tätig.

Anzeige

10. Juni! Virtuelles Kennenlernen



STERNBERG

Sitzungsdienst SD.NET vereinfacht Ihre Prozesse, ist flexibel und spart Ressourcen. Bearbeiten Sie mit einem definierten Personenkreis Aufgaben, legen Sitzungen fest, geben Einladungen und Protokolle frei, fassen Beschlüsse virtuell, erstellen Abrechnungen auf Knopfdruck und noch viel mehr! **Alles virtuell – alles vollkommen sicher!**

Lernen Sie uns kennen: **Kostenfreie Infoveranstaltung** am **10.6.2021, 10–12 Uhr**
Anmeldung unter veranstaltung@sternberg24.de oder direkt per **QR-Code** →



Bergheim bucht per Web

Eva Sprockamp

Im Einwohnermeldeamt der Stadt Bergheim können Zahlungsprozesse mit den Bürgern vollständig digital ablaufen. Sämtliche Einnahmen erfolgen über eine bedienerfreundliche Web-Kassen-Lösung, manuelle Buchungen sind nicht mehr nötig.

Artikel auswählen, ab in den Warenkorb, Zahlungsart bestimmen, fertig – Onlineshopping ist bequem und gefragter denn je. Aber geht das so ähnlich auch bei einer kommunalen Verwaltung? Die Antwort lautet: Ja. Zum Beispiel wenn man in der nordrhein-westfälischen Stadt Bergheim wohnt. Hier vereinfacht die seit August 2020 eingesetzte Infoma ePortal Webkasse die Zahlungsabwicklung von Gebühren für Produkte und Dienstleistungen verschiedener Organisationseinheiten. So auch im Einwohnermeldeamt der mehr als 65.000 Einwohner zählenden Stadt. Anträge für einen Personalausweis oder ein Führungszeugnis legen die Mitarbeitenden dort über die einem Onlineshop ähnliche Web-Oberfläche in einen Warenkorb. Der Antragsteller gibt seine bevorzugte Zahlungsweise an – Bargeld, Girocard- oder Scheckzahlung – und der Zahlungsvorgang ist komplett abgeschlossen. Die Verbuchung der Einnahmen erfolgt über die Infoma ePortal Webkasse direkt auf den richtigen Sachkonten.

„Wir wollten eine Software, mit der wir die Zahlungsabwicklungsprozesse mit den Bürgerinnen und Bürgern vollständig digital ausführen können“, sagt Birgit Ritz, Abteilungsleiterin Organisation



Bergheim digitalisiert Buchungen.

und IT und Stabsstelle BM-digital der Kreisstadt Bergheim. „Unsere Idee war, dass wir dazu auch das bereits vorhandene Finanzverfahren Infoma newsystem nutzen, um so mit einem geschlossenen System und auf einheitlicher Datenbasis zu arbeiten.“ In Bergheim ist das Finanzverfahren von Axians Infoma seit dem Jahr 2010 im Einsatz; seit fünf Jahren erfolgt die Rechnungsbearbeitung digital mithilfe des integrierten Rechnungsworkflows. Die Entscheidung für die Infoma ePortal Webkasse war somit die logische Konsequenz – zumal die Lösung auch die weiteren Punkte auf der Anforderungsliste der Stadt abdeckte. Dies sind die Vermeidung von Mehrfacharbeiten sowie eine optimierte Datenbasis für das Controlling und die Kostenrechnung. Ebenso wichtig war es den

Verantwortlichen, eine intuitiv nutzbare, zukunftsfähige Software bereitzustellen, die durch ihre Bedienerfreundlichkeit den fortlaufenden Dienstbetrieb, etwa bei Mitarbeiterwechseln, gewährleistet.

Unterstützt von der Kommunalen Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur (kdvz) startete die Kreisstadt 2020, nach intensiver Vorbereitungsphase, die Vereinfachung ihrer Zahlungs- und Abrechnungsvorgänge. Im gleichen Jahr wurde sie für dieses vorbildliche Digitalisierungsprojekt als eine von drei Kommunen mit dem Axians Infoma Innovationspreis ausgezeichnet.

Mit der Web-Kasse erfolgen in Bergheim nun sämtliche Einnahmen der beteiligten Bereiche über den Browser. Buchungen laufen

automatisiert und vollständig digital in Infoma newsystem ab, ohne dass eine Schnittstelle angebunden werden muss. „Alle mit einer Transaktion in Zusammenhang stehenden Buchungen werden mit der Software durchgeführt“, erklärt Carina Steinert, Organisation und IT und Stabsstelle BM-digital der Kreisstadt Bergheim. „Es gibt keine Trennung zwischen Zahlungsabwicklung und Buchhaltung, sodass ein Geschäftsvorfall nur noch einmal erfasst und dann von den beteiligten Stellen bearbeitet wird. Papierlisten und sonstige Übergabemedien gehören bei uns der Vergangenheit an.“

Ein zusätzlicher Vorteil ergibt sich durch die internen Zugriffsmöglichkeiten auf Infoma newsystem und das ePortal. Sie erlauben den Fachbereichen, sich ständig tagesaktuell über den Stand der Finanzwirtschaft zu informieren und – im Falle des Rechnungsprüfungsausschusses – die notwendigen Prüfungsaufgaben wahrzunehmen.

Dass die Entscheidung für die Web-Kasse die richtige war, hat

sich in einem Dreivierteljahr Produktivbetrieb gezeigt. Die Durchgängigkeit der digitalen Prozesse im Finanzbereich konnten die Bergheimer, wie angepeilt, ausbauen. Auch ist die Resonanz der 35 Anwender durchweg positiv. Die benutzerfreundliche Oberfläche ist leicht verständlich, aufwendige Schulungen sind nicht notwendig. Zudem kann nun die Benutzerverwaltung sowie die Rollenvergabe zentral vom Bereich Organisation und IT ausgeführt werden, was weitere Prozess- und Kostenoptimierungen nach sich zieht.

Den innovativen Projektansatz sehen Birgit Ritz und Carina Steinert vor allem in der Einbindung nicht-finanzwirtschaftlicher Stellen in das Finanzwesen der Kreisstadt Bergheim: „Bis dato haben die beteiligten Organisationseinheiten die Einnahmen unterschiedlich erfasst und über Listen die buchungsrelevanten Informationen an Kämmerei und Kasse weitergegeben – ein fehleranfälliger und aufwendiger Weg. Heute können alle Geldeinnahmen über eine Oberfläche eingenommen

und verwaltet werden.“ Darüber hinaus hat Axians Infoma bereits den Wunsch nach einem Gesamtkassenabschluss für jeden Organisationsbereich realisiert.

Nach wie vor steht die Weiterentwicklung des Finanzwesens in Bergheim ganz oben auf der Agenda. Zwar bietet die Kreisstadt nicht nur für das Ausstellen von Urkunden im Standesamt Online-Bezahlungsmöglichkeiten an, sondern auch für die Begleichung offener Gebühren bei der Stadtbibliothek oder das Bezahlen von Strafzetteln. „Das würden wir aber alles gerne so miteinander verbinden, dass keine manuellen Arbeiten mehr erforderlich sind“, sagt Carina Steinert. „Im Endeffekt wollen wir das, was wir jetzt mit der Web-Kasse umgesetzt haben, auch für das Thema E-Payment einführen.“ Denn nicht nur die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben gezeigt, „dass es viel mehr Prozesse gibt, die man vollständig digital abbilden kann“, ergänzt Birgit Ritz.

Eva Sprockamp ist freie Journalistin in Bad Wörlshofen.

Anzeige

EINFACH UNKOMPLIZIERT: DER KASSENAUTOMAT VARIOPAY

Bargeldloser Zahlungskomfort für Ihre Kunden

Der CSG-Kassenautomat **VarioPay** bietet Ihren Kunden alle Vorzüge des bargeldlosen Zahlens mit Karte oder Mobile Payment – schnell, einfach und sicher. Die Nutzung des Automaten ist dank perfekter Ergonomie und interaktiver Bedienung am Touchscreen bequem. Mehr über den VarioPay oder unsere weiteren Automatenmodelle erfahren Sie unter www.csg-systems.de

CSG
systems

smart ideas that work for you



Gewerbeämter entlasten

H. Hensel

Auch die Gewerbeämter müssen künftig Online-Services anbieten. Mit modernen Fachverfahren sind sie dafür gerüstet.

Die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) betrifft bundesweit alle Gewerbe- und Ordnungsämter, welche neben den Gewerbemeldvorgängen auch viele Vorgänge im Bereich des Erlaubniswesens online zur Verfügung stellen müssen. Dabei ist es wichtig, einen reibungslosen Datenaustausch zwischen Unternehmen, Bürgern und der Behörde zu ermöglichen. Neben der Integration in verschiedene Verwaltungsportale und der Nutzung von E-Payment-Verfahren ist das oberste Ziel, einen medienbruch- und barrierefreien Datenaustausch zu gewährleisten.

Solche integrierten Online-Vorgänge sind fester Bestandteil des Gewerbefachverfahrens VOIS|GESO, alle Anforderungen an eine moderne elektronische und medienbruchfreie Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürger können damit erfüllt werden. Bei der Software wird großer Wert auf eine optimale Datenqualität gelegt. Um das zu gewährleisten, wird dem Bürger oder Gewerbetreibenden nicht einfach ein ausfüllbares Formular angeboten. Ein intelligenter Assistent führt den Anzeigenden auch sicher durch den Vorgang. Grundlegende Informationen zur Art des Gewerbes werden vorab abgefragt. Daraus ergibt sich eine

einfache und logische Dateneingabe, denn dem Anzeigenden werden nur noch die daraus folgenden relevanten Eingabefelder zur Verfügung gestellt.

Der Nutzer wird so in seiner digitalen Kommunikation mit der Behörde unterstützt und geführt. Fehlerhafte oder unvollständige Eingaben werden vermieden und die Gewerbeämter entlastet, da die digital erfassten Daten medienbruchfrei in die Fachanwendung VOIS|GESO übernommen werden. Ein intelligenter Assistent unterstützt zudem den Sachbearbeiter bei der Validierung der Eingabedaten und ermöglicht die Vorabkontrolle der übermittelten Daten. Notwendige Dokumente, wie ein Handelsregisterauszug, Handwerkskarte, Erlaubnis oder Aufenthaltserlaubnis können von den Gewerbetreibenden schon während des Vorgangs hochgeladen und vom Gewerbeamt in die elektronische Akte übernommen werden.

Aber nicht nur für die Gewerbemeldungen bietet VOIS|GESO Online-Vorgänge an. Je nach Zuständigkeit ist das Gewerbeamt Ansprechpartner für weitere Aufgaben wie Gaststättenanzeigen oder Erlaubnisse etwa für Makler, Bewacher, Reisegewerbe oder Glücksspiel. Auch für diese Bereiche wird

VOIS|GESO künftig intelligente Online-Vorgänge zur Verfügung stellen und somit alle im OZG geforderten digitalen Anwendungen abdecken. Komplettiert werden die angebotenen Online-Dienste durch die elektronische Gewerbeauskunft, wie die webbasierte Auskunft aus den freigegebenen Daten des kommunalen Gewerberegisters. Damit haben Behörden sowie auskunftsberechtigte Personen und Organisationen die Möglichkeit, nach einmaliger Registrierung und Freigabe durch die Verwaltung, jederzeit tagesaktuelle Daten aus dem Gewerberegister abzufragen. Das bringt eine enorme Entlastung für die Verwaltung, weil diese Auskünfte bisher in der Regel manuell erteilt werden.

Alle in VOIS|GESO angebotenen Online-Anwendungen gewährleisten die strikte Einhaltung datenschutzrechtlicher Bestimmungen, sie überzeugen durch eine leicht verständliche und prozessorientierte Benutzerführung sowie durch Barrierefreiheit. Die Anbindung an verschiedene, externe E-Payment-Verfahren ist ebenfalls Bestandteil aller VOIS|GESO-Online-Anwendungen.

Hartmut Hensel ist bei der naviga GmbH zuständig für Vertrieb und Partnerbetreuung.

Platinbaum

Sichere Software-Kasse

Seit April dieses Jahres muss die in der Kassensicherungsverordnung (KassenSichV) beschriebene Technische Sicherheitseinrichtung (TSE) bei allen Software-Kassen umgesetzt sein. Das Unternehmen Platinbaum hat die Umstellung seiner smarten Gebührenkasse mit kontaktloser Zahlungsmöglichkeit nach eigenen Angaben bereits im Oktober 2020 fast flächendeckend ausgerollt. Ende März konnten dann alle Kunden die TSE-Lösung in den Echtbetrieb nehmen. Für die nicht cloud-basierte TSE-Lösung wird je Kommune ein TSE-Stick benötigt. Dabei setzt der Anbieter auf die TSE-Lösung der Bundesdruckerei.

www.platinbaum.de

Südwestfalen-IT

Kooperation mit PROSOZ

PROSOZ Herten und die Südwestfalen-IT (SIT) verbindet eine enge Zusammenarbeit rund um die Fach-Software PROSOZ Bau. Nun starten die beiden Unternehmen eine Kooperation in Richtung Business Partnership. PROSOZ gehe mit PROSOZ elan, seinem neuen Produkt für das digitale Bauamt, welches XBau 2 konform ist, einen weiteren Schritt in Richtung zukunftsfähige Verwaltung. Die SIT baue die neue Lösung mandantenfähig für ihre Kunden auf und betreibe diese unter Produktionsbedingungen. Ein erstes Projekt der Kooperation findet sich in der Stadt Olpe.

www.sit.nrw

www.prosoz.de

Axians Infoma

Die Modern Clients kommen

Die Anwender der Finanz-Management-Software Infoma newssystem dürfen den nächsten technologischen Schritt erwarten: Mit dem Update 21.1 liefert Anbieter Axians Infoma im Sommer 2021 die so genannten Modern Clients aus. Das teilt die Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO), Partner des Unternehmens, mit. Hinter dem Begriff verberge sich die konsequente Umstellung auf den WebClient. Auch auf mobilen Endgeräten wie Tablets oder Smartphones sei die Anwendung durch Mobile Clients verfügbar. Die Weiterentwicklung erfolge im Rahmen der laufenden Software-Pflege.

www.axians-infoma.de

Anzeige

Digitale Bürgerbüros**Chance für Verwaltungen**

Digitale Bürgerbüros bieten Kommunen die Chance, mit Bürgern virtuell per Video, Audio und Chat zu kommunizieren – auch und vor allem in Krisenzeiten. Die auf der Collaboration-Plattform Cisco Webex basierende Online-Lösung



ist schnell zu implementieren und einfach anzuwenden. Bürger gelangen direkt von der Website der Kommune in die virtuellen Büros und können sie „betreten“. Automatisch wird eine Video- und Audio-Verbindung hergestellt und die Bildschirmfreigabefunktion aktiviert. So lassen sich Dokumente per Desktop-Sharing gemeinsam betrachten und bearbeiten. Auch Öffnungs- und Wartezeiten der einzelnen Büros sind direkt ersichtlich. Sollten Büros geschlossen oder überfüllt sein, können Bürger Online-Termine vereinbaren.



Per SMS oder E-Mail erhalten sie eine Terminbestätigung inklusive Link zur virtuellen Beratung.

Für den Bürger entstehen keine Kosten, um das digitale Zusatzangebot zu nutzen. Er benötigt lediglich ein internetfähiges Endgerät mit Webcam und Mikrofon. Die DSGVO-konforme, kostengünstige Lösung eignet sich vor allem für Bürgerservices, für die eine (vorbereitende) Beratungsleistung und ein Video-Austausch wichtig sind. Die Einfachheit der Anwendung bringt schnelle Erfolge: Ämter werden spürbar entlastet, Bürger profitieren von flexiblen Kontaktmöglichkeiten.

OZG mit Leben füllen

Mithilfe eines externen Formular-Servers kann die Stadtverwaltung Quickborn ausfüllbare Formulare jetzt selbst online veröffentlichen. Sie hat damit eine entscheidende Fertigkeit für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) erworben.

Die Stadtverwaltung Quickborn hat im vergangenen Jahr innerhalb von zehn Monaten einen Formular-Server in ihre bestehende IT-Infrastruktur implementiert. Anhand einer fiktiven Geschichte demonstriert das Digitalisierungsteam der Stadt im November 2020 im Rahmen einer Live-Präsentation, wie die Stadtverwaltung damit das Onlinezugangsgesetz (OZG) mit Leben füllen wird. Den Vortrag verfolgt nicht nur Bürgermeister Thomas Köppl sondern auch Philipp Willer, Geschäftsführer des IT-Verbunds Schleswig-Holstein (ITVSH).

„Den Eigentumsnachweis und eine Vollmacht kann ich Ihnen gleich zumailen. Vielen Dank und auf Wiederhören“, beendet Nadine das Telefonat. Sie will in Kürze ein Haus kaufen und sich vor dem Notartermin mit einer Anliegerbescheinigung eine größere finanzielle Planungssicherheit verschaffen. Was sie dafür benötigt, hat sie auf der Website der Stadt Quickborn im Zuständigkeitsfinder erfahren.

Mit diesen Worten leitet Mark Schutz, Digitalisierungsbeauftragter der Stadt Quickborn, die Live-Präsentation ein. Auf der Homepage der Stadt Quickborn ist der Zustän-

digkeitsfinder Schleswig-Holstein (ZuFiSH) mit seinen Informationen zu einzelnen Dienstleistungen und Ansprechpartnern eingebunden. „Ob über unsere Homepage oder die ZuFiSH-Website, hier ist der zentrale Marktplatz für unsere Dienstleistungen. Damit steuern wir an einer Stelle die Anfragen an uns und passen sie an, wenn wir beispielsweise um eine Gemeinde in der Verwaltungsgemeinschaft wachsen“, fasst Mark Schutz das Prinzip des ZuFiSH zusammen. Das war Anfang dieses Jahres wieder der Fall. Denn die Stadt Quickborn verwaltet neben den Gemeinden Hasloh und Bönningstedt im Kreis Pinneberg sowie der Gemeinde Ellerau im Kreis Segeberg nun auch die Gemeinde Ascheberg (Holstein) und den Gewässerunterhaltungsverband Schwentinegebiet im Kreis Plön.

Über den Zuständigkeitsfinder kann Nadine den Online-Antrag über einen Link aufrufen, der sie zu einem Formular-Server von Anbieter Form-Solutions leitet. Zu Beginn ist hier die Anmeldung mit ihrem Servicekonto beim Serviceportal SH erforderlich, welches sie sich bereits vor einiger Zeit angelegt hatte, um eine landesweite Dienstleistung in Schleswig-Holstein in Anspruch zu nehmen.

Das Produkt Antragsmanagement 4.0 von Form-Solutions ist zentraler Baustein der Umsetzungsstrategie der Stadt Quickborn, da die intelligenten Antragsassistenten eine Portalintegration und E-Payment beinhalten. „Wenn wir wissen, wer mit uns in Kontakt tritt, wir alle relevanten Informationen für die Bearbeitung des Anliegens haben und die Verwaltungsgebühr bereits entrichtet ist, ist der Input vollumfänglich abgeschlossen“, erklärt der Digitalisierungsbeauftragte Mark Schutz und ergänzt scherzhaft: „Dann gibt es für die Verwaltung keine Ausrede mehr, nicht sofort mit der Bearbeitung anzufangen.“

Dabei war gerade die Authentifizierung der Antragstellenden zunächst eine große Hürde. Ein eigenes Bürgerportal gab es noch nicht im eigenen IT-Zweckverband, die direkte Nutzung der Online-Ausweisfunktion des Personalausweises oder des elektronischen Aufenthaltstitels ist in Schleswig-Holstein nur für Dataport vorgesehen und die Anbindung eines externen Formular-Servers an das Serviceportal SH hatte noch keiner versucht. So ist auch zu erklären, warum ein vermeintlich einfacher Zertifikat-Austausch insgesamt vier Monate dauerte.

Nach der erfolgreichen Anmeldung öffnet sich für Nadine ein interaktives Formular. Ihre persönlichen Daten muss sie auf der ersten Seite gar nicht mehr eingeben – diese wurden aus dem Serviceportal SH übernommen. Schritt für Schritt füllt sie die weiteren Felder aus, lädt die per E-Mail erhaltenen Dokumente in das Formular hoch, gibt an, dass die Antwort elektronisch gesendet werden soll und schließt die Eingabe der Daten ab. Nach dem Versenden kann Nadine

nun aus mehreren Zahlungswegen wählen, wie die anfallende Verwaltungsgebühr entrichtet werden soll. Den Antrag speichert sie sich ab und klappt den Laptop zu.

„Die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes ist für Quickborn kein Problem mehr“, stellt Bürgermeister Köppl fest. „Wir erwarten nun Lösungen vom Land, wie wir den dann erstellten Bescheid auch online wieder an den Bürger zurückversenden können“, spielt er den Ball zu seinem Digitalisierungsbeauftragten zurück. In Quickborn nutzt man vorerst eine Lösung des IT-Zweckverbands kommunit.

Ein paar Tage später erhält Nadine die Antwort der Stadt Quickborn per E-Mail. Um die Bescheinigung zu öffnen, muss sie sich bei einem E-Mail-Austausch-Server anmelden und dort ihre E-Mail-Adresse freischalten. Der von kommunit bereitgestellte Service ermöglicht die verschlüsselte Informationsübertragung zwischen Verwaltung und Bürgern. Nach der Anmeldung erhält Nadine eine zweite E-Mail mit Anhang und kann



Quickborn: OZG-Umsetzung ist kein Problem.

das verschlüsselte PDF-Dokument mit ihrem selbstgewählten Passwort öffnen. Die Datei legt sie in ihrem Online-Speicher bei den anderen Hauskaufunterlagen ab und blickt dem Notartermin nun noch etwas entspannter entgegen.

„Im Prinzip könnten wir so fast alle 150 Dienstleistungen, die für uns im ZuFiSH hinterlegt sind anbieten“, beendet Mark Schutz die praktische Vorführung. Ob es dafür in den nächsten zwei Jahren Lösungen gibt, bleibe aber fraglich. „Leider bin ich nicht sehr optimistisch. Unser Online-Angebot bilden wir derzeit über die Services AFM, iAFM, EA-SH, über das Serviceportal SH direkt und nun auch noch über den Formular-Server ab. Manche Systeme können Authentifi-

zierung, manche E-Payment, andere gar nichts. Einerseits werden die Anträge manuell durch Dritte sortiert, andererseits bekommen wir eine verschlüsselte XML-Datei mit den Datensätzen“, beschreibt der Digitalisierungsbeauftragte die Bandbreite innerhalb der eigenen Verwaltung. „Eine Anbindung dieser Online-Portale an verschiedenste Fachverfahren ist innerhalb des gesetzten Zeitrahmens mit der vorhandenen Infrastruktur für mich nicht vorstellbar.“

In der Runde kommt man überein, dass man sich in der übrigen Zeit zur Umsetzung des OZG darauf konzentrieren sollte, dass die Anträge überhaupt digital in die Verwaltungen gelangen und die Ergebnisse wiederum auf elektronischem Wege an die Antragstellenden zurückgesendet werden können. Wie Verwaltungen zukünftig noch besser mit digitalen Anträgen arbeiten können, ist eine ganz andere Fragestellung. Für die Digitalisierung der eigenen Verwaltung gibt es also nach wie vor riesige Potenziale auszuschöpfen – die Stadtverwaltung Quickborn hat die Weichen in diese Richtung gestellt.

Digitalisierungsteam der Stadt Quickborn.

Anzeige

Gewerberegister & Erlaubniswesen

eAkte, Gewerbemeldungen online
Portalintegration, OZG-konform

Kassenlösungen

§146 AO und Kassensicherungsverordnung-konform
inkl. BSI-zertifizierter technischer Sicherheitseinrichtung TSE
bar und bargeldlos kassieren



vertrieb@edv-ermtraud.de
www.edv-ermtraud.de

Kräfte allmählich erschöpft

Die Digitalisierung der deutschen Schulen wird von vielen Seiten kritisiert, gerade wenn es um das Thema Homeschooling geht. Aus Sicht der Lehrenden mangelt es an Investitionen in den Bildungsbereich, aber auch an Rücksichtnahme.

Homeschooling verlangt nicht nur Schülern und Eltern, sondern auch den Lehrkräften viel ab. Distanzunterricht und das Wechselmodell, bei dem ein Teil der Klasse vor Ort und der andere Teil online teilnimmt, sodass Abstände und Hygienemaßnahmen eingehalten werden können, stützen sich auf digitale Mittel und Kompetenzen. An diesen scheint es jedoch zu hapern. So gaben laut dem eGovernment Monitor 2020 etwa ein Drittel der befragten Eltern an, unzufrieden mit dem digitalen Schulunterricht oder dem digitalen Austausch mit den Lehrern zu sein. Laut einer Studie

des Digitalverbands Bitkom, die im August 2020 erschienen ist, gaben Eltern den Schulen die Note „mangelhaft“ für ihre Fähigkeit, bei erneuten Schulschließungen den Unterricht aufrechterhalten zu können.

Als gerade noch „ausreichend“ hatten die Befragten dabei den Stand der digitalen Bildung in Deutschland bewertet, etwa wenn es um Geräteausstattung, Internet-Anbindung und digitale Unter-

richtsinhalte geht. Neun von zehn Bürgern (89 Prozent; Eltern: 88 Prozent) waren der Ansicht, dass die Pandemie die Defizite bei der Digitalisierung der Schulen schonungslos offengelegt hat. Zu ähn-



Vielen Schülern fällt das eigenständige Lernen daheim nicht leicht.

lichen Ergebnissen kam auch der D21-Digital-Index 2020/2021. Wie sieht es in der Zwischenzeit aus?

„Während der erste Lockdown für Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler sehr überraschend und unvermittelt kam, konnte im Rahmen der jetzigen Schulschließungen auf die Erfahrungen des Lockdowns und des Distanzunterrichts im Frühjahr 2020 zurückgegriffen werden“, sagt Heinz-Peter Meidinger, Präsident des Deutschen Lehrerver-

bands. „Lernformen, Unterrichtskonzepte und Strategien, die sich bereits bewährt hatten, wurden weiterentwickelt. Gleichzeitig sind aber auf Lehrkräfte- wie Schülerseite nach einem Jahr Pandemielage die Kräfte allmählich erschöpft.“ Hinzu kommt laut Meidinger, dass sich an vielen Schulen die IT-Infrastruktur und für viele Schülerinnen und Schüler die technische Ausstattung noch nicht ausreichend verbessert hat. Die Mittel des Digitalpakts seien immer noch erst zu einem Bruchteil an den Schulen angekommen.

Dabei wurden den Ländern nach Angaben des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) für landesweite und länderübergreifende Projekte zur Nutzung digitaler Bildungsangebote und den Ausbau von Infrastrukturen zum Ausgleich von Schulschließungen Mittel im Umfang von 100 Millionen Euro aus dem Digitalpakt Schule zugewiesen. Die Mittel sollen durch die Länder unmittelbar nutzbar sein. Der Koalitionsausschuss habe zudem beschlossen, 500 Millionen Euro für Schüler bereitzustellen, die

zu Hause auf kein mobiles Endgerät zugreifen können, sowie Schulen bei Online-Lehrinhalten zu unterstützen.

Anja Kröll*, Referendarin für Englisch und Geschichte an einem bayerischen Gymnasium, berichtet ihrerseits von guten Erfahrungen: „Die Schüler können sich entweder Hardware wie beispielsweise Headset, Webcam oder andere Devices für zu Hause ausleihen oder sich sogar einen Arbeitsplatz in der Schule einrichten lassen.“ Die Lernplattform ihrer Schule funktioniert mittlerweile auch lückenlos, das sei jedoch nicht immer der Fall gewesen. „Vor allem am Anfang hat man gemerkt, dass das Portal nicht dafür konzipiert war, dass alle Schulen eines Bundeslands jeden Tag darauf zugreifen“, erzählt die Lehrkraft. „Oftmals war die Plattform gerade die ersten beiden Schulstunden am Morgen so überlastet, dass wir nicht darauf zugreifen konnten. Als ab Herbst 2020 wieder von Präsenzauf Wechselunterricht umgestellt wurde, gab es ähnliche Schwierigkeiten.“

Laut Meidinger wurden bundesweit Chancen verpasst, sich auf den neuerlichen Wechsel ins Homeschooling vorzubereiten: „Leider hat es die Politik im Sommer nach dem ersten Lockdown nicht für nötig erachtet, umfassend und schnell in den Bildungsbereich zu investieren. Auf der einen Seite haben fehlende Investitionen in den technischen Ausbau und Ausstattung sowie gezielte digitale Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte es erschwert, mehr Schülerinnen und Schüler im Distanzunterricht gut zu erreichen.“

* Name von der Redaktion geändert

Auf der anderen Seite hätten nach Angaben des Lehrerverbands grundlegende Investitionen in den Gesundheitsschutz an Schulen, beispielsweise Luftfilteranlagen, dafür sorgen können, dass Klassenzimmer auch bei steigenden Infektionszahlen sicherer wären, als sie heute sind. Dadurch hätte man Schülern, die aufgrund persönlicher Umstände oder wegen fehlender technischer Ausstattung im Distanzlernen nur schwierig zu erreichen seien, eher und umfassender wieder Präsenzunterricht anbieten können. Und das wäre Vielen zu gute gekommen.

Denn ein großes Problem ist die Selbstorganisation. Das zeigen auch die Ergebnisse des D21-Digital-Index 2020/2021. 37 Prozent der Befragten gaben an, dass die eigenständige Erarbeitung des Lernstoffs eine Schwierigkeit darstellt. Schüler nannten diese Hürde zwar seltener, empfanden sie jedoch im Unterschied zu Eltern oder Lehrkräften als größte Belastung. Auch Kröll sieht die Nachteile des Distanzunterrichts. „Sicher profitieren manche davon, sich allein zu beschäftigen und sind daheim vielleicht weniger abgelenkt, aber es gibt mindestens genau so viele – wenn nicht mehr – für die Videokonferenzen Stress bedeuten und die selbst keine Motivation aufbringen können. Pro Sitzung gibt es meist vier bis fünf Schüler, bei denen man nicht weiß, was sie machen.“

„Es gibt Schülerinnen und Schüler, für die Präsenzunterricht die beste Option ist, weil sie eine direkte persönliche Betreuung und permanente Ermutigung von außen brauchen, um sich mit Lernstoffen auseinanderzusetzen“, führt Meidinger aus. „Diese Kinder und

Jugendlichen haben nach den langen Phasen des Distanzlernens in diesem und im vergangenen Schuljahr viele Lernlücken. Darüber darf man nicht einfach hinweggehen und sie ohne weitere Förderung ihre Schulbiografie fortsetzen lassen, weil ihnen dann bei den Abschlussprüfungen oder spätestens in Ausbildung oder Studium die fehlenden Kompetenzen zu schaffen machen.“ Detaillierte Vorschläge dazu, wie diese Schüler aufgefangen und gefördert werden könnten, sind unter www.lehrerverband.de abrufbar. „Ohne ausreichend finanzielle Mittel von Bund und Ländern und zusätzliches Personal an den Schulen wird das nicht möglich sein“, stellt Meidinger klar.

Die Ergebnisse des D21-Digital-Index zeigen auch, dass eine große Offenheit für mehr Digitalisierung besteht. Sowohl Schüler als auch Lehrkräfte wünschen sich demnach mehr Bewegung und Flexibilität im Bildungswesen. Drei Viertel wünschen sich, häufiger neue Lernformen oder digitale Arbeitsweisen auszuprobieren und gegebenenfalls wieder zu verwerfen, wenn sie nicht funktionieren. Die Mehrheit der Befragten (78 Prozent) befürwortete, dass Lehrkräfte künftig verpflichtende Fortbildungen dazu erhalten, wie sie digitale Formate nutzen können. Dem stimmten auch die Lehrenden in hohem Maße zu. Referendarin Kröll plädiert vor allem für Verständnis. „In einer Ausnahmesituation wie wir sie gerade erleben, kann vieles nicht gleich reibungslos funktionieren. Was wir weiterhin brauchen, ist Rücksicht darauf, dass manche Dinge einfach länger dauern, auch wenn alle Beteiligten ihr Bestes geben.“

Corinna Heinicke

Von Vorreitern lernen

Daniel Breitingger

Deutschland hinkt bei der Digitalisierung der Schulen deutlich hinterher. Ein Jahr nach Beginn der Corona-Pandemie gelingt es immer noch nicht, flächendeckend Homeschooling anzubieten. Smart Schools zeigen, wie digitaler Fernunterricht gelingen kann.

In der Corona-Pandemie hat sich das deutsche Bildungssystem als wenig resilient erwiesen. Flächendeckend alle Schülerinnen und Schüler per Homeschooling zu unterrichten, gelingt nicht. Oft fehlt dafür die technische Ausstattung, ebenso mangelt es an Konzepten für den digitalen Fernunterricht und an Digitalkompetenz bei den Lehrkräften.

Laut einer repräsentativen Umfrage des Digitalverbands Bitkom fällt das allgemeine Krisen-Management der deutschen Bildungspolitik denn auch krachend durch: 30 Prozent der befragten Bürger vergeben dafür die Schulnote 5 (mangelhaft), 29 Prozent die Note 6 (ungenügend). Insgesamt ergab sich eine Durchschnittsnote von 4,5 – Versetzung stark gefährdet. Noch strenger in ihrem Urteil sind die Eltern schulpflichtiger Kinder: Hier ist die Durchschnittsnote eine glatte 5,0. Auch die allgemeine Fähigkeit der Schulen, in Pandemie-Zeiten digitalen Fernunterricht anzubieten, fällt überwiegend durch. Unter den Eltern benoten hier 40 Prozent mit 5 und ein Viertel mit 6.

Die schlechten Noten spiegeln die persönlichen Erfahrungen der Menschen und ihre Enttäuschung wider. Auch ohne Corona-Pandemie hätten

sich früher oder später die jahrelangen Versäumnisse bei der Digitalisierung der Schulen gerächt. Für ein zukunftsfähiges Bildungssystem kommt es jetzt vor allem auf drei Elemente an: eine leistungsfähige und zuverlässige digitale Infrastruktur, die Weiterqualifizierung der Lehrkräfte und nicht zuletzt pädagogische Konzepte, um digitale Technologien gewinnbringend in den Unterricht einzubinden.

Viele Schulen fühlen sich jedoch überfordert mit der Frage, wie sie den digitalen Wandel konkret angehen können. Die notwendigen finanziellen Mittel für die IT-Infrastruktur sind inzwischen zwar vorhanden, allerdings oft nur mit großem bürokratischem Aufwand abrufbar. Und während über Schul-Clouds und flächendeckendes WLAN gesprochen wird, scheidet dies vielerorts schon an einer zuverlässigen Infrastruktur und Breitband-Versorgung. Nicht zuletzt fehlt es an Weiterbildungsangeboten für die Lehrkräfte sowie passenden Unterrichtskonzepten für einen sinnvollen Einsatz digitaler Medien.

Während die Verantwortung für die Aus- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer in der Zuständigkeit der Länder liegt, sind die Kommunen für Gebäude und

Ausstattung der Schulen verantwortlich. Bei der digitalen Inhouse-Infrastruktur sind die Schulen auf Unterstützung angewiesen, hier ist vor allem der Schulträger in der Pflicht. Ein häufig angeführtes Argument lautet, dass die Sanierung von Schulgebäuden deutlich wichtiger sei und verfügbare Mittel primär an dieser Stelle investiert werden müssten. Natürlich ist die Instandhaltung von Dächern und Schul-toiletten wichtig – das darf jedoch nicht zu Ungunsten der digitalen Infrastruktur gehen. Angesichts dieser Herausforderungen ist der mittlerweile auf insgesamt 6,5 Milliarden Euro aufgestockte DigitalPakt Schule ein Meilenstein, um die Kommunen bei deren Bewältigung zu unterstützen. Er kann jedoch erst der Anfang der Bemühungen sein.

Best-Practice-Beispiele aus digitalen Vorreiterschulen zeigen, wie der digitale Wandel in Gang gesetzt werden kann und was es zu beachten gibt. Digitalisierung ist dabei als Gemeinschaftsaufgabe zu verstehen, die nicht mit dem Engagement einzelner Fachlehrer oder IT-Beauftrag-

Link-Tipp

Weitere Infos zum Smart-Schools-Wettbewerb unter:

- <https://smart-school.de>

ter stehen und fallen darf. Wie der Weg zu einer Smart School erfolgreich gestaltet werden kann, zeigt unter anderem das Erich Gutenberg Berufskolleg (EGB). Die Berufsschule in Köln war deutschlandweit eine der ersten Schulen, welche die Idee eines digital gestützten synchronen Lernens auf Distanz konzeptionell entwickelt hat und ab 2016 umzusetzen begann – ohne damals das Szenario einer weltweiten Pandemie vor Augen zu haben. Die Einrichtung verfolgt seit vielen Jahren ein eigenes Smart-School-Konzept, in dem auch der Distanzunterricht – beim EGB heißt dies school@home – Berücksichtigung findet.

Technisch umgesetzt wurde das Programm bereits ab dem Jahr 2013 zunächst mittels Skype und der Lernplattform Office 365, heute arbeiten alle Berufsschulklassen und Vollzeit-Bildungsgänge mit der Lösung Microsoft Teams. Auf Basis dieser Technologie realisiert das EGB zu Corona-Zeiten einen Distanzunterricht, der sich zu fast 100 Prozent dem normalen Stundenplan annähert. Alle Dokumente

werden digital gespeichert. Die Kommunikation und Koordination des Schulalltags erfolgen über Video, Audio, E-Mail oder Chat. Teams-Sitzungen – geplant über den digitalen Kalender – ermöglichen einen synchronen Distanzunterricht mit Einzel- oder Gruppenarbeit und der gemeinsamen Besprechung von Lernergebnissen im Plenum. Unterrichtssequenzen können aufgezeichnet werden und stehen so als Lernmaterial, als Lernsicherung oder als Informationsmaterial für fehlende Schüler zur Verfügung. Die Resonanz der Schüler auf diese alternative Unterrichtsform ist durchweg positiv – in Evaluationen sprechen die Schüler sogar von einem effektiveren Unterricht als vor Ort.

Die Bedeutung einer Lernplattform für Schulen wird gerade in der jetzigen Situation sehr deutlich vor Augen geführt. Schuleigene E-Mail-Adressen ermöglichen dann auch die Kommunikation zwischen Schülern und/oder Lehrern ohne externe Dienste wie WhatsApp oder andere Messenger-Dienste.

Auch nach der Corona-Pandemie wird sich das Lernen nicht mehr nur auf die Schule beschränken, sondern an vielen weiteren Orten wie dem eigenen Zuhause oder dem Ausbildungsunternehmen stattfinden. Lernplattformen als zentrale Infrastruktur einer Schule sind deshalb das Lernkonzept der Zukunft – learning with any device, anytime, anywhere.

Für diesen Ansatz hat der Bitkom das Erich Gutenberg Berufskolleg als Smart School ausgezeichnet. Mit dem Titel würdigt der Verband jährlich Schulen für herausragende Digitalisierungskonzepte. Sie sollen weitere Einrichtungen für den Weg ins digitale Zeitalter inspirieren. Um einen gegenseitigen Lernprozess zu unterstützen, gilt es, den Best-Practice-Austausch im Bildungssektor zu fördern. Mit dem mittlerweile auf 81 Standorte angewachsenen Netzwerk Smart School möchte der Bitkom dazu einen Beitrag leisten.

Daniel Breitingner ist Referent Bildungspolitik beim Digitalverband Bitkom.

Anzeige

MNSpro Cloud

Eine Cloud, die alles kann.



Die perfekte und zukunftsweisende Schul-IT Management und Lernplattform Lösung für Unterricht und Schule.

AIXCONCEPT
Einfach. Digital. Lernen.

Unterricht in der Cloud

Carola Adenauer

Mit seiner Cloud-Lösung utalk4schools hat IT-Dienstleister regio iT bei zahlreichen Schulen im Verbandsgebiet den digitalen Unterricht in Corona-Zeiten sichergestellt. Denn in dem virtuellen Klassenzimmer finden sich auch IT-Neulinge schnell zurecht.

Über kaum etwas wird im Zuge der Corona-Pandemie so umfassend diskutiert wie über die Schulschließungen und die damit verbundenen Anforderungen an Eltern, Kinder und die mal mehr, mal weniger vorhandene Hard- und Software. Somit waren und sind neben manchen Alltagsprodukten insbesondere die Fähigkeiten von IT-Experten heiß begehrt. „Mehrere zehntausend Endgeräte wurden in den Support von regio iT überführt“, berichtet Steffen Koch, bei dem kommunalen IT-Dienstleister Leiter des Centers eSchool. Das bedeutete für die rund 55 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Center, dass sie als „Feuerwehr“ für zahlreiche Schulen im Einsatz waren. „Unterrichtsausfall wegen Corona? Nicht mit uns!“, verspricht die regio iT auf ihrer Website. „Wir haben es fast durchgängig geschafft“, zeigt sich Koch selbstbewusst.

Der Start war allerdings anspruchsvoll. Quasi über Nacht wurde im März 2020 das Home-schooling zur Pflicht. „Da sind schon einige Server in die Knie gegangen“, sagt Centerleiter Koch. „Wir haben ad hoc die Kapazitäten erweitert und erweitert und noch mal erweitert.“ Auch, um den Begehrlichkeiten der Bildungseinrich-

tungen gerecht werden zu können. Mancher Schulleiter gab unter dem Eindruck der Pandemie seine ablehnende Haltung gegenüber dem Lernen auf Distanz auf. „Die Pandemie hat die Digitalisierung der Schulen deutlich beschleunigt“, erklärt Koch.

Die Cloud-Lösung utalk4schools von regio iT ermöglicht es, endgeräte- und plattformunabhängig zu lehren und zu lernen, zu kommunizieren und zusammenzuarbeiten. Und das im pädagogischen wie im Verwaltungsbereich. So können private und öffentliche Kalender eingerichtet werden, was den organisatorischen Ablauf erleichtert. Office-Dokumente lassen sich mithilfe der Lösung LibreOffice ganz einfach online erstellen und bearbeiten sowie datenschutzkonform in der Cloud speichern.

Als der Lockdown und mit ihm die Schulschließungen Anfang 2020 beschlossene Sache waren, kam binnen Stunden viel Arbeit auf den Bereich eSchool von regio iT zu. „Uns war sofort klar, dass wir die Cloud um eine für den Unterricht geeignete Videokonferenz-Software erweitern müssen“, erinnert sich Steffen Koch an 14 „brettharte Tage“ im Frühjahr 2020. Auf Basis des Open-Source-Produkts Big-

BlueButton (BBB) – aus Sicht des eSchool-Chefs die derzeit beste Lösung für Schulen – wurde utalk4schools entwickelt. „Es ermöglicht richtigen Unterricht“, begründet der Centerleiter die Entscheidung für BBB. Den Nutzern steht ein Whiteboard zur Verfügung, die Kinder können sich virtuell melden, PDFs und Filme können hochgeladen, die Chats am Ende der Sitzung gespeichert und als Protokoll versendet werden. Anwesenheitsliste, geteilter Bildschirm, virtuelle Gruppenarbeit – alles vorhanden für den digitalen Unterricht.

„Schauen Sie sich das am besten mal selbst an“, lädt Steffen Koch zu einer virtuellen Unterrichtsstunde ein. Ein Zugangslink plus Kennwort per E-Mail trifft ein, die Anmeldung mit Namen und Kennwort genügt – schon kann der Gast das virtuelle Klassenzimmer betreten. Die Oberfläche sieht aufgeräumt aus: Im linken Bereich findet die schriftliche Kommunikation statt, zwei Drittel sind dem Whiteboard sowie den Kamerabildern der Teilnehmenden vorbehalten. Eine kurze Notiz in den

Link-Tipp

Zur kostenlosen Demoversion:

- www.ucloud4schools.com

öffentlichen oder privaten Chat, den die Pädagogen explizit freigeben müssen, die Führung einer Anwesenheitsliste, Erstellen von Gruppen, die anschließend separat in virtuellen Räumen arbeiten können – das alles ist mit wenigen Klicks umsetzbar und leicht verständlich auch für IT-Neulinge. Ob Powerpoint-Präsentation, ein PDF, ein Film oder Video – im Whiteboard von utalk4schools können etliche gängige Formate hochgeladen und allen präsentiert werden. Moderiert wird die Gemeinschaftsarbeit vom Klassenlehrer, welcher den Schülern das Wort erteilen oder den Zugriff auf das Dokument einräumen kann.

Es ist tatsächlich wie „echter“ Unterricht. Davon konnten sich auch die Bestandskunden von regio

iT überzeugen, denen die Erweiterung für eine lange Testphase kostenfrei zur Verfügung gestellt wurde. Die Resonanz? „Super!“, meint Koch. Die Nachfrage steige, obwohl die Nutzung mittlerweile kostenpflichtig ist.

Und wie läuft der Support, wenn die Klienten mit verschiedensten Endgeräten zu Hause sitzen? Neue Konzepte mussten her, die über die Fernwartung hinausgehen. Apple-Produkte werden beispielsweise über den Apple School Manager in Kombination mit Mobile Device Management administriert. Wenn möglich, soll künftig alles endgeräteunabhängig über Office 365 verwaltet werden. „Die Produktvielfalt, mit der wir die Schulen bedienen, ist schon einzigartig“, verweist Koch auf die insgesamt vier ver-

schiedenen Lösungen im Mobile Device Management.

Dazu gehört natürlich auch der Support für die diversen iPads und Notebooks, die im Zuge des DigitalPakts Schule an die Bildungseinrichtungen ausgeliefert wurden. Nach Lieferschwierigkeiten – der DigitalPakt hatte den Markt in bestimmten Preissegmenten schlicht leergefegt – wird den Schulen in diesem Jahr ein weiterer Schwung Geräte zur Verfügung gestellt. „Da kommt erneut reichlich Arbeit auf uns zu“, weiß Koch, der sich sicher ist, dass noch mehr Bildungseinrichtungen nachziehen und ebenfalls auf die Lösungen sowie den Support von regio iT setzen werden.

Carola Adenauer ist freie Journalistin in Rheda-Wiedenbrück.

Was eine moderne Schul-IT können sollte

Mit dem *DigitalPakt Schule* werden die finanziellen Voraussetzungen für Investitionen in Schul-IT geschaffen – doch was müssen Schulträger und IT-Dienstleister beachten, um ein Maximum an Lernerfahrung, Datenschutz und IT-Sicherheit zu erreichen?

Web-Sicherheit, Privatsphäre und Compliance sind in Schulen

essenziell. Daher ist ein ganzheitlicher, intrinsischer Sicherheitsansatz empfehlenswert, der Endgeräte, Nutzerdaten und Anwendungen in einer in sich geschlossenen Plattform gleichermaßen schützt. Auch abgesicherte Browser sind ein Muss.

Mit einer **zukunftsicheren, zentralisierten IT-Infrastruktur** lassen sich bereits bestehende

Anwendungen optimal einbinden. Und selbst bei schlechter Güte der Internetanbindung kann eine hohe Performance der Anwendungen erreicht werden.

Schüler und Lehrer benötigen für jedes Endgerät einen individuell anpassbaren Katalog an Tools und Programmen. Ein plattformübergreifendes Endgerätemanagement ermöglicht **Kompatibilität** zwischen unterschiedlichen Endgeräten und Betriebssystemen sowie eine **sichere und unkomplizierte Anmeldung und Nutzung**.

Nur wer auf eine **ganzheitliche Lösung** setzt, kann digitalen Unterricht und gute Benutzererfahrung garantieren.

Ansprechpartner:

Dr. André Schulz, Strategic Account Executive, VMware
Kontakt: schulza@vmware.com

Auf einen Blick: VMware-Lösungen für eine moderne Schul-IT

- **Software-Defined Wide Area Network (SD-WAN):**
Sicherer und performanter Zugriff auf alle Anwendungen
- **Workspace ONE:** Verwaltung aller Arten von Endgeräten
- **Workspace ONE Access:** Sicherer und individualisierter Zugriff auf Apps und Tools – u. a. nach Schulart oder Klassenstufe
- **Umfassende Beratung**

Weitere Informationen:

<https://www.vmware.com/de/solutions/industry/education/k12.html>

IT als Gesamtkonzept

Ulrich Sawade

Die Schulen der Stadt Leverkusen können beim Thema Distanzunterricht gelassen bleiben: Mit der Lernplattform MNSpro Cloud sind sie darauf bestens vorbereitet. Der Einführung ging eine umfassende Planung voraus.

Ganzheitliche Schul-IT-Lösungen sind der Schlüssel zum Erfolg. Diese Erfahrung hat die Stadt Leverkusen in der Corona-Pandemie gemacht. Die Kommune ist ein positives Beispiel dafür, wie die Digitalisierung in diesem Bereich gelingen kann. Zu Recht werden demnach Konzepte zur Medienentwicklung gefordert, bevor es an die Umsetzung von IT-Ideen geht. Solche Planungen sind notwendig, weil sich die Anforderungen der Schulen individuell unterscheiden und dementsprechend gestaltet werden müssen. Konzepte und darauf aufbauende Pläne beinhalten eine genaue Analyse und die daraus ableitbaren Schritte. In der Regel zeigen sie zwar ähnliche Vorgehensweisen für die Schulen auf, passen sich aber im Detail an die jeweilige Einrichtung an.

Die Einheitlichkeit findet sich in den Kernbausteinen: Infrastrukturanalyse und -definition, pädagogisches und technisches Mapping der Anforderungen, IT-Management, Medienkompetenzbildung und Qualifizierung, Investitionsplanung, Umsetzung, Evaluation und gegebenenfalls Anpassung. All das wurde in Leverkusen konsequent durchdacht und umgesetzt.

„Uns war wichtig, dass die Schulen zufrieden sind und IT als Bestandteil des Unterrichts integrieren. Unser Ansatz ist es, jeder Schule eine möglichst perfekte Lösung anzubieten, die finanzierbar und wirtschaftlich ist. Wir wollten kein Produkt von der Stange, sondern ein komplettes und individualisiertes Paket aus Planung, Lösung und Schulung“, erklärt Georg Eiteneuer aus dem Fachbereich Medien der Zentralen Dienste der Stadt Leverkusen. „Damit erreichen wir nicht nur eine deutliche Reduzierung des Zeitaufwands für die Administration der Lösung, sondern auch eine hohe Akzeptanz beim Einsatz durch die Pädagoginnen und Pädagogen.“

Neben technischen Vorzügen müssen die Unterstützung und der Support der Lösung überzeugen. Wer übernimmt das? Wer ist entsprechend ausgebildet? Hat der Schulträger eigene Leute oder werden sie extern eingekauft? Nicht ohne Grund sind die Zuwendungen von Bund und Ländern in diesem Bereich relativ üppig. Dennoch ist das Thema Schul-IT-Support bis heute vielfach nicht schlüssig gelöst. Auch hiermit hat sich die Stadt Leverkusen von Anfang an beschäftigt. Carolin Maus, Leiterin des Fachbereichs Schulen, führt aus: „Es musste sichergestellt werden,



Leverkusen professionalisiert Schul-IT.

dass die Lernplattform unter Berücksichtigung der pädagogischen Anforderungen in die Gesamtkonzeption der Schul-IT eingebettet werden kann. Das erforderte intensive Prüfungen auch durch den IT-Dienstleister.“ Und das nicht zuletzt deshalb, weil die bisher eingesetzte Client-Server-Variante der Lösung MNSpro von Anbieter AixConcept durch die neuere Cloud-Variante abgelöst werden sollte.

Während MNSpro Cloud vom Hersteller gestellt wurde, war der städtische IT-Dienstleister ivl Informationsverarbeitung Leverkusen damit beauftragt, das Angebot einzurichten. Die Beschaffung der Lernplattform war bereits im Leitfaden zur Ausstattung der Le-

verkusener Schulen mit Informationstechnologien/digitalen Medien festgehalten und wurde Ende 2019 durch die politischen Gremien beschlossen. Da die Corona-Pandemie eine zügige Umsetzung der Planung erforderte, wurde schon 2020 mit der Einführung begonnen. Sukzessive wurden 14.000 neue Accounts für Schüler und die Kollegien eingerichtet, beginnend an den weiterführenden Schulen.

Wesentlicher Bestandteil der Gesamtplanung der Stadt Leverkusen ist das Serviceangebot von AixConcept. Georg Eiteneuer bestätigt: „Wir haben vor dem Umstieg auf MNSpro vor einigen Jahren nicht nur das Produkt intensiv getestet, sondern speziell darauf geachtet, wie gut der Support des Herstellers funktioniert. Insgesamt sind wir hochzufrieden.“

Inzwischen sind auch die geförderten Endgeräte bestellt und angekommen. Durch die Möglichkeit, in MNSpro Cloud Geräte mit beliebigen Betriebssystemen einzubinden, sind sowohl Apple- als auch Windows-Geräte im Einsatz. „Gemeinschaftliches Arbeiten an Präsentationen oder Arbeitstabellen, Kommunikation per Videokonferenz, gemeinsame Recherchen und Diskussionen per Chat oder in virtuellen Team-Räumen sind mit der Lernplattform durchführbar. E-Mails, Gespräche, Termine, Aufgaben und Unterlagen – alles kann ohne zeitliche oder örtliche Begrenzungen bearbeitet werden“, so beschreibt es die Stadt Leverkusen auf ihrer Website. Die Kollegien wurden zuvor in einer Fortbildung im Umgang mit der Technik und den Möglichkeiten des digitalen Unterrichts geschult.

Die Leverkusener Schulen fühlen sich denn auch gut vorbereitet und das Thema Distanzunterricht erzeugt bei ihnen keine Panik. „Wir haben einen normalen Stundenplan und der Unterricht beginnt pünktlich und ohne Ausfälle“, berichten Pädagogen. „Die Schüler sitzen zu Hause statt in den Klassenräumen und nutzen ihre Endgeräte. Der Unterricht findet über das stadtweit eingerichtete Schulnetzwerk statt, mit Videokonferenz, E-Mail und Chat.“ In erster Linie geht es also nicht primär um neue Geräte, sondern um Strategien. Denn die Hardware macht immer nur einen Teil der Gesamtlösung aus. Aus diesen Gründen ist es sinnvoll, wie in Leverkusen, IT in der Schule als Gesamtkonzept zu betrachten, das die

pädagogisch sinnvollen Geräte mit der technisch notwendigen Infrastruktur, einer fachübergreifenden Lernplattform, dem dazugehörigen Ausbildungsplan für das Kollegium sowie einer möglichst universellen IT-Management-Lösung mit dem Investitionsplan für die nächsten Jahre in Einklang bringt.

Gerade jetzt ist die Zeit ideal, um eine grundlegende Modernisierung der Schul-IT vorzunehmen. Nie gab es mehr Fördergeld. Das eröffnet neue Möglichkeiten und die große Chance, tatsächlich ganzheitlich über IT in der Schule nachzudenken und entsprechende Änderungen auf den Weg zu bringen.

Ulrich Sawade ist Leiter Marketing bei der AixConcept GmbH, Stolberg.

Anzeige



GovConnect

die IT-Spezialisten für Verwaltungen

pmPayment



E-Payment
schnell und einfach integrieren -
mit dem Komplett-
paket pmPayment.

GovConnect GmbH

info@govconnect.de • www.govconnect.de

Schnell gehandelt

Nicola Roeb

Mithilfe der ITK Rheinland konnte Neuss kurzfristig das Web-Konferenzsystem BigBlueButton im Homeschooling einsetzen, in Düsseldorf werden derweil 15.000 iPads ausgehändigt.

In der Corona-Pandemie zeigt sich, wie wichtig die Möglichkeiten des mobilen Lernens und Unterrichtens sind. Das beobachtet auch die ITK Rheinland, die ihre kommunalen Verbandsmitglieder seit 13 Jahren bei der IT-Nutzung an Schulen unterstützt. Für Düsseldorf, Neuss, Kaarst, Jüchen, Dormagen, Meerbusch und Grevenbroich stellt der Dienstleister an den Schulen die zentrale Infrastruktur bereit, sorgt für einen gesicherten Internet-Zugang via Firewall, Web-Filter und VPN-Anbindung und kümmert sich um das Mobile Device Management, verwaltet also die mobilen Geräte und installiert in diesem Zuge Apps und Profile. Neben dem WLAN-Management sorgt die ITK Rheinland für das Management der pädagogischen Netze. Dazu zählen individuelle Benutzer-Accounts, die Datenablage sowie das zentrale Imaging der Hardware-Klassen. Darüber hinaus übernimmt der IT-Dienstleister die Endpoint Protection, indem er die Antivirus-Software verwaltet und für den Schutz der Endgeräte sorgt. Circa 270 Schulen betreut die ITK Rheinland derzeit.

Auch in der COVID-19-Sondersituation können sich die Schulträger auf den Dienstleister verlassen. So hat er etwa die Zweckverbandsmitglieder Neuss und Düsseldorf bei großen Schritten in Richtung digi-

tales Klassenzimmer begleitet. Seit Januar 2021 sichern die Expertinnen und Experten aus dem Bereich IT an Schulen außerdem den Support von 18 Meerbuscher Schulen.

Als es 2020 pandemiebedingt plötzlich ins Homeschooling ging, hat Neuss nach einer einheitlich nutzbaren Plattform für den digitalen Unterricht gesucht. Entschieden hat sich die nordrhein-westfälische Kommune für das Open-Source-basierte Web-Konferenzsystem BigBlueButton. Die ITK Rheinland hat die Stadt daraufhin flexibel und zeitnah beim Einrichten der lizenzfreien Lösung betreut. Mit BigBlueButton können Konferenzen, offene und private Chats abgehalten werden. Für Präsentationen sind ein Whiteboard und ein Online-Umfrage-Tool enthalten. Nach erfolgreichem Testlauf an der Gesamtschule Norf gab die Verwaltung das Go für alle Schulen in Trägerschaft der Stadt. Für die BigBlueButton-Nutzung müssen sich diese anmelden, erklärt Uwe Klaus vom Neusser Schulverwaltungsamt. „Die Einrichtung erfolgt dann über die ITK Rheinland.“ Laut Schuldezernentin Christiane Zangs

kann das System auch nach der Pandemie eine wichtige Rolle im Unterricht spielen.

Für den Unterricht im digitalen Klassenzimmer braucht es die passenden Endgeräte. Die nordrhein-westfälische Landeshauptstadt Düsseldorf hat ihren Schulen deshalb im Jahr 2020 kurzfristig 15.000 iPads zur Verfügung gestellt. Damit die Schülerinnen und Schüler die Geräte schnellstmöglich nutzen konnten, hat die ITK Rheinland den Roll-out vorbereitet und umgesetzt. Dabei mussten nicht nur eine sichere Konfiguration und eine optimale Performance, sondern auch der Support sichergestellt werden. Der Bereich IT an Schulen hat zudem die Funktion und Vollständigkeit der zugewiesenen Apps und der vorgesehenen Einstellungen überprüft. Darüber hinaus haben die Experten die bereits vorhandenen Geräte in den Schulen auf den neuesten Stand gebracht, sodass eine einheitliche Software verwendet wird. Auch werden die Medienbeauftragten im Umgang mit den Geräten unterstützt.

Nicola Roeb ist im Stab und in der Kommunikation der ITK Rheinland tätig.

Link-Tipp

Weitere Informationen zu den Schul-IT-Lösungen der ITK Rheinland unter:

- www.itk-rheinland.de/dienstleistungen/it-an-schulen

Online-Campus für Schulen

In Rheinland-Pfalz können jetzt alle Schulen die Online-Plattform Schulcampus RLP nutzen. Über das Portal soll alles verfügbar sein, was im digitalen Schulalltag benötigt wird.

Die Online-Plattform Schulcampus RLP ist nach einer Pilotphase für alle Schulen in Rheinland-Pfalz verfügbar. Bei der Vorstellung des neuen Angebots Anfang März dieses Jahres sagte Ministerpräsidentin Malu Dreyer: „Alles, was im Schulalltag gebraucht wird, gibt es in Rheinland-Pfalz in Zukunft unter dem digitalen Dach des Schulcampus RLP. Er bringt Lehrern und Lehrerinnen, den Schülern und Schülerinnen sowie ihren Eltern große Vorteile und Chancen. Das bringt die Digitalisierung in der Bildung mit einem riesigen Schritt weiter voran.“

Laut einem Bericht der Landesregierung verbindet die Online-Plattform die digitalen Werkzeuge für den pädagogischen Alltag benutzerfreundlich und mit höchsten Ansprüchen an Datensicherheit und Jugendmedienschutz. Bereits vor der Corona-Pandemie habe das Pädagogische Landesinstitut im Auftrag des Bildungsministeriums an der Entwicklung der gemeinsamen Plattform für alle digitalen Anwendungen in allen Schularten

Link-Tipp

Die Online-Plattform Schulcampus RLP ist hier zu finden:

- www.schulcampus-rlp.de

gearbeitet und sie zunächst in einer Pilotphase mit Lehrkräften und Schülern erprobt.

Für Bildungsministerin Stefanie Hubig ist der Schulcampus RLP ein Quantensprung in der Entwicklung des digitalen Unterrichts. „Einmal einloggen, dann haben unsere Lehrkräfte und unsere Schülerinnen und Schüler Zugang zu allem, was sie online brauchen“, berichtet Hubig. „Dazu gehören eine Mediathek mit 27.000 rechtssicheren Medien und Materialien, die das Land den Schulen in Rheinland-Pfalz zur kostenfreien Verwendung bereitstellt, außerdem die Lernplattform moodle@RLP, der digitale Lehrplan und die Kompetenzdokumentations- und -zertifizierungsplattform Curriculum sowie das Videokonferenzsystem BigBlueButton.“

Dazu sollen noch Messenger-Dienste kommen, die die Kommunikation zwischen Schülern und Lehrern aber auch zwischen Schule und Eltern datensicher und einfach gestalten. In Echtzeit könnten gemeinsam Texte und andere Lehrmaterialien bearbeitet werden. Der Schulcampus sei von Schülern und Lehrkräften in Pilotprojekten getestet, weiterentwickelt und optimiert worden. An der Testphase waren insgesamt 48 Schulen beteiligt. Seit März erhalten zunächst weitere 91



Schulcampus RLP ermöglicht digitalen Unterricht.

Schulen ihre Schulcampuszugänge, informiert die Landesregierung. Die digitale Qualifizierung der jeweils zwei bis vier Campusbetreuerinnen und -betreuer für diese Gruppe starte parallel und ende im Juni.

„Wir richten uns mit dem Zeitplan nach den Bedürfnissen der Schulen. Sie steigen in die Arbeit mit dem Schulcampus ein, wann es für sie passt. Wir werden sie dabei mit vielen Angeboten unterstützen und begleiten“, erklärt Birgit Pikowsky, Direktorin des Pädagogischen Landesinstituts. Die betreuenden Lehrkräfte der Schulen werden neben der Qualifizierung durch vielfältige Hilfestellungen wie Erklärfilme, Online-Lernangebote, Materialien zum Nachlesen und technische sowie pädagogische Beratung durch Mitarbeitende des Pädagogischen Landesinstituts bei der Einführung und der Arbeit mit dem Schulcampus unterstützt, so der Bericht aus Rheinland-Pfalz. (co)

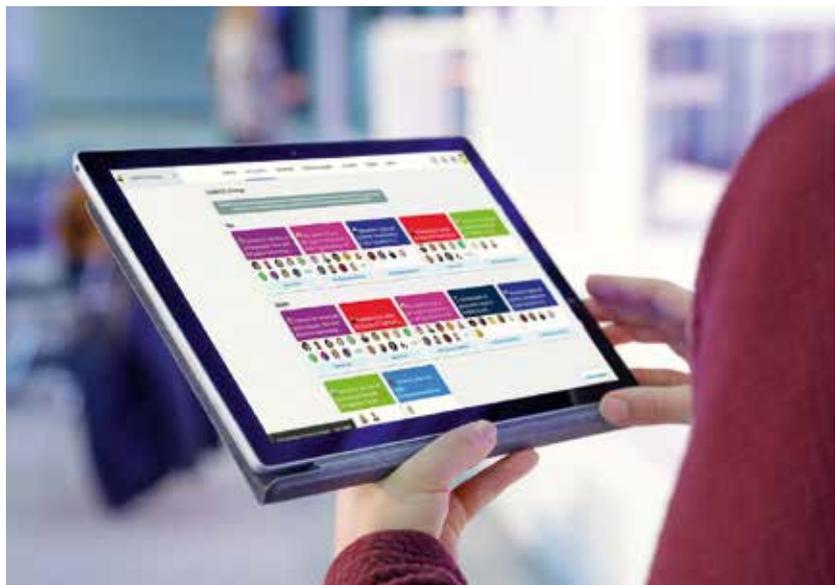
Austauschen und vernetzen

Tanja Stopper

Nach erfolgreichem Start im Februar findet im Juni dieses Jahres die zweite Ausgabe der Learntec xChange statt. Erneut steht die digitale Bildung im Fokus der Webinare und Networking-Angebote rund um die Transformation der Lern- und Arbeitswelt.

Vom 22. bis 24. Juni 2021 veranstaltet die Learntec, Europas größte Veranstaltung für digitale Bildung in Schule, Hochschule und Beruf, mit der zweiten Ausgabe ihres Web-Events Learntec xChange kostenlose Webinare rund um die Digitalisierung der Lern- und Arbeitswelt. Das Format wurde bereits im Februar erfolgreich ins Leben gerufen. 5.756 registrierte Teilnehmer und 96 Referenten tauschten sich bei der Premiere auf der Online-Event-Plattform zu aktuellen Entwicklungen in der Bildungsszene aus und vernetzten sich mit ihren Branchenkollegen.

„Die digitale Transformation unseres Lern- und Arbeitsalltags ist in der aktuellen Zeit gefragter denn je. Innerhalb der Bildungsbranche erkennen wir einen hohen Bedarf, sich zu den Entwicklungen auszutauschen und sich untereinander zu vernetzen“, sagt René Naumann, Projektleiter der Learntec. „Aufgrund des dynamischen Pandemieverlaufs hatten wir uns dazu entschieden, dass die Learntec 2021 nicht vor Ort stattfinden kann. Mit unserem Online-Format Learntec xChange wollten wir unserer Community am ursprünglichen Veranstaltungstermin dennoch eine Plattform zum Austausch und



Networking und Wissenstransfer über die Online-Plattform Learntec xChange.

Networking bieten. So konnten wir gemeinsam einen Blick auf den Status quo werfen und neue Erkenntnisse und Trends aufzeigen, die wir auf der Learntec nochmal vertiefen werden.“ Die positive Resonanz auf das Format Learntec xChange sei überwältigend. „Wir freuen uns sehr, dass wir der Bildungsbranche eine Plattform zum interaktiven Erfahrungsaustausch und Netzwerken bieten konnten und dass diese von unserer Community so toll angenommen wurde“, erklärt Naumann.

Drei Tage lang standen im Februar Themen wie User Experience, Workplace Learning, Smart Learning und Future Skills sowie die

Digitalisierung der Hochschulen und Schulen auf der Agenda. Auf einer Event-Community-Plattform folgten die Teilnehmer per Livestream den zwölf Webinaren. Im Fokus stand dabei der interaktive Austausch aller Akteure. Die Community konnte per Chat ihre Fragen an die Referenten stellen und an interaktiven Umfragen teilnehmen. Das Ergebnis: Rund 890 Fragen im Chat und mehr als 4.650 Umfragestimmen wurden gezählt. Die Teilnehmer hatten außerdem die Möglichkeit, an einem der 28 virtuellen Roundtables einiger Learntec-Aussteller teilzunehmen. In den Roundtables, die formatbedingt auf eine halbe Stunde sowie auf 45

Community-Mitglieder begrenzt waren, diskutierten sie mit Kollegen über digitale Bildungslösungen.

Weiterführende Informationen und Kontaktdaten für eine individuelle Beratung erhielten die Teilnehmer auch in den Profilen der Learntec-Aussteller. In den Pausen zwischen den einzelnen Vorträgen konnten die Teilnehmer gemäß dem Motto „Get Together“ Diskussionen in virtuellen Räumen starten und ihr Fachwissen per Video-Call mit anderen Bildungsexperten teilen. „Besonders dieser interaktive Fachaustausch in Kleingruppen führte zu einem einzigartigen Online-Erlebnis und wurde von unserer Community intensiv genutzt“, berichtet Naumann. „Insgesamt 51 Diskussionsräume wurden geöffnet, in denen aktiv rund um Themen wie kollaboratives Lernen, agile Kompetenzentwicklung, Homeschooling oder Didaktik in der Hochschullehre diskutiert wurde.“ Networking war zudem über die Matchmaking-Funktion möglich, die Branchenkollegen mit ähnlichen Interessen vorschlug mit denen sich die Teilnehmer per Chat und Video-Call vernetzen konnten.

Digitalexperte Chris Böhler hinterfragte am zweiten Veranstaltungstag in seinem Vortrag zum Thema Future Learning die aktuellen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen sowie die daraus resultierenden Lern-trends. „Mich hat dieses Erlebnis nachhaltig beeindruckt. Nicht nur, dass der Vortrag gut lief, es waren 1.500 Teilnehmer in meiner Session. Im Get Together danach kamen dann nochmal 65 vorbei, den vielen Wortmeldungen war kaum Herr zu

werden. Viele tolle Kontaktanfragen auf LinkedIn und darauf folgend tolle bilaterale Austausche“, resümiert Böhler. „Bei keinem meiner bisherigen Vorträge gab es eine solche Resonanz. Ich denke nicht, dass es der Inhalt war. Vielmehr war der Rahmen dafür perfekt.“

Auch Sirkka Freigang, Head of Smart Learning bei Bosch.IO, machte ähnliche Erfahrungen. Sie warf in ihrem Expertenvortrag einen Blick auf Smart Learning Environments und beantwortete unter anderem die Frage, wie Technologie-Ökosysteme aus Internet of Things (IoT) und künstlicher Intelligenz (KI) das Lernen der Zukunft verändern. „Über 1.000 Learning-Begeisterte haben mir heute in meinem Vortrag über Smart Learning Environments zugehört“, berichtet Freigang. „Ich hatte vier Thesen zur Zukunft des Lernens im Gepäck. Zudem habe ich meinen Digital Twin, Sirkka Nr. 2, vorgestellt. Im Get Together, einem tollen Format, haben wir dann über Utopien und Dystopien gesprochen und gemeinsam überlegt, wie Technologie-Ökosysteme aus IoT, AR und XReality unser Leben und Lernen verändern werden.“

Die Corona-Pandemie hat unseren Lern- und Arbeitsalltag maßgeblich verändert, Homeoffice und Videokonferenzen sind nicht mehr wegzudenken: Die Digitalisierung hat sich beschleunigt. „Ein großes Trendthema 2021 in der digitalen Bildung wird weiterhin die User Experience sein“, sagt Sünne Eichler, Mitglied im Learntec Kongresskomitee. „Und die hat ja verschiedene Dimensionen – didaktische, technologische sowie aus Design- und Management-Sicht. Daher

werden wir uns auch im Rahmen der Learntec noch intensiver mit sorgfältig konzeptionierten Learning Journeys auseinandersetzen. Es werden vermehrt neue technologische Möglichkeiten wie Extended Reality und KI zum Tragen kommen. Die Vielfalt an Lernangeboten nimmt zu – inhaltlich wie didaktisch. Neben kuratiertem Content – in kurzen aber auch längeren Formaten – wird es mehr Offenheit für selbstorganisiertes, kollaboratives Lernen geben. Auch das Bewusstsein für qualitativ guten Content und das Bedürfnis nach User Generated Content nehmen zu.“

Die digitale Arbeitswelt erfordert nicht nur Technologien. Zum einen werden natürlich Menschen benötigt, welche die digitale Transformation mit Leben füllen und gestalten können. Dazu braucht es beispielsweise Data Scientists wie auch Soft- und Hardware-Experten. Mindestens genauso dringend werden Visionäre mit Innovationsgeist benötigt. Und da brauche es vor allem eine andere Haltung zum Leadership, führt Eichler aus. „Nicht umsonst gehören Future Skills zu den Fokusthemen der Learntec. Denn Digital Leadership ist keine Position, sondern eine Kompetenz. Hier muss Top-down und Bottom-up umgedacht werden und ungeachtet der Hierarchie Ideen vorangetrieben werden können. Und wir benötigen natürlich viel mehr E-Learning-Experten. Die Nachfrage nach hochwertiger Qualifizierung ist hier groß, um Learning by Doing mit fundiertem Know-how und neuen Kompetenzen zu ergänzen.“

Tanja Stopper ist Pressereferentin Bereich Kommunikation bei der Karlsruher Messe- und Kongress GmbH.

Zahlreiche Unternehmen bieten Lösungen und Dienstleistungen für den Public Sector an. Behalten Sie den Überblick und orientieren Sie sich bei Ihren Investitionsentscheidungen am IT-Guide von Kommune21. Die Marktübersicht finden Sie auch im Internet unter www.kommune21.de.

- E-Government 58
- CMS | Portale / Spezial-Software 59
- Finanzwesen / Schul-IT / E-Procurement / 60
- Geodaten-Management / Dokumenten-Management 61
- E-Formulare / Personalwesen / Inventarisierung /
RIS | Sitzungsmanagement / E-Partizipation 62
- IT-Security / IT-Infrastruktur / Breitband / Consulting 63
- Komplettlösungen 63-65

Anzeige

| | | | |
|-----|--|--|--|
| D-0 |  Ein Unternehmen der TELEPORT Gruppe | Govii UG (haftungsbeschränkt) Ansprechpartner: Michael Schmidt Herrenstraße 20 D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 773874-0 E-Mail: info@govii.de Internet: www.govii.de | Der Behördenbot Govii steht für moderne Kommunikation zwischen Verwaltung und Kunden. Er bedient sich bestehender Datenbestände und beantwortet Fragen zu behördlichen Themen, wie z.B. Personalausweis beantragen, Auto ummelden etc. Govii ergänzt Portale, Bürgerservice und Servicecenter. Govii ist modular aufgebaut und nutzt verfügbare (XÖV) Standards. |
| D-0 |  Ein Unternehmen der TELEPORT Gruppe | TSA Public Service GmbH Ansprechpartner: Thomas Patzelt Herrenstraße 20 D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 346 / 773874-0 E-Mail: info@tsa.de Internet: www.tsa.de | TSA ist Ihr Partner für Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung. Bund, Länder, Kommunen und Dienstleister setzen auf unsere Lösungen und Know-how rund um Zuständigkeitsfinder, Bürgerservice, Servicecenter/115, Ideen- und Beschwerdemanagement, Integration von Verwaltungsdaten, 115-Datenbereitstellung und OZG-Umsetzung. |
| D-0 |  PORTALLÖSUNGEN | brain-SCC GmbH Ansprechpartner: Sirko Scheffler Fritz-Haber-Str. 9 D-06217 Merseburg Telefon: +49 (0) 3461 / 25 99 510 Fax: +49 (0) 3461 / 25 99 511 E-Mail: info@brain-scc.de Internet: www.brain-scc.de | Die brain-SCC GmbH verfügt über umfassende Kompetenzen bei der Entwicklung und Betreuung von Portallösungen der öffentlichen Hand. Gestalten Sie Ihr Verwaltungs- und Geoportal mit dem leicht bedienbaren Content-Management-System brain-GeoCMS®, individuellem Design und zahlreichen Servicemodulen zur OZG-Umsetzung – nutzerorientiert und bürgernah. |
| D-2 |  Governikus KG | Governikus GmbH & Co. KG Hochschulring 4 D-28359 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 204 95-0 Telefax: +49 (0) 421 / 204 95-11 E-Mail: kontakt@governikus.de Internet: www.governikus.de | Digitale Souveränität in einer komplex vernetzten Welt! Mit sicheren und innovativen IT-Lösungen sorgen ca. 200 engagierte Mitarbeiter:innen für den Schutz personenbezogener Daten. Sichere Identitäten, vertrauliche und rechtssichere Kommunikation sowie der Umgang mit schützenswerten Daten stehen hierbei im Vordergrund. |
| D-4 |  Unternehmensgruppe | ITEBO GmbH Dielingerstraße 39/40 D-49074 Osnabrück Telefon: +49 (0) 541 / 9631-0 Fax: +49 (0) 541 / 9631-196 E-Mail: info@itebo.de Internet: www.itebo.de | Die ITEBO-Unternehmensgruppe ist Ihr Dienstleister für Kommunen und Kirchen. Wir bieten kompetente Prozess- und Organisationsberatung sowie die Vernetzung von Fachverfahren und Onlinediensten im Bürgerportal. Fundierte Basisdienste im Bereich der IT-Sicherheit, des Datenschutzes und unser ITIL konformes Rechenzentrum runden unser Portfolio ab. |
| D-7 |  cit | cit GmbH Ansprechpartner: Andreas Mühl Kirchheimer Straße 205 D-73265 Dettingen/Teck Telefon: +49 (0) 70 21 / 95 08 58-0 Fax: +49 (0) 70 21 / 95 08 58-9 E-Mail: vertrieb@cit.de Internet: www.cit.de | cit intelliForm® – die Produktlinie mit Komponenten zur Erstellung von elektronischen Formularen und intelligenten Ausfüllassistenten, Formularmanagement sowie eine modellbasierte Entwicklungsumgebung für formularbasierte Workflows ist in vielen Bundesländern auf landes- und kommunaler Ebene im Einsatz. |
| D-7 |  Form Solutions | Form-Solutions GmbH Ansprechpartner: Matthias Eisenblätter Bahnhofstraße 10 D-76137 Karlsruhe Telefon: +49 (0) 721 / 754055-0 Fax: +49 (0) 721 / 754055-17 E-Mail: info@form-solutions.de Internet: www.form-solutions.de | Neben einem umfassenden Sortiment rechtssicherer Antragsassistenten können im Handumdrehen eigene Webapplikationen mit intelligenter Verfahrenslogik selbst erstellt und medienbruchfrei in die behördliche Umgebung integriert werden. Bundesweit nutzen über 2.200 behördliche Kunden das Antragsmanagement 4.0. |
| D-8 |  Public Services | S-Public Services GmbH Hauptstraße 27 a D-88699 Frickingen Telefon: +49 (0) 7554 / 97090-00 Fax: +49 (0) 7554 / 97090-09 E-Mail: info@s-publicservices.de Internet: www.s-publicservices.de | S-Public Services ist als Kompetenzzentrum E-Government der Sparkassen-Finanzgruppe erster Ansprechpartner für die öffentliche Hand sowie kommunalnahen Organisationen und Unternehmen. Mit Plug'n'Play-Lösungen rund um Payment-Services helfen wir gemeinsam mit den Sparkassen vor Ort bei der digitalen Transformation unterschiedlichster Bürgerservices. |

E-Government

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. +49 (0) 7071.855-6770.

| | | | |
|-----|--|--|---|
| D-2 |  DAS KOMMUNALE CMS iKISS | ADVANTIC GMBH Ansprechpartnerin: Katrin Wiese-Dohse Vierhörn 2 a-b D-23556 Lübeck Telefon: +49 (0) 451 / 6 09 72-0 Fax: +49 (0) 451 / 6 09 72-20 E-Mail: info@advantic.de Internet: www.advantic.de | Ob BITV oder OZG: Mit dem kommunalen CMS iKISS von Advantic ist Ihre Verwaltung bestens gerüstet. Advantic betreut über 350 kommunale Kunden – darunter jeden 5. Landkreis – in mehr als 700 Projekten. Profitieren auch Sie von der langjährigen Erfahrung, flexiblen Lösungen für Internet und Intranet und dem erstklassigen Kundenservice. |
| D-2 |  | ProCampaign® c/o Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@procampaign.de Internet: www.procampaign.de/kommune | Bürger-Online-Formular-Management und Tourismus-/Bürger-Kommunikation sind die typischen Anwendungsfelder für die EuroPriSe-zertifizierte SaaS Private Cloud-Lösung ProCampaign®. Die DSGVO-konforme Automatisierung von digitalen Prozessen birgt Potentiale echte Effizienzsteigerung und hilft, Prozesse zu standardisieren und dabei die Kosten im Griff zu halten. |
| D-3 |  | NOLIS GmbH Ansprechpartner: Uwe Warnecke Celler Straße 53 D-31582 Nienburg/Weser Telefon: +49 (0) 5021 / 88 77 555 Fax: +49 (0) 5021 / 88 77 599 E-Mail: info@nolis.de Internet: www.nolis.de | Bundesweit vertrauen Kommunen auf E-Government-Lösungen von NOLIS. Kompetente Ansprechpartner helfen bei allen Aufgaben rund um Stadt- und Serviceportal, CMS und Online-Services. Fachverfahren wie Bewerbermanagement, Kita-Platzvergabe, Web-GIS, Bürgertipps und viele weitere sind für den Einsatz in Kommunalverwaltungen optimiert. |
| D-4 |  | Sitepark Gesellschaft für Informationsmanagement mbH Ansprechpartner: Thorsten Liebold Neubrückerstraße 8-11, D-48143 Münster Telefon: +49 (0) 251 / 48 26 55-0 Fax: +49 (0) 251 / 4 82 65-55 Internet: www.sitepark.com | Wissens- und Contentmanagement für Internet, Intranet, Bürgerbüro und D115. Fachanwendungen für die Virtuelle Verwaltung, Geschäftsverteilungsplan, Helpdesk Ticket System, internes Telefonbuch, Presseservice. Partnerprogramm für KRZs. Top-Referenzen: Landesverwaltung Saarland, Saarbrücken, Wiesbaden, Hannover, Dresden, Wuppertal, Duisburg, Bottrop. |
| D-7 |  | SEITENBAU GmbH Ansprechpartner: Dominik Kraus Seilerstraße 7 D-78467 Konstanz Telefon: +49 (0) 75 31 / 3 65 98-00 Fax: +49 (0) 75 31 / 3 65 98-11 E-Mail: kraus@seitenbau.com Internet: www.seitenbau.com | SEITENBAU unterstützt die digitale Transformation des öffentlichen Sektors seit 20 Jahren mit hochwertigen kundenspezifischen Softwarelösungen. Wir bieten unseren Kunden Konzeption, technische Realisierung und sicheren Betrieb von E-Government-Fachanwendungen, Verwaltungsportalen, Social Intranets und Mobilanwendungen für die moderne Verwaltung. |
| D-3 |  | KDN.sozial Eigenbetriebsähnliche Einrichtung des KDN Technologiepark 14 D-33100 Paderborn Telefon: +49 (0) 5251 / 132-2241 Fax: +49 (0) 5251 / 132-272241 E-Mail: info@kdn-sozial.de Internet: www.akdn-sozial.de | Seit über 40 Jahren sind wir einer der führenden Anbieter von Software für Sozial- und Jugendämter sowie Jobcenter. Wir unterstützen die ganzheitliche Sachbearbeitung bei der Berechnung und Zahlung von Sozialleistungen und beim Fallmanagement. Zudem bieten wir eine Office-Integration sowie die Anbindung für Finanz-, Einwohnermelde- oder Dokumentenmanagementsysteme. |
| D-3 |  | Barthauer Software GmbH Pillastraße 1a D-38126 Braunschweig Telefon: +49 (0) 531 / 23533-0 Fax: +49 (0) 531 / 23533-99 E-Mail: info@barthauer.de Internet: www.barthauer.de | Ressourcen bündeln, Effizienz steigern und damit Kosten minimieren: Wir bieten innovative Lösungen für das Infrastrukturmanagement von Ver- und Entsorgungsnetzen. Grundlage ist eine ganzheitliche Datenbankstruktur für die Planung, Verwaltung, Betriebsführung und Instandhaltung von Wasser, Abwasser, Gas, Kabel, Straße und weitere Infrastrukturanlagen. |
| D-7 |  | AIDA ORGA GmbH Ansprechpartnerin: Sonia Welter Gültlinger Straße 3/1 D-75391 Gechingen Telefon: +49 (0) 7056 / 9295-0 Fax: +49 (0) 7056 / 9295-29 E-Mail: info@aida-orga.de Internet: www.aida-orga.de | AIDA ORGA bietet für kommunale Einrichtungen modulare, paßgenau abgestimmte Lösungen zur Zeitwirtschaft, Personaleinsatzplanung, Zutrittsberechtigung etc., sowie Bauhoflösungen mit bedarfsgerechten Anwendungen zur Produktzeiterfassung gemäß NKf/NKfR oder Arbeits- und Leistungserfassung im Bauhof mit Maschinen und Fahrzeugen. |
| D-8 |  | G&W Software AG Ansprechpartner: André Steffin Rosenheimer Straße 141 h D-81671 München Telefon: +49 (0) 89 / 5 15 06-4 Fax: +49 (0) 89 / 5 15 06-999 E-Mail: info@gw-software.de Internet: www.gw-software.de | CALIFORNIA von G&W – Ihre Software zur Optimierung der Prozesse und Kosten von Bau und Unterhalt in Kommunen und kommunalen Eigenbetrieben im NKf mit den Schwerpunkten Kostenplanung, AVA, Baucontrolling, Zeitvertragsarbeiten. Kosten senken durch integriertes Baumanagement. Kostenoptimierung bei und mit Rahmenverträgen. |
| D-9 |  | LogoData ERFURT GmbH Ansprechpartner: Steve Purrotat Maximilian-Welsch-Straße 4 D-99084 Erfurt Telefon: +49 (0) 361 / 5661222 Fax: +49 (0) 361 / 5661223 E-Mail: info@logodata.de Internet: www.logodata.de | Neue WEB-Lösungen für Amtsvormundschaften, UVG u. unbegleitete minderjährige Ausländer sowie für Sozialen Dienst, Hilfeplanung, Genogramme, Kindeswohlgefährdung, Wirtschaftl. JH, Controlling, Kostenheranziehung, JGH, PKD, Tagespflege, KITA, Beistandschaften, Unterhaltsberechnung, Beurkundung als plattformunabhängige Jugendamt-Komplettlösung. |

| | | | | |
|-----|---|---|--|---------------|
| D-0 |  | Saxess AG Ansprechpartner: Matthias Lehmann Grassistraße 12 D-04107 Leipzig Telefon: +49 (0) 341 / 355 238-0 E-Mail: fidas@saxess-ag.de Internet: www.saxess-ag.de | Webbasiertes Beteiligungsmanagement mit Fokus auf zentrale Verwaltung von Stamm- und Finanzdaten, Beteiligungscontrolling und Mandatsträgerbetreuung. Die Fachanwendung fidas wird deutschlandweit in Kommunen aller Größen eingesetzt und entlastet u.a. durch den Beteiligungsbericht auf Knopfdruck und den automatischen Import von Finanzdaten. | Finanzwesen |
| D-2 |  | xSuite Group GmbH Ansprechpartner: Torge Link Hamburger Straße 12 D-22926 Ahrensburg Telefon: +49 (0) 4102 / 8838-25 E-Mail: info@xsuite.com Internet: www.xsuite.com | Als Softwarehersteller der SAP-zertifizierten xSuite® bieten wir für Kommunen und Kernverwaltungen eine standardisierte, SAP-integrierte Lösung zur Rechnungseingangsverarbeitung. Angesprochen werden die SAP-Module FI, MM, PSM sowie PSCD und der DZ-Kommunalmaster. Es erfolgt die Verarbeitung von eingehenden XRechnungen. | |
| D-4 |  | ab-data GmbH & Co. KG Kommunale Systemlösungen Friedrichstraße 55 D-42551 Velbert Telefon: +49 (0) 2051 / 944-0 Fax: +49 (0) 2051 / 944-288 E-Mail: info@ab-data.de Internet: www.ab-data.de | ab-data bietet als Marktführer webbasierter Finanzsoftware für Kommunen zukunfts- und investitionssichere Qualitätsprodukte an. Hierzu zählen auch webbasierte Systemlösungen und Services. Das ab-data Finanzwesen wird in allen Flächenbundesländern erfolgreich von Kleinstverwaltungen bis zu Landeshauptstädten eingesetzt. | |
| D-2 |  | Cloud I X c/o Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@cloudix.de Internet: www.cloudix.de/kommune | Cloud I X bietet als zertifizierter Dienstleister führende SaaS-Lösungen. Eigene Videokonferenzen auf JITS Meet Basis, verschlüsselte Matrix + Element Messaging-Dienste und Nextcloud stehen zur Miete in ISO 27001-zertifizierten und KRITIS-konformen Rechenzentren in Bremen zur Verfügung. Compliance-konform sind alle Managed Server mit notwendigen AV-Verträge ausgestattet. | |
| D-3 |  | H+H Software GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Inf. Michael Etscheid Maschmühlenweg 8-10, D-37073 Göttingen Telefon: +49 (0) 551 / 52208-0 Fax: +49 (0) 551 / 52208-25 E-Mail: info@hh-software.com Internet: www.hh-software.com www.netmanforschools.de | Als IT-Dienstleister und Softwarehersteller begleiten wir Bildungseinrichtungen seit über 30 Jahren auf ihrem Weg in die Digitalisierung. Unsere Schul-IT Lösung NetMan for Schools gewährleistet den sicheren IT-Betrieb im Schulnetz sowie einen verlässlichen Unterricht mit digitalen Medien. Wir betreuen Schulen von der Projektplanung über die Installation bis zum täglichen Betrieb. | Schul-IT |
| D-4 |  | KRAFT Network-Engineering GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Ing. Karsten Kraft Eintrachtstraße 95 D-45478 Mülheim-Ruhr Telefon: +49 (0) 208 / 46959-60 Fax: +49 (0) 208 / 46959-70 E-Mail: info@KNE.de Internet: www.KNE.de | Die KNE GmbH setzt Maßstäbe für eine erfolgreiche Schul-IT. Mit der innovativen Softwarelösung School@min und dem leistungsstarken Betriebskonzept kann jedes Schulnetz auch stadtweit kosteneffizient gemanagt werden. Die volle Abdeckung jedes administrativen und pädagogischen Anforderungsprofils und die hohe Skalierbarkeit begeistern Anwender und Kostenträger. | |
| D-5 |  | AixConcept GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Kfm. Volker Jürgens Wallonischer Ring 37 D-52222 Stolberg Telefon: +49 (0) 2402 / 38941-0 Fax: +49 (0) 2402 / 38941-30 E-Mail: info@aixconcept.de Internet: www.aixconcept.de | AixConcept liefert als Experte für digitale Bildung schlüsselfertige IT-Lösungen für Schulen. Mehr als 1.900 Institutionen erhalten Beratung, Konzeption und Umsetzung aus einer Hand. Aus der Zentrale in Stolberg bei Aachen und mit Partnern sorgt AixConcept deutschlandweit für den reibungslosen Betrieb der Schul-Netzwerke. | |
| D-1 |  | DTVP Deutsches Vergabeportal GmbH Ansprechpartner: Lucas Spänhoff Sickingenstraße 70 D-10553 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 374343-810 Fax: +49 (0) 30 / 374343-822 E-Mail: vergabestellen@dtvp.de Internet: www.dtvp.de | DTVP bietet eine umfassende E-Vergabe-Lösung für Vergabestellen und unterstützt diese bei der elektronischen Durchführung von Vergabeverfahren. Neben einem breiten Funktionsumfang und offenen Schnittstellen liegen die Besonderheiten des Portals u.a. in der intuitiven Benutzerführung, die ohne Einführungsprojekte verständlich ist. | E-Procurement |
| D-5 |  | subreport Verlag Schawe GmbH Ansprechpartnerin: Daniela Hammami Buchforststraße 1-15 D-51101 Köln Telefon: +49 (0) 221 / 985 78-28 Fax: +49 (0) 221 / 985 78-66 E-Mail: daniela.hammami@subreport.de Internet: www.subreportCAMPUS.de | subreport-Kunden greifen auf 98% aller öffentlichen Aufträge zu. subreport ELViS ist seit 2001 die eVergabe-Plattform mit über 75.000 Bietern, die ohne Schulungsaufwand sofort einsetzbar ist, anwenderfreundlich und selbsterklärend. Auf subreport CAMPUS tauschen Auftraggeber u.a. Erfahrungen aus, der Lieferantenpool vernetzt Auftraggeber und Unternehmen. | |
| D-7 |  | TEK-Service AG Ansprechpartnerin: Monika Schmidt Eisenbahnstraße 10 D-79541 Lörrach Telefon: +49 (0) 7621 / 914040 Fax: +49 (0) 7621 / 9140429 E-Mail: schmidt@tek-service.de Internet: www.tek-service.de | TEK-Service AG ist das inhabergeführte Dienstleistungsunternehmen für E-Einkauf. Seit 2000 arbeiten wir bundesweit für Verwaltungen und Organisationen. Als lieferantenneutraler Dienstleister bieten wir webbasierende Technologie, umfassende Services, Helpdesk sowie branchenspezifische Beratung und Begleitung im operativen Tagesgeschäft des Einkaufs. | |

Geodaten-Management • Dokumenten-Management

| | | | |
|-----|---|---|-----------------------|
| D-4 |  <p>GIS Consult GmbH Schuldenbusch 3 D-45721 Haltern am See Telefon: +49 (0) 2364 / 9218-11 Fax: +49 (0) 2364 / 9218-72 E-Mail: info@gis-consult.de Internet: www.gis-consult.de</p> | GIS Consult ist Ihr Partner für anspruchsvolle GIS- und Datenbankprojekte, mit Standorten in Haltern am See und Erfurt. Mit Produkten im Infrastrukturmanagement, wie Straßen-, Baum-, Grün-, Spielplatzkataster auf Basis des WebGIS OSIRIS, bieten wir bis zu Portallösungen ein ganzheitliches Portfolio. | Geodaten-Management |
| D-4 |  <p>con terra GmbH Martin-Luther-King-Weg 20 D-48155 Münster Telefon: +49 (0) 251 / 59689 300 Fax: +49 (0) 251 / 590 697 05 E-Mail: info@conterra.de Internet: www.conterra.de</p> | con terra unterstützt Kommunen und Behörden mit geobasierten Lösungen auf dem Weg in die digitale Zukunft. Mit Informationsportalen, Partizipationsangeboten und aufgabenzentrierten Apps sowie einer zukunftssicheren Infrastruktur sorgen wir für Erkenntnisgewinn, Transparenz und zufriedene Nutzer. | |
| D-0 |  <p>LCS Computer Service GmbH Gartenstraße 45 D-04936 Schlieben Telefon: +49 (0) 35361 / 350-300 Fax: +49 (0) 35361 / 350-100 E-Mail: egov@lcs-schlieben.de Internet: www.winyard.de</p> | Die zertifizierte WINYARD Suite vereint Dokumenten-, Workflow- u. Identifikationsmanagement. Sie optimiert innerbetriebliche Prozesse u. reduziert Fehlerquoten. Zur Erfass-, Klassifizier- u. Bearbeitung von Dokumenten stehen zahlreiche Möglichkeiten zur Verfügung. Sie gewährt alle Funktionen der revisionssicheren Aufbewahrung. | Dokumenten-Management |
| D-3 |  <p>OPTIMAL SYSTEMS Vertriebsgesellschaft mbH Hannover Ansprechpartner: Jörg Huesmann Wöhlerstraße 42, D-30163 Hannover Telefon: +49 (0) 511 / 123315-0 Fax: +49 (0) 511 / 123315-222 E-Mail: hannover@optimal-systems.de Internet: www.optimal-systems.de/hannover</p> | Die Verwaltungseffizienz zu steigern ist das Ziel und das Versprechen von OPTIMAL SYSTEMS. Mit der ECM-Suite enaio® erfüllt das Unternehmen nahezu alle Anforderungen moderner Verwaltungen und bietet u. a. Landkreisen, kreisfreien Städten, kreisangehörigen Gemeinden, Kirchen und Stiftungen eine solide Basis für ein ganzheitliches Informationsmanagement. | |
| D-3 |  <p>Ceyoniq Technology GmbH Ansprechpartner: Alexander Dörner Boulevard 9 D-33613 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 9318-1000 Fax: +49 (0) 521 / 9318-1111 E-Mail: eGov@ceyoniq.com Internet: www.ceyoniq.com</p> | Seit über 25 Jahren ermöglicht die Ceyoniq Technology GmbH als Spezialist für ECM Unternehmen und Verwaltungen einen einfachen und sicheren Umgang mit Informationen – durch digitale Lösungen, die Prozesse beschleunigen und optimieren. nscale eGov deckt von einem E-Akte-Basisdienst bis zur Schriftgutverwaltung alle Anforderungen der öffentlichen Verwaltung ab. | Dokumenten-Management |
| D-4 |  <p>Materna Information & Communications SE Ansprechpartnerin: Andrea Siwek-Schmidt Voßkuhle 37 D-44141 Dortmund Telefon: +49 (0) 231 / 55 99-82 92 Fax: +49 (0) 231 / 55 99-9 82 92 E-Mail: Andrea.Siwec-Schmidt@materna.de Internet: www.materna.de</p> | IT-Dienstleister für den Public Sector seit fast 40 Jahren. Unser Portfolio für die digitale Transformation der Verwaltung umfasst umfangreiche Beratung und zahlreiche Lösungsbausteine für die medienbruchfreie Prozessgestaltung in der Kommunikation mit Bürgern und Unternehmen sowie für die zeitgemäße E-Verwaltungsarbeit. | |
| D-4 |  <p>codia Software GmbH Edisonstraße 2 D-49716 Meppen Telefon: +49 (0) 59 31/93 98-0 Fax: +49 (0) 59 31/93 98 25 E-Mail: info@codia.de Internet: www.codia.de</p> | Die codia Software GmbH ist ein im eGovernment-Bereich spezialisierter Anbieter von DMS-Lösungen mit fachverfahrensspezifischen Anbindungen für die öffentliche Verwaltung. Die eingesetzten d.gov I Lösungen werden auf Basis des d.3ecms der d.velop AG realisiert und basieren auf dem Organisationskonzept „Elektronische Verwaltungsarbeit“. | Dokumenten-Management |
| D-7 |  <p>comundus regisafe GmbH Ansprechpartnerin: Katja Benkenstein Heerstraße 111 D-71332 Waiblingen Telefon: +49 (0) 7151 / 96528-233 Fax: +49 (0) 7151 / 96528-999 E-Mail: k.benkenstein@regisafe.de Internet: www.regisafe.de</p> | E-Government leicht gemacht – mit regisafe. Von Verwaltungsexperten entwickelt, bietet das DMS regisafe maßgeschneiderte Lösungen. Einführung der E-Akte, Anbindung von Fachverfahren, smarte Workflows, Ratsinformation, Onlineportale uvm. Wir begleiten öffentliche Verwaltungen ins digitale Zeitalter. | |
| D-7 |  <p>GELAS Gesellschaft für elektronische Archivierungssysteme mbH Anton-Schmidt-Straße 3, D-71332 Waiblingen Telefon: +49 (0) 7151 / 9534-0 Fax: +49 (0) 7151 / 9534-1 E-Mail: info@gelas.de Internet: www.gelas.de</p> | Seit 30 Jahren ist Questys ein zuverlässiger Partner der öffentlichen Verwaltung. In weit über 100 Städten und Kommunen ist Questys ein etablierter Standard für vollelektronische Archivierung im DMS. Questys sorgt für einen optimalen Verwaltungsablauf in allen Ämtern, für alle Finanzwesen mit Zugriff auch aus der Cloud. | Dokumenten-Management |
| D-9 |  <p>PDV GmbH Haarbergstraße 73 D-99097 Erfurt Telefon: +49 (0) 361 / 4407-100 Fax: +49 (0) 361 / 4407-299 Internet: www.pdv.de/kontakt</p> | Die PDV GmbH zählt zu den leistungsstärksten ECM-Herstellern & Service-Anbietern in Deutschland. Zu den Kunden zählen Verwaltungen auf Bundes- und Landesebene, Steuer- und Finanzbehörden, Kirchen und Wohlfahrtsunternehmen, Städte und Kommunen, Gerichte, Staatsanwaltschaften, Polizei, aber auch privatwirtschaftliche Unternehmen. | |

| | | | | |
|-----|---|---|---|--------------------------|
| D-7 |  <p>DSV Service Vielfalt. Dynamik. Qualität.</p> | <p>DSV Service GmbH Ansprechpartnerin: Vera Knoop Am Wallgraben 115 D-70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 782 129-00 E-Mail: vera.knoop@dsv-service.de Internet: www.dsv-service.de</p> | <p>Die DSV Service GmbH ist Full-Service-Dienstleister für Formularanwendungen und bietet Kommunalverwaltungen und Landesbehörden einen breiten Katalog an Online-Formularen für die OZG-Umsetzung und andere E-Government-Vorhaben. Als Tochter des Deutschen Sparkassenverlags unterstützt sie mehr als 370 Sparkassen und Landesbanken.</p> | E-Formulare |
| D-7 |  <p>Kohlhammer</p> | <p>W. Kohlhammer Deutscher Gemeindeverlag GmbH Heßbrühlstraße 69, D-70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 78 63-73 55 Fax: +49 (0) 711 / 78 63-84 00 E-Mail: dgy@kohlhammer.de Internet: www.kohlhammer.de</p> | <p>Der Kohlhammer Formularserver KoFoS ist eine zukunftsorientierte Lösung für das eGovernment. KoFoS erfüllt die hohen Anforderungen des Media@Komm-Projektes und stellt Ihnen damit, in Verbindung mit unseren aktuellen und rechtssicheren Formularen, eine zuverlässige technologische Lösung zur Verfügung.</p> | E-Formulare |
| D-2 |  <p>rexx systems</p> | <p>rexx systems GmbH Ansprechpartner: Florian Walzer Süderstraße 75-79 D-20097 Hamburg Telefon: +49 (0) 40 / 890080-0 Fax: +49 (0) 40 / 890080-120 E-Mail: info@rexx-systems.com Internet: www.rexx-systems.com</p> | <p>rexx systems bietet Software-Lösungen in den Bereichen Recruiting, Talent Management sowie Human Resources und überzeugt als ganzheitlicher Lösungsanbieter durch herausragende Effizienzsteigerung und zuverlässige Technik. Die einfach zu bedienende, hochskalierbare Software ist für Kunden jeder Größe und Branche geeignet.</p> | Personalwesen |
| D-3 |  <p>NOLIS</p> | <p>NOLIS GmbH Ansprechpartner: Uwe Warnecke Celler Straße 53 D-31582 Nienburg/Weser Telefon: +49 (0) 5021 / 88 77 555 Fax: +49 (0) 5021 / 88 77 599 E-Mail: info@nolis.de Internet: www.nolis.de</p> | <p>NOLIS Recruiting ist eine komfortable Bewerbungsmanagement-Lösung mit zahlreichen speziell auf die öffentliche Verwaltung abgestimmten Features. Mit Schnittstellen zu relevanten Stellenbörsen, CV-Parsing und einem individuellen Karriereportal wirken Sie dem Fachkräftemangel clever entgegen.</p> | Personalwesen |
| D-7 |  <p>MHM MHM-HR.COM</p> | <p>MHM HR // MHM-Systemhaus GmbH Ansprechpartner: Steffen Michel Presselstraße 25 a D-70191 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 120 909-31 Fax: +49 (0) 711 / 120 909-11 E-Mail: welcome@mhm-hr.com Internet: www.mhm-hr.com</p> | <p>MHM HR entwickelt Bewerbermanagement-Software für Profis. Mit MHM eRECRUITING können öffentliche Auftraggeber ihre Bewerbungen intelligent managen. Integrierte Zusatzfunktionen wie MHM MULTIPOSTING mit HR-ANALYTICS, CV-Parsing, FIRSTBIRD (Mitarbeiter-Empfehlungsprogramm) und diagnostische Testverfahren ergänzen das Angebot von MHM HR.</p> | Personalwesen |
| D-5 |  <p>hallo Kai! Kann alles inventarisieren</p> | <p>hallobtf! gmbh Ansprechpartnerin: Yvonne Paris Breite Straße 28-30 D-50667 Köln Telefon: +49 (0) 221 / 977 608-0 Fax: +49 (0) 221 / 977 608-20 E-Mail: info@hallobtf.de Internet: www.hallobtf.de</p> | <p>Kai: Marktstandard für die kommunale Inventarisierung. In mehr als 500 öffentlichen Verwaltungen im Einsatz. Erstfassung und laufende Bestandsführung im perfekten Zusammenspiel mit dem Anlagenbuch (u.a. SAP, INFOMA). Revisions sichere Inventur-Planung und Durchführung. Frei konfigurierbare Datenfelder. Barcode. Mobile Erfassung.</p> | Inventarisierung |
| D-2 |  <p>CC e-gov GmbH www.cc-egov.de</p> | <p>CC e-gov GmbH Ansprechpartner: Kurt Hühnerfuß Tempowerkring 7 D-21079 Hamburg Telefon: +49 (0) 40 / 2271 99-0 Fax: +49 (0) 40 / 2271 99-71 E-Mail: info@cc-egov.de Internet: www.cc-egov.de</p> | <p>ALLRIS – Sitzungsmanagement der Premiumklasse. Sitzungsdienst, Gremieninformation und -kooperation, Bürgerbeteiligung. Komplettlösung inkl. Webhosting aus einer Hand. CC ECM – E-Akte, Workflow und Archiv für die ganze Verwaltung. Integration von Fachverfahren und Bürossoftware. Ihr Partner vom Konzept bis zur Umsetzung.</p> | Sitzungsmanagement |
| D-3 |  <p>STERNBERG Sitzungsmanagement</p> | <p>STERNBERG Software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Jan-Christopher Reuscher Kerkmannstraße 1 D-33729 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 97700 0 Fax: +49 (0) 521 / 97700 99 E-Mail: info@sternberg24.de Internet: www.sitzungsdienst.net</p> | <p>STERNBERG bietet mit seinem Sitzungsmanagement SD.NET, dem Gremieninfosystem SD.NET RIM und den RICH SitzungsApps für iOS, Android und Windows eine Lösung für die digitale Verwaltungs- und Gremienarbeit. In Politik, Wirtschaft und Bildung arbeiten Sie so plattformübergreifend, nutzen Informationen gemeinsam und optimieren zahlreiche Prozesse.</p> | RIS Sitzungsmanagement |
| D-5 |  <p>more! software mehr leistung • mehr service • mehr mensch</p> | <p>more! software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Dipl. Inf. Thomas Franz Aubachstraße 30 D-56410 Montabaur Telefon: +49 (0) 2602 / 838870 E-Mail: vertrieb@more-rubin.de Internet: www.more-rubin.de</p> | <p>more! rubin - Sitzungsmanagement und Gremieninfo - mobil, digital, sicher. Die professionelle Lösung für Sitzungsmanagement aus einer Hand. Langjährige Erfahrung im Bereich der digitalen Gremienentscheidungen und der schnellen, papierlosen Gremienkommunikation.</p> | Sitzungsmanagement |
| D-6 |  <p>WER DENKT WAS</p> | <p>wer denkt was GmbH Ansprechpartner: Dr. Tobias Klug Robert-Bosch-Straße 7 D-64293 Darmstadt Telefon: +49 (0) 6151 / 6291550 Fax: +49 (0) 6151 / 6291551 E-Mail: kontakt@werdenktwas.de Internet: www.werdenktwas.de</p> | <p>Die wer denkt was GmbH bietet umfassendes Know-How aus Forschung und Praxis für Ihre erfolgreiche digitale Bürgerbeteiligung. Wir begleiten kleine und große Kommunen u.a. mit dem Mängelmelder, Bürgerbefragungen, Ideenkarten, Leitlinien, Vorhabenlisten und individuellen Lösungen. Referenzen: Bremen, Heidelberg, Wuppertal, Friedrichshafen, Bad Homburg.</p> | E-Partizipation |

| | | | | |
|-----|---|---|--|------------------|
| D-3 |  | Net at Work GmbH Ansprechpartnerin: Aysel Nixdorf Am Hoppenhof 32A D-33104 Paderborn Telefon: +49 (0) 5251 / 304 600 E-Mail: aysel.nixdorf@netatwork.de Internet: www.nospamproxy.de | NoSpamProxy von Net at Work ist eine umfassende Lösung für sichere E-Mail-Kommunikation ‚Made in Germany‘. Sie schützt besonders zuverlässig vor Spam, Malware und anderen Cyber-Bedrohungen, bietet eine praxistaugliche und rechtskonforme E-Mail-Verschlüsselung und wurde wiederholt zum benutzerfreundlichsten Produkt ausgezeichnet. | IT-Security |
| D-9 |  | NCP engineering GmbH Ansprechpartner: Bernd Nüßlein Dombühler Straße 2 D-90449 Nürnberg Telefon: +49 (0) 911 / 9968-0 Fax: +49 (0) 911 / 9968-299 E-Mail: info@ncp-e.com Internet: www.ncp-e.com | NCP entwickelt seit über 30 Jahren universelle Software für die einfache und sichere Vernetzung von Endgeräten und Systemen über öffentliche Netze. Um Digitalisierungsinitiativen voranzutreiben, nutzen viele Ministerien und Verwaltungseinrichtungen NCP-Produkte (teils mit BSI Zulassung) u.a. für flexible Homeoffice-Anbindung. | IT-Infrastruktur |
| D-2 |  | ColocationIX GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@colocationix.de Internet: www.colocationix.de/kommune | Nach EN50600 Klasse 4 designt, mit Grünstrom betrieben und mit Geothermie gekühlt ist ColocationIX Deutschlands innovativstes Rechenzentrum für den Public Sector und KRITIS. Außerdem: ISO 27001 ISMS, Sauerstoff-Reduktion, 3-fach-Zutrittskontrolle, Anbindungen mit mehr als 2.000 Peers und Direktverbindungen zu DECIX, AMSIX und LINX. | Breitband |
| D-1 |  | DNS:NET Internet Service GmbH Zimmerstraße 23 D-10969 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 66765-0 Fax: +49 (0) 30 / 66765-499 E-Mail: info@dns-net.de Internet: www.dns-net.de | DNS:NET als Experte für Breitbandausbau und Betreiber von Glasferringen investiert gezielt in unterversorgte Regionen und baut eigene Netzinfrastrukturen für HighSpeedInternet auf. Dabei wird auf regionale Kooperation gesetzt, Kommunen und Städte werden zukunftssicher mit Glasfaser erschlossen. Kontakt für Anfragen von Kommunen: glasfaserausbau@dns-net.de | IT-Infrastruktur |
| D-3 |  | goetel GmbH Tüchmacherweg 8 D-37079 Göttingen Telefon: +49 (0) 551 / 384 88 0 Fax: +49 (0) 551 / 385 88 88 Hotline: +49 (0) 551 / 384 55555 E-Mail: info@goetel.de Website: www.goetel.de | Als regionaler Carrier versorgt die goetel GmbH seit 1998 private und Geschäftskunden aus Göttingen / Umgebung mit Tel. – und Internetprodukten versch. Bandbreiten. Durch den Ausbau des eigenen Netzes erweitert goetel kontinuierlich das Angebot und hat sich auf die Erschließung des ländlichen Raumes mit Glasfaserinfrastruktur spezialisiert. | IT-Infrastruktur |
| D-2 |  | Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@consultix.net Internet: www.consultix.de/kommune | Digitale Transformation, Beratung und Betriebskonzepte für IT, webbasierte Kommunikation und zentrales Online-Formular-Management. ISO 27001/27018 und EuroPriSe-zertifizierte Plattformlösungen für das Management personenbezogener Daten. Rechtssicherheit und Compliance-Konformität aller bürgerzentrierten Lösungen dank eigener Rechenzentren in Deutschland. | Consulting |
| D-0 |  | Lecos GmbH Ansprechpartner: Peter Kühne Prager Straße 8 D-04103 Leipzig Telefon: +49 (0) 341 / 2538-0 Fax: +49 (0) 341 / 2538-100 E-Mail: info@lecos.de Internet: www.lecos.de | Die Lecos GmbH ist ein BSI-zertifiziertes Beratungs- und Dienstleistungsunternehmen für den Einsatz von Informationstechnologien im kommunalen Umfeld. Wir unterstützen unsere Kunden seit 2001 bei der Gestaltung moderner Verwaltungsprozesse – von der strategischen IT- und Organisationsberatung bis hin zu operativen Rechenzentrums- und IT-Leistungen. | Komplettlösungen |
| D-0 |  | procilon IT-Logistics GmbH Ansprechpartner: Andreas Liefeth Leipziger Straße 110 D-04425 Taucha bei Leipzig Telefon: +49 (0) 34298 / 4878-10 Fax: +49 (0) 341 / 2538-11 E-Mail: info@procilon.de Internet: www.procilon.de | proGOV VPS – Die intelligente Middleware für den Öffentlichen Dienst – Sichere Kommunikation als virtuelle Poststelle (VPS) z.B. über OSCL, EGVP, De-Mail, autom. Archivbindung, Langzeitarchivierung gem. TR ESOR, Signatur, PKI, Fachverfahrensintegration, lückenlose Integration von Funktionalitäten des neuen Personalausweises – (nPA) in Online-Portale u.v.m. | Komplettlösungen |
| D-1 |  | Telecomputer Gesellschaft für Datenverarbeitung mbH Ansprechpartnerin: Elke Wegener Alte Jakobstraße 79/80, D-10179 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 1210012-0 Fax: +49 (0) 30 / 1210012-99 E-Mail: info@telecomputer.de Internet: www.telecomputer.de | Seit über 40 Jahren Partner für Kommunen: Als einer der Marktführer im Bereich Verkehrswesen bieten wir flexible, zuverlässige IT- und eGovernment-Lösungen mit einem hohen Maß an Integration und Interoperabilität. Unser Service umfasst die Beratung, Entwicklung, Integration, Schulung, Pflege und den Support in verschiedenen Ausbaustufen. | IT-Infrastruktur |
| D-2 |  | MACH AG Ansprechpartner: Oliver Wunder Wielandstraße 14 D-23558 Lübeck Telefon: +49 (0) 451 / 70647-217 E-Mail: oliver.wunder@mach.de Internet: www.mach.de | Digitale Akten, Transparenz im Finanzhaushalt, effiziente Personalprozesse – die MACH AG unterstützt seit 1985 kommunale Verwaltungen bei Digitalisierungsvorhaben. Wir leben den Anspruch, digital zu denken und menschlich zu handeln. Mit Expertise und eigener Software stärken wir nachhaltig unsere Kunden – und damit Deutschland. | Komplettlösungen |

| | | | |
|-----|--|--|---|
| D-2 |  KDO IT für Kommunen | Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) Ansprechpartnerin: Tina Thüer Elsässer Straße 66, D-26121 Oldenburg Telefon: +49 (0) 441 / 9714-0 Fax: +49 (0) 441 / 9714-148 E-Mail: info@kdo.de Internet: www.kdo.de | Als größter kommunaler IT-Dienstleister in Niedersachsen deckt die KDO das gesamte Anforderungsprofil öffentlicher IT ab: Individual- und Standard-Fachanwendungen, Hosting und zentraler Betrieb, Cloud- und E-Government-Lösungen, Datenschutz und vieles mehr. Wir sind Kompetenzzentrum für Kommunen – seit über 45 Jahren! |
| D-3 |  GovConnect die IT-Spezialisten für Verwaltungen | GovConnect GmbH Jathostraße 11b, D-30163 Hannover Geschäftstelle Oldenburg Ansprechpartner: Jörn Bargfrede Nadorster Straße 228, D-26123 Oldenburg Telefon: +49 (0) 441 / 97353-0 E-Mail: info@govconnect.de Internet: www.govconnect.de | Die GovConnect GmbH unterstützt den öffentlichen Sektor kompetent und zuverlässig bei der Verwaltungsdigitalisierung. Das Produktportfolio umfasst u. a. Lösungen aus den Bereichen Ordnungswidrigkeiten, Online-Bezahlverfahren, Datenschutz, Hund & Halter sowie einen umfassenden Modulbaukasten zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes. |
| D-3 |  krz Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe | krz Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg / Lippe Ansprechpartner: Jörn Hoppmann Am Lindenhaus 19, D-32657 Lemgo Telefon: +49 (0) 5261 / 252-0 Fax: +49 (0) 5261 / 252-200 E-Mail: info@krz.de Internet: www.krz.de | Das krz ist der bundesweit erste BSI-zertifizierte Informatik-Dienstleister für Kommunen. Als erfolgreicher Projektpartner und Integrator bietet die kommunale Einrichtung modernste Fachverfahren im kostengünstigen ASP-Betrieb für alle Kunden an und leistet seit mehr als 45 Jahren einen wesentlichen Beitrag zu einer dienstleistungsorientierten Verwaltung. |
| D-3 |  ekom21 | ekom21 – KGRZ Hessen Ansprechpartnerin: Gabi Göpfert Carlo-Mierendorff-Straße 11 D-35398 Gießen Telefon: +49 (0) 641 / 9830-1220 Fax: +49 (0) 641 / 9830-2020 E-Mail: ekom21@ekom21.de Internet: www.ekom21.de | ekom21 steht für das größte BSI-zertifizierte kommunale IT-Dienstleistungsunternehmen in Hessen und für den drittgrößten kommunalen IT-Dienstleister in Deutschland. Mit einem umfassenden Produkt- und Dienstleistungsportfolio betreut die ekom21 über 700 Kunden mit 30.000 Anwendern und hat sich auf Komplettlösungen für den öffentlichen Dienst spezialisiert. |
| D-3 |  KID. Magdeburg | KID Magdeburg GmbH Ansprechpartnerin: Andrea Pape Alter Markt 15 D-39104 Magdeburg Telefon: +49 (0) 391 / 2 44 64-0 Fax: +49 (0) 391 / 2 44 64-400 E-Mail: info@kid-magdeburg.de Internet: www.kid-magdeburg.de | Die KID Magdeburg GmbH ist ein Systemhaus mit kommunalen Gesellschaftern. Zu ihnen gehören die Landeshauptstadt Magdeburg und weitere Kommunen über die Kommunale IT-UNION eG (KITU). Die Produkte und Dienstleistungen steuern die zentralen IT-Prozesse innerhalb der öffentlichen Verwaltung sowie in Unternehmen speziell des Public Sector. |
| D-4 |  ab-data KOMMUNALE SYSTEMLÖSUNGEN | ab-data GmbH & Co. KG Kommunale Systemlösungen Friedrichstraße 55 D-42551 Velbert Telefon: +49 (0) 2051 / 944-0 Fax: +49 (0) 2051 / 944-288 E-Mail: info@ab-data.de Internet: www.ab-data.de | ab-data bietet als Marktführer webbasierter Finanzsoftware für Kommunen zukunfts- und investitionssichere Qualitätsprodukte an. Hierzu zählen auch webbasierte Systemlösungen und Services. Das ab-data Finanzwesen wird in allen Flächenbundesländern erfolgreich von Kleinstverwaltungen bis zu Landeshauptstädten eingesetzt. |
| D-4 |  Prosoz | PROSOZ Herten GmbH Ewaldstr. 261 D-45699 Herten Telefon: +49 (0) 23 66 / 188-0 Fax: +49 (0) 23 66 / 188-111 E-Mail: info@prosoz.de Internet: www.prosoz.de | PROSOZ Herten hat sich in über 30 Jahren vom Softwarehersteller für Kommunen zum Komplettlösungsanbieter in den Bereichen Soziales, Jugend sowie Bauen und Umwelt entwickelt. Mit Software- und Beratungsdienstleistungen sowie BI-Lösungen begleitet Prosoz Kommunen auf dem Weg der digitalen Transformation. |
| D-4 |  jccsoftware für den öffentlichen Dienst! | JCC Software Mendelstraße 11 D-48149 Münster Telefon: +49 (0) 256 / 294539-99 E-Mail: info@jccsoftware.de Internet: www.jccsoftware.de | Besucherströme im Rathaus optimieren? Mit dem JCC-Besucherleit- und Terminvereinbarungssystem machen Sie den ersten wichtigen Schritt. Sie reduzieren die Wartezeit, steigern die Zufriedenheit von Mitarbeiter*innen und Besucher*innen und minimieren unerwünschten Begegnungskontakt in der Corona-Zeit. Jetzt kostenlose Demo anfordern. |
| D-5 |  ALLGEIER ES is now nagarro ES | Nagarro ES Ansprechpartner: Dr. Norbert Rheindorf An der Schusterinsel 3 D-51379 Leverkusen Telefon: +49 (0) 611 / 71189202 E-Mail: info@nagarro-es.com Internet: www.nagarro-es.com | Nagarro ES ist ein führender deutscher IT-Full-Service-Provider für kritische Unternehmensapplikationen und komplexe ERP-Landschaften. Suite4Public: SAP-basierte Lösung für Städte, Landkreise und AöRs. Fit für die Zukunft mit Suite4Doppik – Abbildung des doppischen, kommunalen Finanzwesens und Suite4KA – Veranlagung von Steuern. |

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. +49 (0) 7071.855-6770.

Komplettlösungen (Fortsetzung)

| | | | |
|-----|---|---|--|
| D-5 |  | Südwestfalen-IT (Kommunaler Zweckverband) Sonnenblumenallee 3, D-58675 Hemer St. Johann-Straße 23, D-57074 Siegen Telefon: +49 (0) 271 / 30321-0 Fax: +49 (0) 271 / 30321-1010 (Hemer) Fax: +49 (0) 271 / 30321-1020 (Siegen) Internet: www.sit.nrw | Verwaltungen müssen sparen und gleichzeitig immer bürgerfreundlicher werden. Die Südwestfalen-IT (SIT) hat sich dieser Herausforderung angenommen. Sie ist Anfang 2018 aus dem Zusammenschluss der Citkomm und KDZ Westfalen-Süd entstanden. Im Fokus ihres Strebens steht die kundenspezifische Optimierung von Verwaltungsprozessen. |
| D-5 |  | Kommunix GmbH Ansprechpartner: Joseph Bunten Friedrich-Ebert-Straße 74 D-59425 Unna Telefon: +49 (0) 23 03 / 25 47 00 Fax: +49 (0) 23 03 / 4 00 49 E-Mail: info@kommunix.de Internet: www.kommunix.de | Organisationswerkzeuge für Behörden: Das Besucherleit- und Terminmanagementsystem TEVIS. Effiziente und komfortable Bearbeitung von Ausländerfachverfahren mit ADVIS. Vom Antrag auf die deutsche Staatsbürgerschaft bis zur Aushändigung der Urkunde mit EINBÜRGERUNG. Abwicklung von Verpflichtungserklärungen mit VISITVIS. |
| D-6 |  | LORENZ Orga-Systeme GmbH Ansprechpartner: Christian Koch Eschborner Landstraße 75 D-60489 Frankfurt am Main Telefon: +49 (0) 69 / 7 89 91- 900 Fax: +49 (0) 69 / 7 89 91- 110 E-Mail: info@lorenz-orga.de Internet: www.lorenz-orga.de | Der Spezialist für kommunale Anwendungen in den Bereichen Archivierung, Dokumenten-Management und Workflow. Speziallösungen für KFZ-Wesen, Kasse, Steueramt, Bauaufsicht, Sozialwesen, Pass, Standesamt, Einwohner, Aktenplan-, Registratur- und Schriftgutverwaltung uvm. Verfügbar als Standalone- und Cloud-Nutzung. |
| D-6 |  | OrgaSoft Kommunal GmbH Am Felsbrunnen 9 D-66119 Saarbrücken Telefon: +49 (0) 6 81 / 8 70 04-0 Fax: +49 (0) 6 81 / 8 70 04-90 E-Mail: vertrieb@o-s-k.de Internet: www.o-s-k.de | OrgaSoft Kommunal bietet mit KIS♦KRW den allumfassenden Lösungsansatz für das Rechnungswesen von Kommunen, Eigenbetrieben und Werken. Zahlreiche integrierte KIS♦Fachverfahren ergänzen das Angebot. KIS ist das Kommunale Integrierte System aus einer Hand – eine Eigenentwicklung mit der Erfahrung aus 40 Jahren kommunaler Datenverarbeitung. |
| D-7 |  | ISGUS GmbH Ansprechpartner: Klaus Wössner Oberdorfstraße 18-22 D-78054 Villingen-Schwenningen Telefon: +49 (0) 7720 / 3 93-0 E-Mail: info@isgus.de Internet: www.isgus.de | ZEUS® Workforce Management von ISGUS beinhaltet die Module der Zeitwirtschaft, Personaleinsatzplanung, Betriebsdatenerfassung und Unternehmenssicherheit. Ganz individuell auf Ihre Anforderungen und Ihre Branche zugeschnitten. Unsere Kunden nutzen die Lösungen vollkommen wahlfrei On-Premise oder als Software as a Service. |
| D-8 |  | AKDB - Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern Hansastraße 12-16 D-80686 München Telefon: +49 (0) 89 / 59 03-0 Fax: +49 (0) 89 / 59 03-18 45 E-Mail: mailbox@akdb.de Internet: www.akdb.de | Der Marktführer für kommunale Software: Die AKDB und ihre Partner bieten Entwicklung, Pflege und Vertrieb von IT-Lösungen für alle Bereiche der Kommunalverwaltung – inklusive Beratung und Schulung. Das Bürgerservice-Portal ist die bundesweit reichweitenstärkste E-Government-Plattform für Online-Verwaltungsdienste. |
| D-8 |  | Kolibri software & systems GmbH Ansprechpartner: Thomas Dietrich Rudolf-Diesel-Straße 11 D-82205 Gilching Telefon: +49 (0) 81 05 / 37 60-0 Fax: +49 (0) 81 05 / 37 60-20 E-Mail: vertrieb@kolibri-software.de Internet: www.kolibri-software.de | Branchenspezialist für Grundstücksinformationssysteme, Liegenschaftsverwaltung und Gebäudemanagementsysteme (CAFM) und Bauverwaltungs-lösungen. Die modular aufgebaute Softwarelösung hat Schnittstellen zu allen gängigen GIS- / Finanz- und DMS-Anwendungen, hat Web Module und kann gehostet werden. Wir beraten und implementieren. |
| D-8 |  | adKOMM Software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Dennis Böttcher Stadtweg 14 D-85134 Stammham Telefon: +49 (0) 8405 / 9286-0 Fax: +49 (0) 8405 / 9286-100 E-Mail: poststelle@adkomm.de Internet: www.adkomm.de | adKOMM E-Government-Lösung – Ihre Softwarelösung für fach- und ämterübergreifende Informationen. Einheitliche Basis für Daten und Informationen – eine Adressdatei, ein Bürgerkonto und medienbruchfreie Aktenführung. Durchgängige, digitale Geschäftsprozesse und eine einheitliche Oberfläche. E-Government. Einfach. Praktikabel. |
| D-8 |  | Axians Infoma GmbH Ansprechpartnerin: Stephanie Eifert Hörvelsinger Weg 17-21 D-89081 Ulm Telefon: +49 (0) 731 / 1551-213 Fax: +49 (0) 731 / 1551-555 E-Mail: stephanie.eifert@axians-infoma.de Internet: www.axians-infoma.de | Axians Infoma ist führender Anbieter von Software-Lösungen und Dienstleistungen im kommunalen Markt. Mit der modularen Software Infoma newssystem steht eine einzigartige integrierte Komplettlösung für das Finanzwesen zur Verfügung, ergänzt um Fachverfahren und Lösungen rund um das Thema E-Government. |
| D-9 |  | DATEV eG Ansprechpartner: Public Sector Paumgartnerstraße 6-14 D-90429 Nürnberg Telefon: 0800 / 0 11 43 48 E-Mail: public-sector@datev.de Internet: www.datev.de/publicsector | Die DATEV eG unterstützt Kommunen und öffentliche Einrichtungen mit Software und Dienstleistungen rund um Finanzwesen und Personalwirtschaft, mit Cloud-Lösungen sowie mit einem auf Prozesse abgestimmten Dokumenten-Managementsystem. Experten beraten bei Einführung effizienter Prozesse sowie Organisationsstrukturen und bieten Schulungen an. |

Vorschau

Die nächste Ausgabe (6/2021) erscheint am 31.05.2021



Basis für die moderne Verwaltung

Die Registermodernisierung bedeutet mehr als eine bloße Unterstützung bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes. Sie ist elementar für eine moderne Verwaltung mit effektiven Strukturen und Abläufen.



E-Rechnung weiterdenken

Die Verpflichtung zum Umstieg auf elektronische Rechnungen bezieht sich zunächst nur auf deren Annahme. Kommunen sollten jedoch die Chance nutzen, das Thema Rechnungsbearbeitung in größerem Umfang zu modernisieren.



Software-Roboter im Einsatz

In verschiedenen Bereichen unterstützen Software-Roboter und künstliche Intelligenz die kommunalen Verwaltungen bereits dabei, Prozesse schneller, effizienter und kostengünstiger zu erledigen. Viele weitere Einsatzmöglichkeiten sind denkbar.



Auf dem Weg zur Gigabit-Gesellschaft

Deutschland hinkt beim Breitband-Ausbau hinterher. In der Region Heilbronn-Franken will man das nun ändern: Ein neues Gigabit-Kompetenzzentrum soll die Haushalte schnell ans Glasfasernetz bringen.

Inserentenverzeichnis dieser Ausgabe

| | | | | | |
|-------------------------|----|---------------------------|--------|----------------------------|---------|
| Advantic | 5 | EDV Erntraud | 45 | Platinbaum | 37 |
| AixConcept | 49 | ekom21 | 7 | Prosoz Hertzen | 13 |
| AKDB | 2 | GovConnect | 53 | Sternberg | 39 |
| Axians Infoma | 35 | Governikus | 9 | VMware..... | 51 |
| CC e-gov | 3 | Innovation Alliance | 43 | Wolters Kluwer | Beilage |
| comundus regisafe | 33 | ITEBO | 19 | xSuite Group | 23 |
| CSG Systems | 41 | Kommunix | 27, 29 | Branchenindex IT-Guide ... | 58 - 65 |
| Databund | 31 | Nolis | 67 | | |
| DATEV | 68 | Optimal Systems | 21 | | |

Impressum

Verlag und Herausgeber: K21 media GmbH
Olgastraße 7
72074 Tübingen
Telefon: +49 (0) 70 71 / 855 - 6770
Fax: +49 (0) 70 71 / 855 - 6773
E-Mail: info@k21media.de
Internet: www.k21media.de

Verantwortlicher Redakteur im Sinne des Presserechts und Chefredakteur: Alexander Schaeff
Olgastraße 7
72074 Tübingen
E-Mail: redaktion@kommune21.de

Redaktion: Bettina Schöming (stellv. Chefredakteurin)
Verena Barth
Alexandra Braun (in Elternzeit)
Corinna Heinicke (Volontärin)
Dr. Helmut Merschmann (Freier Mitarbeiter)

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Sara Ott
Olgastraße 7
72074 Tübingen
Telefon: +49 (0) 70 71 / 855 - 2787
E-Mail: s.ott@k21media.de

Seit dem 1.1.2021 gilt die Preisliste Nr. 21 der Media Information 2021.

Erscheinungsweise: monatlich
ISSN: 1618-2901
Einzelpreis Inland: 9,00 € (zzgl. Porto und Versand)
Jahresabonnement Inland: 104,00 € (Abonnement frei Haus)
Telefon: +49 (0) 70 71 / 855 - 6770

Bankverbindung: Kreissparkasse Tübingen,
BLZ 641 500 20
Kontonr: 155 010

Layout: tebitron gmbh, Gerlingen

Druck: Druckerei Raisch GmbH & Co. KG
Auchterstraße 14
72770 Reutlingen

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Grafiken und Bilder wird keine Haftung übernommen. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Die Zustimmung zum Abdruck und zur Veröffentlichung wird vorausgesetzt. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zur deren Vervielfältigung und Verbreitung Online oder Offline sowie das Recht zur öffentlichen Zugänglichmachung im Internet ohne zusätzliche Vergütung. Honorare nach Vereinbarung.

Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Die ausschließlichen urheberrechtlichen Nutzungsrechte für angenommene und veröffentlichte Beiträge liegen bei dem Verlag. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache übertragen werden oder in eine andere Sprache übersetzt werden.

Artikel, die mit Namen oder Signet des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

© Copyright 2021 K21 media GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Bildnachweis:

3ddock/123rf.com (19), Ahmed Zaggoudi/123rf.com (Titel, 45), AixConcept/Ulrich Sawade (52), AKDB (8), besjunior/stock.adobe.com (66), carlosseller/stock.adobe.com (66), Fotostudio CoellnColoer (14), Giro-Solution (37), JCC Software (32), Jörn Riedel (26), Jürgen Altmann (3), kommIT Gesellschaft für Informationstechnik mbH (24), Komm.ONE AöR (10), koya979/stock.adobe.com (17), Kreisstadt Bergheim (40), Landratsamt Traunstein (22), lila Karpenko/123rf.com (29), Maksym Yemelyanov/stock.adobe.com (Titel, 4), Maria Symchych-Navrotska/123rf.com (46), Messe Karlsruhe/Jürgen Rösner (56), momius/stock.adobe.com (66), privat (14), terovesalainen/stock.adobe.com (34), Uwe Baumgart (20), Venimo/123rf.com (30), Vodafone (6), wkzzzz/123rf.com (66)

Ihr Rathaus ist jetzt rund um die Uhr geöffnet



NOLIS | Rathausdirekt

Wir begleiten Sie bei der Umsetzung des OZG.

www.nolis-rathausdirekt.de | info@nolis.de | 0 50 21 - 88 77 555



SIE SORGEN DAFÜR, DASS DAS

ÖFFENTLICHE LEBEN FUNKTIONIERT.

WIR BEGLEITEN SIE DABEI MIT SMARTEN

LÖSUNGEN IN DIE DIGITALE ZUKUNFT.

In der Verwaltung sind digitale Lösungen der Weg, um den öffentlichen Auftrag optimal zu erfüllen. DATEV bietet dafür leistungsstarke und rechtssichere Software für Finanz-, Personalwesen und Verwaltungsprozesse. Das macht DATEV und die steuerlichen Berater zu verlässlichen Partnern an Ihrer Seite.



Gemeinsam durch die
Corona-Krise: datev.de/corona

Mehr Informationen unter datev.de/public-sector
oder kostenfrei anrufen: **0800 0114348**



Zukunft gestalten.
Gemeinsam.